

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



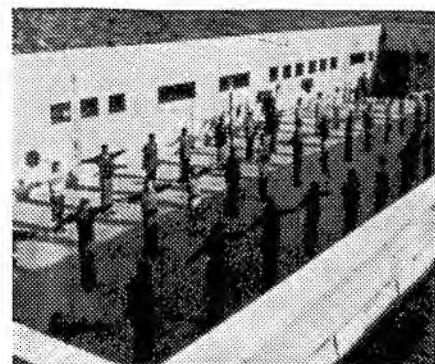
10. Juli 1987
Jg. 8 Nr. 14

G 7756 D

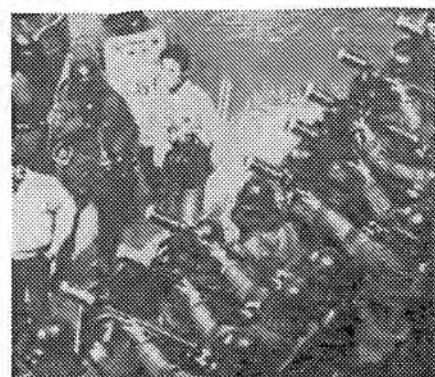
Preis:
2,50



Waldheims Staatsbesuch bei Wojtyla:
Der Vatikan betreibt „Geopolitik“
Seite 7



BRD-Türkei: BRD mit „Demokratisierung“ zufrieden, von Weizsäcker plant neuen Besuch
Seite 10



Klassenkämpfe in Südkorea: Die Mittelklassen auf den Straßen – Ist die südkoreanische Arbeiterbewegung isoliert?
Seite 12

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658.

Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Steuer- und Haushaltspolitik: Stoltenberg verteilt um: von den Arbeitern zu den Reichen, von den Kommunen zu den Konzernen . . . 4

Waldheim-Besuch: Vatikan betreibt „Geopolitik“ 7

Debatte um Asylrecht: MIR-Mitgliedern von BRD keine Aufnahme zugesichert 7

BRD-Dritte Welt: BRD tritt MIGA-Übereinkommen bei – Ausweitung der Kapitalexporte droht . . 8
Übereinkommen zur Errichtung der MIGA 9

BRD-Türkei: BRD mit „Demokratisierung“ zufrieden, von Weizsäcker plant neuen Besuch 10
Aktionseinheit gegen türkische Junta und Türkeipolitik der BRD 11

Auslandsberichterstattung

Südkorea: Die Mittelklasse auf den Straßen – Arbeiterbewegung isoliert? 12
Arbeiterbewegung in Südkorea 13

Türkisch-Kurdistan: Erfolgreiche Aktion der ARGK 13

BASF Geismar/USA: Breite Bewegung gegen Aussperrung 14

Niederlande: Bei Asylanträgen künftig kurzer Prozeß? 14

Österreich: Ladenschluß wird aufgeweicht 15

Todesurteile in Südafrika: Berufungsverhandlung für die Sechs von Sharpeville festgesetzt 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:
Ausländerfeinde und Ausländerfreunde 18
Handel zwischen Flexi und Ladenschluß 18
Kritik der neuen Aufrüstung in der BRD 18
Leitfaden für den friedlichen Verweigerer 19

Junge Union: Reaktionäre Sammlung unter großdeutschen Parolen . 19
Dokumentiert: Deutschlandprogramm und andere Hetze der JU . 20

**Bundestag zu Gernika:
CDU/CSU gegen Wiedergutmachung**

Am 15.5. hatten die Grünen dem Bundestag den Antrag „Errichtung einer internationalen Begegnungsstätte für Frieden und Versöhnung in Gernika, Baskenland“ vorgelegt. Sie fordern die Bundesregierung u.a. auf, „sich zur Wiedergutmachung für das von Deutschen mit der Bombardierung Gernikas am 26. April 1937 an den Basken begangene Verbrechen bereitzuerklären“. Die SPD-Fraktion schob am Tag der Parlamentsdebatte, dem 16.6., einen eigenen Antrag nach: „Geste des Friedens und der Freundschaft durch die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der baskischen Stadt Guernica in Spanien“, mit dem sie das Kriegsverbrechen der deutschen Legion Condor zwar anerkannte, jedoch die Forderung nach Wiedergutmachung aus der Diskussion zu halten versuchte. Das machte es der Koalition leicht, die Forderung vom Tisch zu fegen: Der Bundesregierung seien keine diesbezüglichen „Anträge, Anregungen, Wünsche“ der spanischen Zentralregierung und baskischen Provinzialregierung bekannt, so die CDU/CSU. Wohl sei sie für Städtepartnerschaften, aber: „... der spanische Bürgerkrieg als solcher muß als historisches Ereignis zunächst von den Spaniern selbst verantwortet und bewältigt werden“. Womit sie die Verantwortung des Deutschen Reiches und der BRD als Rechtsnachfolgerin schlachtrichtig bestritt. Die Anträge wurden einvernehmlich an Ausschüsse überwiesen. – (scc)

Rücklauf bei der Volkszählung schleppend und unvollständig

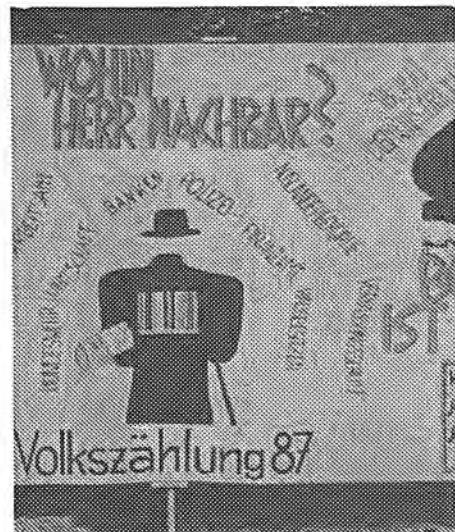
Die staatlichen Behörden haben bei der vollständigen Wiedereinsammlung der ausgeteilten Fragebögen der Volkszählung mehr Schwierigkeiten, als sie erwartet hatten. Während in Stuttgart und Ulm 90 bis 95 Prozent der Bögen wieder bei den Erhebungsstellen abgegeben wurden, fehlen in Heidelberg und Konstanz noch 15 Prozent, in Mannheim sind es 30, in Tübingen gar 35 Prozent.

Es haben offensichtlich wesentlich mehr Bürger als erwartet von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Bögen mit der Post zurückzusenden. Auf die in sämtlichen Werbeanzeigen gepriesene „freundliche Hilfe der Zähler beim Ausfüllen der Bögen“ haben die meisten Befragten verzichtet. Staatliche Schnüffler will keiner in seiner Wohnung haben. Innenminister Zimmermann hat denn auch als großen Fehler bezeichnet, die Möglichkeit des Postrückstandes zugelassen zu haben.

Viele abgegebene Bögen weisen Lücken bzw. Fehler in der Beantwortung auf. Dies vor allem bei den Fragen, die für die staatliche Planung am interessantesten sind: über die Ausstattung der Wohnung, die Miete, den

Weg zur Arbeit, die Bezeichnung der Arbeitsstätte. Viele haben diese Rubriken unvollständig oder überhaupt nicht ausgefüllt. Ein Mehraufwand an Zeit, Personal und Geld ist notwendig, um die richtige Beantwortung der Fragen zu erreichen.

Diese Schwierigkeiten bei der Gewinnung der Daten zeigen, daß sich der Staat keineswegs auf „seine“ Bürger verlassen kann, daß sich die Millionen DM zur Werbung für die Volkszählung nicht in mehr Staatsvertrauen



gewandelt haben. Offensichtlich betrachteten sehr viele die Volkszählung als gesetzlich verordnetes Übel und gaben sich bei den Antworten wenig Mühe. Als Manifestation bürgerlicher Staatsverständnisses wird die Volkszählung mittlerweile nicht mehr gepriesen. Die Oberzähler üben Manöverkritik. – (thh)

„Das geplante Arbeitszeitgesetz muß verhindert werden“

Dazu ruft die Bezirkskonferenz der I Metall Baden-Württemberg (25. b 27.6.87 in Karlsruhe) in einer Eröffnung auf. Die Entschließung kritisiert den Gesetzentwurf der Bundesregierung als weitreichende Verschlechterung selbst gegenüber der AZO v. 1938. Sie kritisiert die Möglichkeit zur Verlängerung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, die gängliche Beseitigung des Begriffs „Mehrarbeit in der gesetzlichen Arbeitszeit, die Aufhebung des Nacharbeitsverbots und die Kürzung der Ruhepausen für Frauen, die Ausdehnung der Sonntagsarbeit sowie unzählige Möglichkeiten, schlechtere Regelungen als im Gesetz zu vereinbaren. Und legt fest:

„Die Delegierten der Bezirkskonferenz beschließen deshalb, alles in Kraft stehende zu tun, um dieses Gesetz zu verhindern. Es darf keiner Fall „Beschäftigungsgesetz“ geben, das ohne Widerstand der Gewerkschaften den Burtag passieren konnte.“

Folgende Schritte müssen unverzüglich angegangen werden:

1. Entfaltung einer breiten Informations- und Mobilisierungskampagne gegen den Arbeitszeitgesetzentwurf in den Betrieben und in der Öffentlichkeit. Dafür sind Arbeitshilfen und Materialien zu erstellen. Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, diese Kampagne für das Bundesgebiet zu koordinieren.

2. Die geplanten Verschlechterungen betreffen alle Beschäftigten in der Bundesrepublik, deshalb werden alle Gliederungen des DGB aufgefordert, ähnlich wie bei den Kämpfen gegen den § 116 AFG Aktionen zu initiieren und zu koordinieren; dabei soll auf Solidaritätsbündnisse, die in Vorbereitung der kalten Aussperrung entstanden sind, zurückgegriffen werden.

3. Auf Ebene des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg soll schnellstmöglich ein Arbeitsausschuß gebildet werden, um Vorschläge für öffentlichkeitswirksame Aktionen zu entwickeln.“ Ein Aufruf, der aufgegriffen werden muß!

(Wortlaut der Entschließung im Nachrichtendienst der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie 28/87 vom 11.7.87) – (rok)

Erste Weltdrogenkonferenz der UNO in Wien

Vom 17. bis zum 26. Juni fand in Wien die erste UNO-Konferenz zum Thema „Suchtstoffmissbrauch und illegaler Drogenhandel“ statt. Anwesend waren 1500 Delegierte aus 120 Staaten. Für die BRD hielt Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth eine Rede, in der sie sich auf einen von ihr im Vorfeld der Konferenz in der Zeitschrift „Vereinte Nationen“ veröffentlichten Beitrag bezog. Darin macht sie deutlich, worum es den Reaktionären bei der „Drogenbekämpfung“ geht: die Einflußnahme auf rechtspolitische Entscheidungen anderer (v.a. der „3.

Welt-“) Staaten, und worum es nicht gehen kann: die Beseitigung der sozialen Ursachen für Drogenabhängigkeit. Süßmuth fordert, „daß die Staaten bemüht sein sollen, die neuen Instrumente so früh wie möglich in ihrem nationalen Recht zu verwirklichen, soweit dies noch nicht geschehen ist“. Was für „Drogenbekämpfungsinstrumente“ das sind, sagt sie auch: Getreu ihrer Prämisse „je stabiler die gesellschaftlichen Verhältnisse sind, um so weniger wird es Ursachen für ... Drogenkonsum geben“, fordert sie u.a. verstärkten Einsatz elektronischer Überwachung und verdeckter Ermittler sowie die „Verbesserung des Informationsflusses zwischen den Polizei- und Zollstellen sowie den Lizenzbehörden“. Die sozialen Ursachen verschleiert sie, indem sie undifferenziert behauptet, daß Drogenmissbrauch „inzwischen in praktisch allen Ländern sowie allen Schichten der Bevölkerung ... verbreitet“ sei. In den „Herkunfts- und Transitländern“ handele es sich gar um „eine kulturspezifische Erscheinungsform“. Daß man durch Maßnahmen, die die gesellschaftlichen Widersprüche, mit denen die Süchtigen nicht fertig werden, nicht berücksichtigen, das Problem nicht lösen kann, beinhaltet die Rede vor der Konferenz indirekt: „Erinnert diese Diskrepanz zwischen Drogenbekämpfung und Anwachsen des Drogenproblems nicht an den sagenhaften Kampf des antiken Helden Herakles gegen die neunköpfige Hydra, der für jeden abgeschlagenen Kopf zwei neue nachwuchsen?“ Die Konsequenz, daß – wie in der erwähnten Sage – dem Ungeheuer die Kopfstümpfe ausgebrannt werden müssen, drängt sich geradezu auf. Beschlossen wurde von der Konferenz ein „Multidisziplinäres Aktionsprogramm“, dessen Verabschiedung Süßmuth befürwortete und dem sie „eine Fülle von Vorschlägen für geeignete Maßnahmen“ attestiert. – (uga)



Am 28.6. demonstrierten in Hannover über 250 Chilenen und Westdeutsche gegen die Weigerung Innenminister Zimmermanns, 14 Mitgliedern der MIR, denen in Chile die Todesstrafe droht, das Asyl in der BRD zu gewähren. Aufgerufen hatten u.a. Frauen- und Ausländergruppen, linke Organisationen sowie die Grünen. Demonstrationen fanden auch in anderen Städten statt. – (sie)

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Rassismus: Stadt Köln macht Jagd auf Roma und Sinti 22

Zwangsarbeit: Conti hat bisher keine Wiedergutmachung gezahlt . 22

Aids-Zwangsmaßnahmen: Die Blutentnahme als Notstandsmaßnahme 23

Häuserräumungen: Jeglicher Widerstand soll ausgemerzt werden . 23

Höhergruppierungen: Kein Ersatz für Lohnerhöhungen, aber Wirkung auf unteres Lohnniveau 24

Stahlindustrie: Thyssen pokert mit Arbeiterschicksalen 25

Flüchtlinge: Gerichtsurteil: Elendsstandard menschenwürdig . 25

Revanchistentreffen: Die Reaktion hat ihre Auffassungen nicht geändert, Teile der politischen Opposition schon 26
Stellungnahmen antifaschistischer Kräfte 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Universität Augsburg: Gute Afrika-Veranstaltungsreihe der Studentenvertretung 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Kommission von BWK und VSP: Dokumentiert: zwei weitere Diskussionsbeiträge 30

Spezialberichte

Beratungsgesetz zum § 218 geplant: Die Reaktion verschärft die Unterdrückung der Frauen. Weg mit dem § 218! Kein Beratungsgesetz! . 34
Seit dem „Hexenhammer“: Geschichte des Abtreibungsverbots und des Kampfes gegen den § 218 . 36
Nicht blenden lassen! „Bewegung für das Leben“ und humangenetische Programme: zwei Seiten einer Medaille 37
Wo steht der Kampf gegen den § 218? 39

Titelbild: Karikatur, vog. Köln

Stoltenberg verteilt um: von den Arbeitern zu den Reichen, von den Kommunen zu den Konzernen

Die bürgerliche Öffentlichkeit ist etwas besorgt, ob sich die Regierung Kohl in der Diskussion um die Steuer- und Finanzpolitik nicht wieder einmal bei einer an sich guten Sache den Ruf verderbe durch „Sommertheater“ und unnötige Querelen in den eigenen Reihen. Doch die Art und Weise der Diskussion kommt aus der Zielsetzung. Die grundlegende These angebotsorientierter Wirtschaftspolitik ist, die Entfesselung der Konkurrenz der „Marktanbieter“ fördere Wachstum. Weil es beträchtliche Geldsummen sind, die durch die vorgesehenen Steuergesetze und damit verbundenen Verschiebungen in den öffentlichen Haushalten bewegt werden, geben die „Wirtschaftssubjekte“ auf der Kapitalsseite ihre sonst gepflegte politische Diskretion auf. Die in Süddeutschland konzentrierte Kriegsindustrie wünscht eine deutliche Klarstellung, daß bei aller Senkung der Staatsquote auf keinen Fall der Posten Rüstung gemeint sein kann – so findet man dann den bayerischen Ministerpräsidenten unter den Befürwortern einer höheren Mehrwertsteuer. Oder wenn Lothar Späth und Ernst Albrecht für eine geringere oder verschobene Steuernsenkung plädieren, kann man daraus nur schließen, daß die Vorstände von Daimler und Bosch oder VW den Landeshaushalt von Baden-Württemberg bzw. Niedersachsen weitgehend als Konzernkasse betrachten, die für ihre Zwecke gut gefüllt sein muß. Diese „Verteilungskämpfe“ verleiten zu mancher politischen Fehlein-

schätzung. So hat die SPD bei der Verabschiedung des Steuerentlastungsgesetzes 1988 im Bundestag das „chaotische Gezänk“ als Anzeichen vom Ende der Regierung Kohl gewertet, der SPD-Steuerexperte Spöri meinte, daß „die steuerpolitische Titanic des Herrn Stoltenberg bereits in den Wellen versinkt“. Die unausgesprochene Hoffnung, das bürgerliche Lager könnte sein Vertrauen in die konservativ-liberale Regierung verlieren und so die Stunde der SPD und einer „vernünftigen“ Wirtschaftspolitik schlagen, ist allerdings mehr als trügerisch. Unter dem Blickwinkel „chaotisch“ übersieht man leicht den Hauptzweck der Diskussion über den weiteren Kurs der Wirtschaftspolitik. Das ganze bürgerliche Lager ist sich nach wie vor einig: Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik heißt vor allem Entfesselung der Konkurrenz unter den Anbietern von Arbeitskraft. Betrachtet man das gesamte Paket der für den Herbst geplanten Regierungsmaßnahmen und Gesetze, so kann man eigentlich diese Absicht nicht übersehen. Es liegt ein Arbeitszeitgesetz vor, das soziale Schutzrechte zum freien Verhandlungsgegenstand der Marktkräfte erklärt. Renten- und Krankenversicherungen will Blüm so umgestalten, daß die Kapitalisten noch weniger zahlen müssen. Und die Diskussion um die Finanzierung der Steuerreform ist insbesondere eine Diskussion darum, welche Ansprüche der Lohnabhängigen auf gesellschaftliche Leistungen noch zu beseitigen seien.

Die Regierungsparteien testen...

Wir veröffentlichten in dieser Zeitschrift bereits einiges zur Wirkung der Steuerentlastung 1988, die – auch das sollte bei der Beurteilung der Diskussion in der Koalition beachtet werden – von den Abgeordneten der Regierungskoalition einstimmig und ohne Kritik verabschiedet wurde. Weniger Steuern zahlen danach Leute mit Einkommen über dem durchschnittlichen Arbeiterlohn. Darunter ist die Steuerentlastung minimal, und bereits nach einer Lohnerhöhung fallen sogar oft höhere Steuern an. Auch die Reform 1990 soll als „Entlastung des Mehrverdienstes“ wirken: Der Spaltensteuersatz (bisher 56%) und der Eingangssteuersatz (bisher 22%) sollen um je 3 Prozentpunkte gesenkt werden, der Tarifverlauf im sogenannten „Mittelstandsbauch“ abgeflacht werden. Die Wirkung: nur vorübergehende Entlastung bei den niedrigen Einkommen und selbst bei stärkerer Inflation dauerhafte Entlastung bei den höheren und höchsten Einkommen. Zur Unternehmensbesteuerung ist bisher festgelegt: Senkung des Spaltensteuersatzes bei der Körperschaftssteuer von bisher 56% auf 50%.

Das gesamte Volumen dieser „großen Steuerreform“ soll 44 Mrd. DM ausmachen, wovon 19 Mrd. durch „Umschichtungen im Steuersystem“, der Rest durch „Begrenzung des Ausgabenanstiegs“ in den öffentlichen Haushalten, vorübergehende höhere Staatsverschuldung sowie „eine be-

BRD-Unterstützung für Polizei Guatemalas

In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Bundestag äußerte die Bundesregierung hinsichtlich der BRD-Unterstützungsmaßnahmen für die Polizei Guatemalas keine Bedenken. Nachdem dieser im Februar durch die deutsche Botschaft diverse Ausrüstungsgegenstände (u.a. Funkstreifenwagen, Motorräder) überreicht worden waren, war vom 18.-31.5. eine Gruppe hochrangiger Polizeikräfte – darunter der Generaldirektor der Nationalpolizei Caballeros – zu einem „Informationsbesuch“ in der BRD. Die Grünen wiesen in der Anfrage auf die in Guatemala herrschende Folter sowie die Morde an fortschrittlichen Oppositionellen wie dem Gewerkschafter Morales (der am 28.2. entführt und einige Zeit später mit abgeschlagenen Händen aufgefunden wurde) hin, sowie darauf, daß die Verbrennen der ul-

trarechten „Todesschwadronen“ von der Regierung faktisch nicht verfolgt werden. In der Antwort stellt die Bundesregierung Folter und Morde in Guatemala als „politisch motivierte private Gewalt“ hin und propagiert weitere Unterstützungen für das Regime. (Bundestagsdrucksache 11/92 – uga)

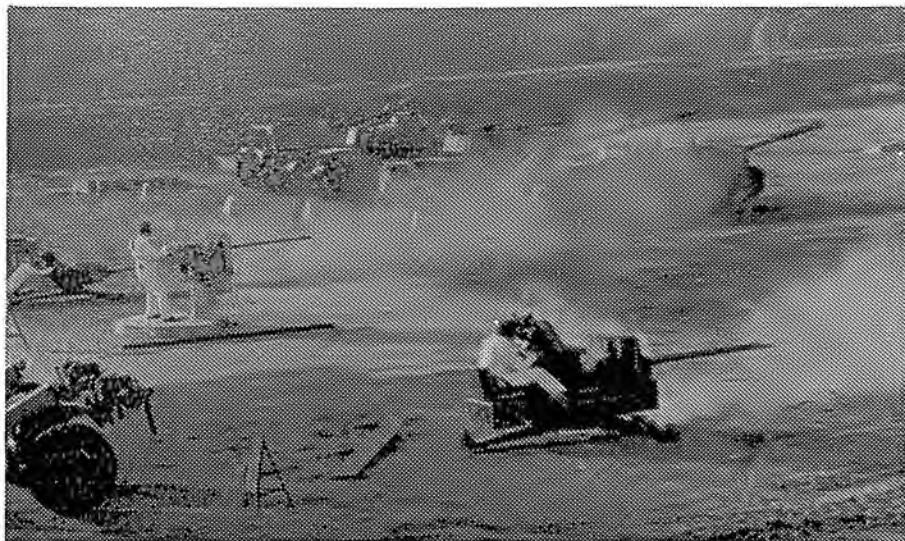
Bundeswehrspitze wechselt in NATO-Befehlsstellen

Zum ersten Oktober werden zwei wichtige NATO-Befehlsposten der BRD neu besetzt. Der Inspekteur des Heeres, General von Sandrart, übernimmt den Oberbefehl über die Alliierten NATO-Streitkräfte Europa Mitte (CINCENT), dem stärksten Frontabschnitt der NATO. Das Heer der Bundeswehr bleibt trotzdem weiter unter adeligem Kommando: Neuer Inspekteur wird General von Ondarza. Der Inspekteur der Luftwaffe, General Eimler, wird Stellv. NATO-Oberbe-

fehlshaber Europa (DSACEUR) und löst General Mack ab, der nach der Kießling-Affäre vorzeitig nach Shape wechselte. Hinter dem Oberbefehlshaber Europa (USA) besetzt die BRD die wichtigsten Kommandostellen für den Krieg in Europa. Daß sie jetzt mit Eimler und von Sandrart die von Härte und Kampfeslust beseelte Elite der Bundeswehr in die NATO-Spitze entsendet, deutet darauf hin, wie bedeutsam ihr kriegstaugliche BRD-Befehlshaber in der NATO sind. – (jok)

Kriegsdienstverweigererzahl steigt

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer ist nach Aussagen des Zivildienst-Bundesbeauftragten Peter Hintze stark gestiegen. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stellten 28872 Jugendliche, 7,4% mehr als im Vergleichszeitraum 1986, einen Verweigerungsantrag. Für die reaktionäre Presse war dies Anlaß, Stimmungsmache für die



Senkung der Staatsquote heißt nicht weniger Rüstung.

grenzte Anhebung einzelner indirekter Steuern“ zu finanzieren seien. Im einzelnen:

„Umschichtungen im Steuersystem“: Stoltenberg schreibt dazu, daß eine „Verbreiterung der Bemessungsgrundlage“ und ein Abbau von „Steuersubventionen und Sonderregelungen“ beabsichtigt seien. Im Einkommensteuergesetz sind von der Besteuerung ausgenommen: Zuschläge für Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, ein Zuschuß von 1,50 DM/Tag zum Kantinenessen, niedrige Renten. Die Bild-Zeitung hat diese Punkte bereits als „geheime Streichliste“ Stoltenbergs lanciert.

„Begrenzte Anhebung indirekter Steuern“: Strauß hat den Vorschlag gemacht, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, Lambsdorff antwortete, hierüber ließe die FDP mit sich reden – „im Zusammenhang mit einer Abschaffung der Gewerbesteuer“. Ebenfalls aus der

CSU, vom Abgeordneten Falthäuser, stammt der Vorschlag, die Mineralöl- und Tabaksteuer „deutlich“ (Benzin 12 Pf/Liter, Tabaksteuer um 10%) zu erhöhen.

All das wird die Reproduktion der Arbeiterhaushalte verschlechtern, entweder durch höhere Steuerlast oder durch Beseitigung staatlicher, vor allem kommunaler Leistungen.

Weniger kommunale Leistungen

Die Gemeinden erhalten 15% des Lohn- und Einkommensteueraufkommens bis zur Einkommensgrenze 32000/64000 DM. Nach dem derzeitigen Stand müssen sie aber mindestens 22,5% des Steuerentlastungspakets tragen, rund 10 Mrd. DM. Da das Kabinett erst im Herbst entscheiden will, wie die 19 Mrd. DM „Subventionsabbau“ finanziert werden, kann sich dieser Verlustbetrag noch erhöhen.

In den vergangenen Haushaltssus-

seit längerem geplante Zivildienstverlängerung auf 24 Monate zu betreiben, was nötig sei, da (so „Die Welt“ v. 30.6.) „seit der Veränderung des Anerkennungsverfahrens 1984 ... die Länge des Zivildienstes als Ausweis persönlicher Gewissensgründe“ gilt. – (uga)

Duarte erhält in Bonn weitere Wirtschaftshilfe

Kurz vor der Abreise des Präsidenten El Salvadors, Duarte, in die BRD demonstrierten über 20000 Gewerkschafter für höhere Löhne und gewerkschaftliche Rechte, gegen die Unterdrückung durch die Regierung. Die Duarte-Regierung sieht sich zunehmendem Druck ausgesetzt: von Seiten der inzwischen in allen 14 Provinzen El Salvadors operierenden Guerilla und der Gewerkschaften. Zwei neue Abkommen über „Wirtschaftshilfe“ sollen während des Duarte-Besuchs in Bonn unter der Federführung des BMZ-Ministers Klein unterschrieben

werden und damit der BRD noch größeren Einfluß verschaffen. Auf der anderen Seite werden die BMZ-Gelder die Duarte-Regierung in die Lage versetzen, den Krieg gegen die Guerilla länger führen zu können. In einem Interview führte der Kommandant der Befreiungsbewegung FMLN, Melendez, zur Europareise Duartes aus: „Die über zwei Millionen Dollar, die sie jetzt schon pro Tag in den salvatorianischen Krieg stecken, reichen nicht mehr aus ... Ohne europäische Beteiligung wird die wirtschaftliche und die politische Last zu groß für die USA“ (TAZ, 06.07.) – (sie)

Möllemann legt Berufsbildungsbericht vor

Bundesbildungsminister Möllemann hat den Berufsbildungsbericht 1987 vorgelegt. Im Beschuß der Bundesregierung dazu wird eine „positive Gesamtentwicklung“ festgestellt (nach Angaben des DGB waren 1986 700000

einandersetzungen mußten die Kommunalverwaltungen einige neue Personalstellen aufnehmen, es sah aus, als ob der Leistungsabbau gebremst werden konnte. Wer dachte, die Zeit der Rotstiftpolitik und der für viele harte Kürzungen freiwilliger Leistungen sei überstanden, muß erkennen: Es geht jetzt erst richtig los. Der Bund zwingt durch die Steuergesetzgebung die Gemeinden zu weiteren Haushaltsumstrukturierungen. Wieviel schlimmer noch, wenn – wie die FDP anstrebt – die Gemeinden ihr Hebesatzrecht auf die Gewerbesteuer verlieren würden. Sie wären dann ganz auf vom Bund zugeteilte Anteile an der Einkommen- (oder Umsatz-)steuer angewiesen.

Die bayerischen Gemeinden rechnen derzeit mit folgenden Einnahmeverlusten durch das Steuerentlastungspaket: 1988 erhalten sie 13,36 DM weniger pro Einwohner, 1989 20,19 DM und 1990 gar 138,73 DM, 1991 ebenso. Die Stadt München geht von Einnahmeausfällen in Höhe von 300 Mio. DM aus, Augsburg von 95 Mio. DM. – Das Land NRW wird 3 Mrd. weniger erhalten, seine Kommunen 1,7 Mrd. DM. Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Horst Radke erwartet eine soziale Katastrophe. Nicht nur die Stadt Essen werde 1990 rund 70 Mio. DM durch die Steuerreform verlieren, auch die Kirchen müßten Millionenverluste erleiden und könnten „ihre Sozialeinrichtungen nicht mehr halten“. „Nach Berechnungen der Regierung Rau gibt es in Nordrhein-Westfalen 6111 Tageseinrichtungen für 376040 drei- bis sechsjährige Kinder. Erfahrungen der Städte belegen, daß etwa 85 Prozent aller Eltern Kindergartenplätze suchen – daraus ergibt sich ein Fehlbedarf von 90000 Plätzen. Selbst bei einer Versorgung zu 75 Prozent, die das Landes-

ohne Lehrstelle). Doch zufrieden ist man nicht: Es „muß erreicht werden, daß ... Jugendliche ... eine größere Flexibilität ... zeigen ... (Es) fehlt noch an der Bereitschaft, weiter entfernte Ausbildungsplatzangebote anzunehmen.“ „Unkonventionelle Maßnahmen und private Initiativen“ seien gefragt. In der Bundestagsaussprache zum Bericht faßte Thomae (FDP) wesentliche Absichten reaktionärer Ausbildungspolitik und deren demagogische Begründung zusammen: „Dort, wo Jugendliche anpacken möchten, können sie es nicht. Ihnen fehlen Entfaltungsmöglichkeiten ... Hauptschüler ohne Abschluß, Sonderschüler und junge Ausländer sind häufig sehr praktisch orientiert. Viele Ausbildungsgänge sind aber unnötig theoriebelastet und daher ... unattraktiv ... Wir müssen durch eine stärkere Differenzierung der Ausbildung ... helfen.“ (Bundestagsdrucksache 11/98 und -protokoll 11/20 – uga)



Senkung der kommunalen Finanzmittel treibt Privatisierungen voran.

kindergartengesetz vorschreibt, gibt es 20000 Plätze zu wenig.“

In der Sendung Monitor vom 23.6. 1987 berichteten Stadtvertreter, welche Folgen diese Bundespolitik für die Kommunalleistungen hat: Die Stadt Duisburg ist derzeit mit 1,5 Mrd. DM verschuldet. Durch die Steuerreform 1990 wird sie 100 Mio. DM weniger Steuereinnahmen haben, von da ab jedes Jahr. Die Stadt leitete umfangreichen Leistungsabbau ein: Schließung von 21 Schulen, drei Bädern, neun Zweigstellen der Bibliotheken, Mittelkürzungen für die Bezirkssportanlage und im gesamten Kulturbereich. 2000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst müßten hier abgebaut werden. Außerdem gab der Stadtvertreter an, daß sich die Öffnungszeiten der Ämter ändern werden. – Die Stadt Freiburg ist derzeit mit 400 bis 500 Mio. DM verschuldet, sie wird Einnahmeverluste um 25 Mio. DM haben. Folgen: Streichen bei „freien Posten“, keine Nahverkehrsverbesserung, kein Kindergartenbau, kein Ferienprogramm für Kinder, Kürzungen der Bauinvestitionen.

– Die Stadt Stuttgart rechnet mit 200 Mio. DM Mindereinnahmen und will Großbauvorhaben kürzen. OB Rommel, stellv. Stadtratsvorsitzender, verlangt Reduzierung der Steuerentlastungen um 10 Mrd. DM. – Die Stadt Gelsenkirchen hat ihr Sparkonzept bis 1994 verabschiedet. Dieses sieht u.a. vor: Schließung des Zoos, des kommunalen Kinos, von Büchereizweigstellen, weitere Kürzungen beim Theater, VHS und einen Stellenabbau von mehreren hundert Beschäftigten. Der Stadtkämmerer erklärte dazu, daß selbst diese Beschlüsse reine Makulatur seien, da die Steuerreform der Stadt weitere Einnahmeverluste bringe.

Der Deutsche Städetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund sind gegen die Steuerreform. Sie betonen, daß sie enorme Sparmaßnahmen hinter sich haben und damit zur Haushaltkskonsolidierung mehr beigetragen haben als Bund und Länder.

Auf einen Hintergrund für diese Proteste sei noch hingewiesen. Die weitere Einschränkung der kommunalen Geldmittel verschärft nicht bloß die Konkurrenz unter den Anbietern von Arbeitskraft durch zunehmenden materiellen Druck. Auch die Konkurrenz unter den Kapitalisten wächst; eine weitere Konzentration des Kapitals ist zu erwarten, wenn zahlreichen kleinen Kapitalisten kommunale Aufträge fehlen, was wiederum den Ruf des Mittelstandes nach weiterer Privatisierung kommunaler Dienstleistung, sozusagen als Entschädigung, verstärken wird.

Schließlich: Mit der Umverteilung weg von den Kommunen verschafft sich der Zentralstaat – entsprechend dem Vorbild Reagan, USA, und Thatcher, Großbritannien – zusätzliche Mittel zur Aufrüstung.

Quellenhinweis: Sitzungsprotokoll Bundestag vom 26.6.87; Deutscher Städetag 6/87; Bayerische Gemeindezeitung 12/87; Nachrichtenheft der AG Kommunalpolitik – (alk, baf)

Exportoffensive ungebrochen: Erfolgsliste des DIHT

Schon vor den neuerlichen Außenhandelszahlen, die einen neuen Rekordüberschuß im Außenhandel in diesem Jahr erwarten lassen, hat der Deutsche Industrie- und Handelstag im „Handelsblatt“ am 11.6. die Exporterfolge der letzten Jahre zusammengefaßt. Die Außenhandelskammern, die die Exporterfolge der Kapitalisten auf den Auslandsmärkten beobachten, sind zufrieden: „Das laufende Jahr könnte daher eine ähnliche Entwicklung wie 1986 nehmen: Trotz abgeschwächter Importe gewann die deutsche Wirtschaft nicht unerheblich an Marktanteilen“, stellen sie fest. In 19 Staaten erreichten BRD-Kapitalisten danach einen Anteil an den Einfuhren dieser Staaten von über 10%, waren also dominierende Importmacht. Die Länder mit dem höchsten Anteil der BRD an den Einfuhren waren danach 1986

Österreich (44%) und die Schweiz (33%). Die EG-Staaten folgen mit Importanteilen der BRD zwischen 31,3 und 13,8%. Die Liste der Staaten der Dritten Welt mit hohen Anteilen der BRD am Import zeigt die Schwerpunkte westdeutscher Wültätigkeit und Expansion: Iran (17,7%), Türkei (16,0%), Tunesien (13,0%), Argentinien (10,5%) und Ägypten (9,8%). – (rül)

Continental kauft General Tire

„Dieser Schritt soll unser Unternehmen in eine neue strategische Dimension führen“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Continental, Helmut Werner, und fügte gleichzeitig hinzu, auch nach dem Kauf von General Tire hätte Conti noch immer nicht die endgültige Form. Conti, die bisherige Nr. 8 auf dem Reifen-Weltmarkt, übernimmt zum 1. November für umgerechnet 1,3 Mrd. DM die bisherige Nr. 9, den US-Reifenkonzern General Tire,

und steigt zur Nr. 5 weltweit auf. General Tire hatte einen Jahresumsatz von über 2 Mrd. DM und einen Anteil von 10-12 Prozent am US-Markt. Durch den Aufkauf von General Tire beutet Conti jetzt weltweit 44000 Arbeiter aus und erweitert die weltweite Expansion durch General-Tire-Firmen in Ecuador, Mexiko, Marokko, Portugal, Pakistan, Angola und Mozambique. In den letzten Jahren hatte Conti bereits Semperit und Uniroyal-Europa übernommen. – (sie)

Immigranten- und Flüchtlingsstreffen

Am 27./28. Juni trafen sich in Hamburg 50 bis 60 Mitglieder von Immigranten- und Flüchtlingsinitiativen aus der BRD, um die Entwicklungen der letzten Monate, in diesem Zusammenhang wichtige Gesetzesvorhaben und Überlegungen zu einer Gegenkampagne zu beraten. Dazu soll die Debatte um die unterschiedlichen Stellungen

Waldheim-Besuch**Vatikan betreibt
„Geopolitik“**

einen ersten Staatsbesuch stattete der österreichische Präsident Waldheim imuni dem Vatikan ab. Aus Stellungnahmen des Vatikan ist ersichtlich, daß Waldheim sich dabei selbst um die Einladung bemüht hat und daß Wojtya zunächst zwei Monate gezögert hätte, dem Ersuchen stattzugeben.

Welche Interessen Österreich, aber auch die BRD mit dem Zustandekommen dieses offiziellen Staatsbesuchs verfolgten, deutete gleich nach Bekanntwerden der Einladung die „Frankfurter Allgemeine“ an: „Nach dem von den Vereinigten Staaten verhängten Einreiseverbot gegen Waldheim hat der Papst damit eine demonstrative politische Geste gemacht, die nicht nur Waldheim und Österreich zugute kommt, sondern zugleich auch zeigt, daß der Papst aus Polen die Bedeutung des kleinen Österreich im mitteleuropäischen Zentralraum zwischen West und Ost ungleich höher einschätzt, als man dies heute in Washington tut.“ (19.6.)

Die „FAZ“ verknüpft die Rehabilitation des Weltkrieg-II-Offiziers und Kriegsverbrechers Waldheim durch die katholische Kirche mit ihrer Unterstützung für das imperialistische, großeuropäische Expansionsprogramm unter dem Stichwort „Mitteleuropa“. (1) Noch direkter äußert sich „Die Welt“:

„... Österreich und Wien sind heute mehr denn je westliche, abendländische, christliche Positionen auf einer unruhiger werdenden europäischen Landkarte ... Der Papst weiß, daß im östlichen Europa – und nicht zuletzt in seiner polnischen Heimat – entschei-

dende Veränderungen, vielleicht auch Überraschungen und dramatische Entwicklungen bevorstehen. Österreich und seine katholische Kirche liegen direkt vor den Toren dieser Vorgänge, und der Papst will in dieser Lage keinen gedemütigten, in selbstzerstörerischen inneren Konflikten gefangenen österreichischen Staat ... Der Mann aus Wadowitz weiß, daß Wien immer noch das Tor zum Südosten und zum östlichen Mitteleuropa ist.“ (19.6.)

Handelt es sich hier um bloße Spekulationen westdeutscher Zeitungen ohne Hand und Fuß? Entschieden nein! Im „L’Osservatore Romano“ ist die Ansprache Wojtylas beim Empfang abgedruckt, in der er u.a. sagte:

„Österreich hatte in seiner Geschichte, auch aufgrund seiner geographischen Lage im Herzen Europas, vielfach einen besonderen Auftrag in der Völkergemeinschaft zu erfüllen. Es war durch lange Zeit Kernland eines Territoriums, das als politische und kulturelle Kraft ersten Ranges das Antlitz des europäischen Kontinents mitgeprägt hat. An der schicksalhaften Trennungslinie zwischen West und Ost gelegen, ist Ihr Land heute vor allem um den Ausgleich der Interessen im Zusammenspiel der Nationen, um die Wahrung der Menschenrechte, den Schutz der Freiheit und die Förderung des Friedens bemüht.“ (3.7.)

Waldheim antwortete: „Wir sind uns ... der schicksalhaften Verantwortung bewußt, die wir seit der Wiederherstellung der Freiheit unserer Republik in einer geopolitisch exponierten Lage Europas zwischen den Machtblöcken zu tragen haben ... Sie haben in zahlreichen Predigten und Ansprachen immer wieder auf diese gemeinsame christliche Tradition Europas hingewiesen und die Hoffnung ausgedrückt, daß die Besinnung auf dieses Erbe bei-

tragen möge, die Teilung Europas zu überwinden. Auch wir in Österreich hegen diesen Wunsch und teilen diese Hoffnung.“ (ebenda)

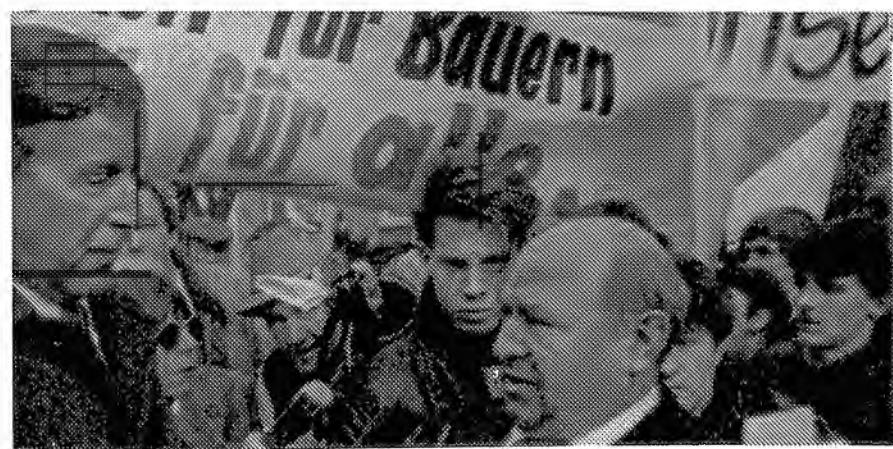
Wojtyla hat in seiner Ansprache kein Wort über die Rolle des ehemaligen Wehrmachtoffiziers verloren, sondern in einer Stellungnahme (2) die Kritik an der Einladung scharf zurückgewiesen. Die Kräfte in Österreich und der BRD, die mit der Erreichung der Einladung die Absicht verbanden, sich der Unterstützung der katholischen Kirche bei der „Überwindung der Teilung Europas“ zu versichern, haben erreicht, was sie wollten. Wie „Bild“ am 2.7. berichtete, fordert jetzt der wegen seiner Verbindungen zu Faschisten bekannte CDU-Politiker Lummer, daß Weizsäcker Waldheim zu einem Staatsbesuch in der BRD einladen solle – zur Demonstration der westdeutsch-österreichischen Kollaboration.

Quellenhinweis: (1) zum „Mitteleuropa“-Programm siehe „Gemeinsame Beilage“ 2/87, Westdeutsche Europapolitik ... S. 4ff; (2) L’Osservatore Romano, 26.6.87 – (scc)

Debatte um Asylrecht**MIR-Mitgliedern von BRD
keine Aufnahme zugesichert**

14 Mitgliedern der chilenischen MIR, die bewaffnet gegen die Pinochet-Diktatur kämpft, droht die Todesstrafe wegen „schwerer politischer Gewaltdelikte“ u.a. Nach chilenischem Recht können Todesstrafen in Ausweisungen umgewandelt werden, wenn ein Staat die Verurteilten aufnehmen will. Einzelne Bundesländer sowie Österreich, Frankreich und Belgien erklärten sich zur Aufnahme bereit. Das Europapar-

der beteiligten Kräfte zum Imperialismus und seiner Rolle in der Dritten Welt möglichst in Form schriftlicher Beiträge in einem Reader fortgesetzt werden. Zum Tag des Flüchtlings sollen bundesweit koordinierte Aktionen unter der Forderung „Keine Abschiebung in Kriegs- oder Krisengebiete“ stattfinden an markanten Punkten wie Abschiebungskästen, Ausländerbehörden, Abschiebungslughäfen etc. Anlässlich der IWF-Tagung am 27.9. in West-Berlin einigte man sich, sich an vorbereitenden Untersuchungen über die Weltwanderungsbewegungen im Zusammenhang mit der IWF-Politik zu beteiligen und Aktionen gegen die Tagung mit vorzubereiten. Zu Beginn der Veranstaltung forderte ein KOMKAR-Vertreter (offensichtlich auf Initiative der Hamburger Grün-alternativen Liste GAL) eine Kampagne gegen die PKK. Dieses Vorgehen wurde einhellig von der Versammlung zurückgewiesen. – (ruo)



Auch wenn die Presse von einem „Fehlschlag“ des EG-Gipfels in Brüssel letzte Woche spricht: Die Beschlüsse zur Agrarpolitik lassen erkennen, daß man sich auf harte Angriffe auf die Bauern geeinigt hat. So sollen die Getreidepreise festgeschrieben, die Intervention bei Milch und Rindfleisch eingeschränkt, die Interventionspreise für beide Produkte um 6%, für Raps um 3% gesenkt werden. Für die Bauern bedeutet das weitere schwere Einkommenseinbußen. Verarmung und Überarbeit werden zunehmen. Die Ausladung Kiechles als Festredner auf dem Bauerntag ist darauf eine äußerst zurückhaltende Antwort. – (rül)

lament empfahl die Aufnahme. Innenminister Zimmermann lehnte mit der Begründung ab, es handele sich um „Kriminelle“. Dabei kann er sich auf die laut Beschuß der Innenministerkonferenz vom 7.2.75 vorzunehmenden „Sicherheitsüberprüfungen“ beziehen. Nach diesen Bestimmungen sind „politische Gewalttäter“, „Personen, die hinreichend verdächtig sind, Täter oder Beteiligte eines ... politischen Gewaltdelikts zu sein“, sowie „Personen, die ... erwarten lassen, daß sie die BRD-Rechtsordnung verletzen oder eine Gefahr für die Innere Sicherheit sind“, nicht aufzunehmen.

Heftige Kritik der Haltung Zimmermanns durch die Gesellschaft für bedrohte Völker, die Grünen sowie Medico International bewirkte, daß das Kabinett am 24.6. keine endgültige Entscheidung traf; die soll nun von weiteren Nachforschungen zweier chilenischer Menschenrechtsorganisationen abhängig gemacht werden. Am selben Tag fand im Bundestag eine „Aktuelle Stunde“ zum Thema statt, in der SPD-MdB Duve an diesem Vorgehen nur die Kritik äußerte, daß Menschenrechtsorganisationen in Chile ihre Tätigkeit auf „gewaltfreie“ politische Gefangene beschränken müßten und daher „Entlastung“ von diesen nicht erwartet werden könne und daß die MIR-Kämpfer „sogar dann“ aufzunehmen seien, „wenn sich die eine oder andere Anschuldigung nicht aus der Welt räumen läßt“. FDP-Sprecher sprachen sich gegen eine pauschale Ablehnung der Asylgesuche aus und forderten „genaue Einzelfallprüfung“; FDP-Hirsch äußerte, daß man „das Schicksal dieser 14 Menschen – unabhängig davon, ob sie schuldig sind oder nicht – nicht zum Werkzeug einer innenpolitischen Auseinandersetzung machen“ sollte. CDU-Fellner befand, daß es immer nur darum gehen könne, „demokratischen Widerstand (zu) stützen“, zu dem die MIR nicht zu zählen sei.

Die reaktionäre Stimmungsmache für eine weitere Verschärfung des Asylrechts betrieb besonders offen die „Welt“, die feststellte, daß „die Bundesregierung selbst ... aus gutem Grund nie einen Unterschied gemacht (hat) zwischen einem Raubmörder und einem RAF-Terroristen, die für ihre Mordtaten politische Gründe vorgegeben haben“. Trefflicher als durch eine Äußerung des chilenischen Außenministers del Valle, wonach es sich bei den MIR-Kämpfern nicht um Asylannten, sondern um Extremisten handele, lassen sich die Absichten der Reaktion im Asylrecht wohl kaum umschreiben.

Einzig die Grünen forderten im Bundestag die Aufnahme der 14 Chilenen und die sofortige Abschaffung der seit 1975 geltenden „Sicherheitsüberprüfungen“.

Quellenhinweis: FAZ, Welt, UZ, 20.6. bis 2.7.; Bt-Protok. v. 24.6. – (uga)

BRD-Dritte Welt

BRD tritt MIGA-Übereinkommen bei – Ausweitung der Kapitalexporte droht!

Im Eilverfahren zogen die Regierungs-Parteien ihren Gesetzentwurf zu dem „Übereinkommen vom 11. Oktober 1985 zur Errichtung der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur (MIGA-Übereinkommen)“ durch den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit (bei Abwesenheit der Grünen) am 24.06., den Bundestag am 26.06. und am gleichen Tag durch den Bundesrat. Weder im Bundestag noch im Bundesrat fand überhaupt eine Debatte statt. Grüne und SPD stimmten im Bundestag gegen den Gesetzentwurf. Die SPD „kritisierte“ im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit das Eilverfahren und daß noch einige Fragen offen seien. CDU-Vertreter wischten diese Einwände vom Tisch, bei Verzögerung stünde „deutscher Einfluß“ auf dem Spiel. Die Grünen im Bundestag kritisierten an dem MIGA-Übereinkommen, daß die Imperialisten wie in der Weltbank und dem IWF über die Mehrheit verfügen und daß die Länder der Dritten Welt über sog. Strukturan-

legt fest, daß imperialistischer Kapitalexport zu fördern und zu sichern ist. Damit soll das imperialistische Kapital als Motor der „Entwicklung“ in der Dritten Welt anerkannt und das Wirken der imperialistischen Monopole abgesegnet werden. Mit dem MIGA-Abkommen greifen die Imperialisten direkt die Selbständigkeit der Länder der Dritten Welt an und verstößen somit auch gegen die verbindlichen Festlegungen der UN-Resolution vom 12.12.74 über die wirtschaftlichen Rechte der Staaten, ohne Einmischung, Zwang oder Drohung irgendwelcher Art von außen über das Wirtschaftssystem zu entscheiden.

Steigerung des Kapital-exports geplant

Die westdeutschen Imperialisten haben ihre wirtschaftliche Aggression gegen die Länder der Dritten Welt in den letzten Jahren verstärkt. Betrug das BRD-Kapital 1976 noch 8,12 Mrd. DM, so stieg es bis 1985 bereits auf



Arbeiter verladen Erdnüsse, das Hauptexportprodukt und die wichtigste Devisenquelle des Senegal. Die BRD konnte bereits ein Kapitalschutz- und Doppelbesteuерungsabkommen gegenüber Senegal durchsetzen.

passungskredite von Weltbank/IWF und jetzt verstärkt durch die MIGA dazu gepreßt werden können, sich gegenüber dem imperialistischen Kapitalexport zu öffnen.

Neben der BRD sind bereits jetzt weitere 57 Staaten der MIGA beigetreten, in der Mehrzahl aus der Dritten Welt. Durch die Einrichtung der MIGA eröffnen sich den BRD-Imperialisten weitreichende Möglichkeiten, ihre Kapitalexportoffensive gegen die Länder der Dritten Welt auszuweiten und auch in Länder einzudringen, für die bislang kein bilaterales Abkommen bestand. Das MIGA-Übereinkommen

21,43 Mrd. DM an. 1985 überstiegen die Umsätze der über 2000 BRD-Konzerne in Ländern der Dritten Welt insgesamt erstmals die BRD-Exporte in diese Länder mit 67,5 Mrd. (1976: 24,4 Mrd. DM) gegenüber 66,6 Mrd. DM. Über 540000 Arbeiter schaffen dort für den Profit des BRD-Kapitals, 1976 waren es erst 364000.

An der gewaltigen Expansion des BRD-Kapitals fördernd beteiligt war allemal das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) veröffentlichte, daß der Lieferanteil westdeutscher Konzerne an Krediten

Übereinkommen zur Errichtung der MIGA

„Ziel der Agentur ist es, den Fluß von Investitionen für produktive Zwecke unter den Mitgliedsstaaten, insbesondere in die in der Entwicklung befindlichen Mitgliedsstaaten, zu fördern und dadurch die Tätigkeit der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Internationalen Finanz-Corporation und anderer internationaler Entwicklungsförderungsinstitutionen zu ergänzen.“

Zur Erreichung ihres Ziels wird die Agentur a) Garantien einschließlich Mitversicherung und Rückversicherung für nichtkommerzielle Risiken in bezug auf Investitionen in einem Mitgliedsstaat, die aus anderen Mitgliedsstaaten kommen, gewähren; b) geeignete zusätzliche Tätigkeiten zur Förderung des Flusses von Investitionen in die in der Entwicklung befindlichen Mitgliedsstaaten und zwischen ihnen durchführen“.

Gedeckte Risiken

Die Agentur kann für „Investitionen eine Garantie gegen Verlust übernehmen“, z.B. bei Transfer von Währungsbeiträgen, Enteignung und ähnlichen Maßnahmen, Vertragsverletzung durch die „Gastregierung“, Krieg und zivile Unruhen.

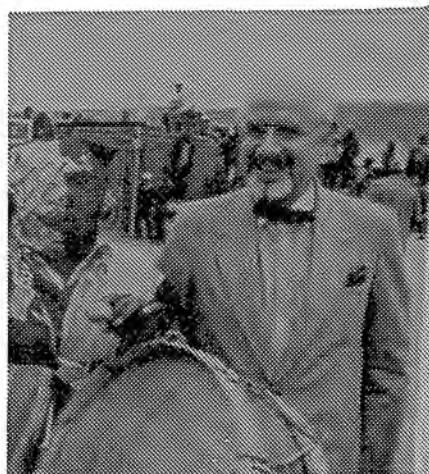
Investitionsförderung

„a) die Agentur führt Forschungsvorhaben durch, übt Tätigkeiten zur Förderung des Investitionsflusses aus und verbreitet Informationen über Investitionsmöglichkeiten in den in der Entwicklung befindlichen Mitgliedsstaaten mit dem Ziel, das Umfeld für den Fluß ausländischer Investitionen in diese Staaten zu verbessern ... (wird die Agentur) versu-

chen, sowohl in den entwickelten als auch in den in der Entwicklung befindlichen Mitgliedsstaaten Hindernisse für den Investitionsfluß in die in der Entwicklung befindlichen Mitgliedsstaaten zu beseitigen.“

Denkschrift der Bundesregierung zur MIGA

„Die privaten Direktinvestitionen gewinnen vor dem Hintergrund eines internationalen Strukturwandels für die Wirtschaft der Industrieländer und der Entwicklungsländer eine immer stärkere Bedeutung. Bemühungen um ein investitionsfreundliches Klima kommt daher besondere Bedeutung für den Entwicklungsprozeß zu. Private Direktinvestitionen in der Dritten Welt sind die Grundlage der Sicherung von Zukunftsmärkten und Voraussetzung einer verstärkten unternehmerischen Zusammenarbeit. Sie unterstützen die Integration der Entwicklungsländer in regionale Märkte und in die Weltwirtschaft. Angesichts der Verschuldungssituation der Entwicklungsländer hat demnach die Umkehrung der Kapitalflucht und ein verstärkter Transfer von privatem Kapital in diese Länder einen hohen Stellenwert ... Die Agentur ist damit die erste internationale Organisation zur Versicherung von Investitionen in Entwicklungsländern, an der sich neben den Industrieländern eine große Zahl von Entwicklungsländern beteiligt. Die breitgestreute finanzielle Beteiligung der Entwicklungsländer an der Agentur und ihre weitreichende, freiwillige vertragliche Einbindung in diese Institution ist ein politisch bedeuternder Schritt auf dem Wege zu einer befriedigenderen Absicherung von Investitionen in Entwicklungsländern. Durch die finanzielle Mitverantwortung der Entwicklungsländer für die Agentur verbinden sich die Interessen



BMZ-Minister Klein (CSU), Vorstandsmitglied der „Deutschen Afrika-Stiftung“ und Gouverneur der Weltbank, auf Auslandsreise

dieser Länder mit den Interessen der Agentur, der Anteilseigner und deren Heimatländer am Schutz garantierter Investitionen. Dialog und Zusammenarbeit in diesem Bereich sind geeignet, die politisch-psychologische Hemmschwelle, Maßnahmen gegen Direktinvestitionen zu treffen, für die jeweiligen Gastregierungen anzuheben ... Als ein neues und besonders von der Interessenzusammenführung her neuartiges Instrument ist die Agentur für die Bundesrepublik Deutschland als drittgrößte Industrieland somit nicht nur von beträchtlichem entwicklungspolitischen, sondern auch von außenwirtschaftlichem Interesse. Besonderes Augenmerk wird die Bundesrepublik Deutschland bei der künftigen Tätigkeit der Agentur auf die Frage eines hinreichend gesicherten rechtlichen Investitionschutzes richten.“

der BRD an Länder der Dritten Welt 1986 auf 86 Prozent angestiegen ist, nachdem er bereits von 1984 auf 1985 von 73 auf 83% zunahm. Dies war im wesentlichen der Tätigkeit des BMZ-Ministers Warnke geschuldet. Die Grünen enthüllten für die Jahre 1983 bis 1985, wer Nutznießer der Entwicklungshilfepolitik Warnkes war: der Siemens-Konzern. 40 Prozent aller mit Geldern der Finanzhilfe finanzierten Anlagenexporte 1984 und 1985 waren Geschäfte der Fa. Siemens. So wurden 80 Prozent aller Siemens-Geschäfte in diesem Bereich mit BMZ-Hilfe finanziert, und Siemens konnte seine Geschäftsabschlüsse mit Ländern der Dritten Welt verdoppeln. Auch im Kapitalexport gelangen den BRD-Elektronikonzernen, darunter führend Siemens, große Erfolge. Von 1980 auf 1985 konnten sie ihren Kapitalexport in die Länder der Dritten Welt von 1,66 Mrd. auf 3 Mrd. DM fast verdop-

peln, während der aller BRD-Konzerne „nur“ um 50 Prozent anstieg.

Mit dem neuen BMZ-Minister Klein ist mit forcierter Ausbau des Kapitalexports zu rechnen und mit zunehmender Einmischung der BRD. Dazu zwei Beispiele. Entgegen Resolutionen der UN beabsichtigt Klein, „Entwicklungshilfe“ für Namibia bereitzustellen: Vor der Unabhängigkeit „ist sicherzustellen, daß ein wirtschaftlich gesundes Land, in dem die verschiedenen Stämme und Völkergruppen friedlich miteinander leben, den Weg in die Unabhängigkeit antritt. Namibia ist ein reiches Land, und es war nicht zuletzt deutscher Fleiß, der die bisherige Entwicklung vorangetrieben hat.“ Als Ziele westdeutschen Kapitalexports nannte Klein: neue Industrien, die Modernisierung und Erweiterung der Viehzucht und der Landwirtschaft, die Fischerei. „Die Infrastruktur ist unzulänglich, es fehlen Straßen, Bewässerungsanlagen,

ein dichtes Binnenflugnetz.“

Offen erörterte auch Staatssekretär Köhler, wie die afrikanischen Staaten der Kontrolle des BRD-Kapitals unterstellt werden sollen. Die Bundesregierung wolle zwar nicht direkt fremde Staatshaushalte finanzieren, wie dies Frankreich in großem Umfang macht, man müsse aber „sehr weit an direkte Budgethilfe rangehen“. Für 1988 versprach Köhler weitere Vorstöße der BRD, denn dann übernimmt er den Vorsitz des EG-Ministerrats und will die Reform der EG-Agrarpolitik durchsetzen und „eine europäische Politik gegenüber der Dritten Welt formulieren“. Die isolierten Projekte der EG-Staaten sollen dann koordiniert werden. Künftig sollten, so Köhler, ganze Provinzen mit allen dazu gehörigen Infrastrukturen entwickelt werden. Quellenhinweis: BMZ, Entwicklungspolitik, Spiegel der Presse, 5-13/87; Btg.-Drucks., 11/ 466 - (sie)

BRD-Türkei

BRD mit „Demokratisierung“ zufrieden, von Weizsäcker plant neuen Besuch

Am 16. Juni empfing Bundespräsident Jenninger den türkischen Parlamentspräsident Karaduman. Karaduman ist ein enger Vertrauter der türkischen Generäle. Sein Besuch ist ein weiterer Versuch des türkischen Regimes, seine internationale Reputation aufzubessern. Jenninger war hilfreich: Er lobte „Fortschritte bei der Demokratisierung der Türkei“ und versicherte, die Bundesregierung werde den türkischen Beitrittsantrag bei der EG unterstützen: „Wir wissen, daß die Türkei Europa und umgekehrt Europa die Türkei braucht.“ Noch einen weiteren Erfolg konnte Karaduman verbuchen: Auch der neue SPD-Vorsitzende Vogel empfing ihn. Offenbar will die SPD ihre Opposition gegen das terroristische Regime in der Türkei einstellen und die Bundesregierung bei ihrer Türkeipolitik unterstützen.

Der Besuch Karadumans ist der bislang letzte in einer Reihe zahlreicher Treffen westdeutscher und türkischer Politiker in den letzten Wochen. Bereits im April hatten FDP-Sprecher Irmer und der von Unionsseite mit der Türkeipolitik beauftragte ehemalige Parlamentspräsident und Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel den türkischen Beitrittsantrag an die EG unterstützt. Dies werde die NATO-Südostflanke stärken, erklärte FDP-Irmer. Im gleichen Monat traf der niedersächsische Kultusminister Oschatz den türkischen Minister für Erziehung, Jugend und Sport, Metin Emiroglu, in Ankara. Am 4. Mai war der türkische Außenminister Halefoglu Gast der 750-Jahr-Feiern in Berlin. Dabei teilte ihm Bundespräsident von Weizsäcker mit, daß er noch im Oktober erneut in die Türkei reisen wolle. Mitte Mai folgte in Istanbul ein Seminar über den türkischen EG-Beitritt. Teilnehmer auf westdeutscher Seite u.a.: der Direktor für die Mittelmeer-Region bei der EG-Kommission, Eberhard Rhein, sowie der ehemalige Leiter des Türkei-Konsortiums der OECD, Dr. Rolf Geberth. Mitte Juni empfing dann das türkische Verteidigungsministerium einen alten „Freund der Türkei“, wie die türkische Regierungsresse ihn nannte: von Kleist, Leiter des Münchener Wehrkunde-Instituts, traf u.a. mit dem stellvertretenden Generalstabschef der Türkei, Generaloberst Necip Toruntay, zusammen.

Die BRD ist bestrebt, ihren schon jetzt starken Einfluß in der Türkei weiter auszubauen. Die Zeit seit dem Putsch hat sie dafür gut genutzt: An die türkischen Militärs floß seit 1980 mehr als dreimal so viel westdeutsche „Militärhilfe“ wie in den sechzehn Jah-

ren davor – fast 2,4 Mrd. DM nach Berechnungen des Starnberger Friedensinstituts, verglichen mit knapp 0,7 Mrd. DM in den Jahren 1964 bis 1980. In der gleichen Zeit verdoppelten westdeutsche Kapitalisten ihre Exporte in die Türkei auf knapp 5 Mrd. DM. Heute ist die BRD wieder mit Abstand größte ausländische Exportmacht auf dem türkischen Markt. Etwa 11000 türkische Lohnabhängige werden in westdeutschen Niederlassungen in der Türkei ausbeutet. Ihr Stundenlohn betrug 1985 umgerechnet knapp 1 DM die Stunde. Erst vor wenigen Wochen gab die türkische Regierung bekannt, daß in den neu errichteten „Freihandelszonen“ – in denen in den nächsten zehn Jahren sämtliche Streiks verboten sind – die Mannesmann AG ein Werk errichten werde.

Das „Informationsbüro Türkei“ in Hannover hat in einer vor wenigen

nach ihrer Entlassung in entlegene Landesteile verbannt. Tausende von politischen Gefangenen sind weiter in Haft und werden weiter gefoltert. Das Verbot des Gewerkschaftsbundes DISK und aller revolutionären Organisationen ist ebenso weiter in Kraft wie die Zwangsgesetze gegen Streiks und Demonstrationen.

Am schlimmsten aber wütet der Terror des Regimes in Türkisch-Kurdistan. Hier sind mehr als die Hälfte der türkischen Armee, 300000 Soldaten, stationiert und zum großen Teil ständig im Einsatz. Hier hat das Regime in den letzten Jahren seine Streitkräfte um ca. 15000 Mann sogenannter „Dorfmilizen“ – oft gleichzeitig die bewaffneten Banden örtlicher Großgrundbesitzer – erweitert. In diesen Wochen kommen erstmals die sogenannten „türkischen Rambos“, Spezialtruppen, die das Regime u.a. bei der GSG-9 in der Nähe von Bonn für die Bekämpfung kurdischer Freiheitskämpfer hat ausbilden lassen, im großen Stil zum Einsatz.

Um den in den letzten Jahren deutlich schwächer gewordenen Widerstand in der BRD gegen das türkische Re-



Jenninger und die Delegation unter Parlamentspräsident Karaduman am 16.6. in Bonn

Wochen aus Protest gegen die Einladung von Weizsäckers an den türkischen Putschistenführer und Staatspräsidenten, Ex-General Kenan Evren, herausgegebenen Broschüre geschildert, wie das türkische Regime seinen Terror gegen die arbeitenden Klassen des Landes weiter fortsetzt. Danach sind seit November 1983, also seit dem Antritt der „zivilen“ Regierung Özal, 60 politische Gefangene durch Folter, bei angeblichen „Selbstmorden“ und infolge von Hungerstreiks gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in Polizei- und Gefängnishaft gestorben. 11000 Personen sind seit dem Putsch ausgebürgert, 300000 „Registrierte“ (wegen „staatfeindlicher Aktivitäten“) bekommen keine Arbeit. Hunderte von politischen Gefangenen wurden

gime und gegen die Türkei-Politik der BRD (der in diesen Tagen vorgelegte Haushalt der Bundesregierung für 1988 sieht u.a. weitere 130 Mio. DM Militärhilfe an die Türkei vor) wieder zu festigen, hat sich am 28.6. in Köln eine Aktionseinheit westdeutscher, türkischer und kurdischer Organisationen gebildet, deren Plattform auf der folgenden Seite abgedruckt ist. Als erste größere Aktion ist geplant, Anfang September in möglichst vielen Städten gemeinsame Propaganda-Aktionen und Veranstaltungen gegen die türkische Junta und gegen die Türkeipolitik der BRD durchzuführen.

Quellenhinweis: Newspot, türkische Regierungszeitung, Ende April bis 19. 6.87; Informationsbüro Türkei, Pressemappe, Juni 1987 (rül)

Aktionseinheit gegen türkische Junta und Türkeipolitik der BRD

Seit sieben Jahren herrscht in der Türkei Faschismus. Er hat die Völker in der Türkei und Kurdistan viel Blut gekostet. Das faschistische Regime führt einen konterrevolutionären Krieg gegen die Völker in der Türkei und Kurdistan. Diese sind brutaler Unterdrückung und Folter ausgesetzt. Die von der Junta errichtete Ordnung, ihre Gesetze und ihre Verfassung verbieten jede demokratische Organisierung und dienen zur Unterdrückung jeder revolutionär-demokratischen Entwicklung.

Seit 1980 hat die militärfaschistische Junta Zehntausende von Revolutionären, Demokraten, fortschrittlichen Menschen und Patrioten in ihre Kerker geworfen, versucht sie, ihren politischen Widerstand zu brechen und diejenigen, die nicht kapitulieren, physisch zu vernichten. Führer des Widerstands in den Gefängnissen werden in eigens zu ihrer Vernichtung errichtete „Spezialgefängnisse vom Typ E“ verlegt.

In Nord-Kurdistan führt die Junta einen Spezialkrieg mit großen Militäroperationen gegen den sich entwickelnden revolutionären Kampf. Arme kurdische Bauern werden auf den Dorfplätzen gefoltert, Zehntausende von ihnen werden verhaftet, ihre Ernten beschlagnahmt. In allen kurdischen Provinzen, vor allem in der Provinz Dersim, wird die Bevölkerung gewaltsam deportiert. Über 500 Dörfer mit 100000 Bewohnern sollen in nächster Zeit deportiert werden. Diese Deportationen haben bereits begonnen.

Ohne seinen Terror gegen die fortschrittliche Opposition im Land im geringsten zu verringern, bemüht sich das Regime in letzter Zeit vermehrt, sich ein „demokratisches“ Image zu verschaffen. Der Faschismus soll legitimiert werden. Um die tiefe Krise, in der es sich befindet, zu überwinden, sucht das Regime die verstärkte Kollaboration mit dem Imperialismus. Durch verschiedene Abkommen wird das Land den imperialistischen Konzernen weit geöffnet. Davon verspricht sich auch die türkische Bourgeoisie bessere Geschäfte. Das jüngste Beispiel für diese Abkommen ist der Beitrittsantrag an die EG.

Bei diesem Versuch, sich ein „demokratisches“ Image zu verschaffen, ist der BRD-Imperialismus dem Regime besonders behilflich. So besuchte Bundespräsident von Weizsäcker im vergangenen Jahr als erster westlicher Regierungschef die Türkei und behauptete, die „Demokratisierung“ der Türkei mache „Fortschritte“. Seit langem pflegen der BRD-Imperialismus und die türkische Reaktion enge Beziehungen. Die BRD versucht, über die Türkei in den Mittleren Osten zu expandieren. Die türkische Reaktion sucht und findet in der BRD imperialistische Helfer gegen die Völker der Türkei und Kurdistan und für ihre Aufgabe als Gendarm im Nahen Osten.

Trotz des andauernden Terrors und der Spaltungsversuche des Regimes entwickelt sich die Opposition der Massen in der Türkei und der revolutionäre Widerstand in Kurdistan. Diese Kräfte werden in der Zukunft immer mehr die Entwicklung bestimmen und die von dem Regime angestrebte „Stabilisierung“ des Faschismus verhindern. Wir, die Unterzeichner dieser Plattform, sehen es als unsere Aufgabe an, diese Entwicklung durch gemeinsame praktische Anstrengungen zu fördern. Wir gehen dabei von folgenden Prinzipien aus und setzen uns die folgenden praktischen Schwerpunkte:

I. Den türkischen Faschismus bekämpfen.

a) Wir wollen die Folter, Quälereien und Unterdrückung in den Gefängnissen des Regimes einer breiten Öffentlichkeit enthüllen, die Solidarität mit den Gefangenen und ihren Angehörigen organisieren. Wir treten für die Bildung von internationalen Kommissionen ein, die die Zustände in den Gefängnissen untersuchen und die Gefangenen anhören, über ihre Lage und ihre Forderungen berichten sollen.

b) Wir wollen die Opposition der Massen in der Türkei gegen das Regime unterstützen, ihrer Verfolgung entgegentreten

ten und die internationale Solidarität mit den Kämpfen in der Türkei und Kurdistan organisieren.

c) Wir wollen die schmutzigen Methoden des Spezialkriegs, das Regime gegen den revolutionären Widerstand in Kurdistan führt (Militäraktionen, Deportationen, Verhaftungen, psychologische Kriegsführung), enthüllen und die Solidarität mit diesem Widerstand aufbauen.

d) Wir wollen jede Unterdrückung von anderen Nationen und Minderheiten auf dem Territorium der Türkischen Republik und die zwangsweise Assimilationspolitik des Regimes bekämpfen.

II. Die Zusammenarbeit EG-Türkei bekämpfen.

Die EG hat über den türkischen Beitrittsantrag noch nicht entschieden. Wie auch immer sie entscheiden wird, fest steht: Die türkische Reaktion sucht Unterstützung bei der EG und den westeuropäischen Imperialisten für ihre unterdrückende Politik gegen die Völker der Türkei und Kurdistan, die westeuropäischen Imperialisten wollen die türkischen Arbeiter und Bauern ausbeuten und über die Türkei gegen die Staaten des Nahen Ostens vordringen. Der türkische Beitrittsantrag ist deshalb eine Bedrohung sowohl der Völker der Türkei wie der Staaten des Mittleren Ostens. Wir wollen diese Absichten der türkischen Reaktion und der westeuropäischen Imperialisten entdecken und angreifen und die Gefahren einer solchen Entwicklung in der Öffentlichkeit aufzeigen. Gegen den damit unternommenen Versuch, den Faschismus in der Türkei zu legitimieren, suchen wir die Unterstützung der breitesten Kreise.

III. Die Zusammenarbeit BRD-Türkei bekämpfen.

Der türkische Faschismus setzt aufgrund der Geschichte der Beziehungen zwischen der BRD und dem früheren Deutschen Reich mit der Türkei große Hoffnungen in seine speziellen Beziehungen zur BRD. Noch immer hat der deutsche Imperialismus in der Türkei die Herrschenden, die Kräfte der Ordnung, der Ausbeutung und Unterdrückung unterstützt, um sich die Reichtümer des Landes anzueignen und mit Hilfe der Türkei im Nahen Osten zur bestimmten imperialistischen Großmacht aufzusteigen. Diese Interessen bestimmen auch heute noch die Türkeipolitik der BRD wie umgekehrt die Politik der türkischen Reaktion gegenüber der BRD.

Wir wollen diese Zusammenarbeit beider Regierungen an einigen konkreten Punkten bekämpfen:

a) Die Türkeihilfe der BRD muß aufhören. Die militärische Hilfe, die Ausbildung von Spezialtruppen der Türkei in der BRD, die Kredite, die politische Unterstützung für die Junta muß eingestellt werden.

b) Wir wollen die Interessen des BRD-Imperialismus an der Türkei entdecken und angreifen.

c) Bundespräsident von Weizsäcker hat den Chef der türkischen Junta und jetzigen Staatspräsidenten, Ex-General Kenan Evren, zu einem Staatsbesuch in die BRD eingeladen. Das soll dem türkischen Faschismus weiter zu internationaler Anerkennung und Reputation verhelfen. Kenan Evren darf nicht in die BRD kommen!

d) Türkische Reaktion und BRD-Imperialismus unterstützen sich gegenseitig bei der Bekämpfung der politischen Opposition. Zwischen dem Bundesinnenministerium und dem türkischen Innenministerium, zwischen türkischer Polizei und westdeutscher Polizei, zwischen türkischem Geheimdienst und westdeutschen Geheimdiensten gibt es vielfältige Zusammenarbeit, z.B. bei der Abschiebung türkischer und kurdischer Asylbewerber aus der BRD. Wir wollen allen Versuchen der Kriminalisierung türkischer und kurdischer Organisationen in der BRD entgegentreten. Die Verbotsdrohungen gegen türkische und kurdische Organisationen in der BRD und die Abschiebungen in die Türkei müssen aufhören!

Für diese unseren gemeinsamen Aktivitäten suchen wir die Unterstützung aller fortschrittlichen Kräfte in der BRD.

BWK, Cephe, Dev Genc in Europa, FAU-R, Feyka Kurdistan, Freunde des kurdischen Volkes in Hamburg und Hannover, KIVILCIM, Kurtulus Yolu, TSK-DK, Volksfront.

Südkorea

Die Mittelklassen auf den Straßen – Arbeiterbewegung isoliert?

An der südkoreanischen Börse sind seit einer Woche die Aktienkurse explodiert. Die imperialistischen Großbanken rechnen mit einer weiteren Verbesserung der Wirtschaftskonjunktur und geben dem Schuldnerland Südkorea wieder Bestnoten für Kreditwürdigkeit. Der Grund: Präsident Chun Doo Hwans Zusicherung der Direktwahl des nächsten Präsidenten noch vor der Olympiade 1988, der Überprüfung der Verhaftungen der letzten Wochen, der Freilassung politischer Gefangener, der Beseitigung der Preszensur und der Aufhebung des Hausarrestes für den Oppositionspolitiker Kim Dae Jung.

Es scheint, daß das Militärregime mit diesen Versprechungen die Lage wieder unter Kontrolle bekommen hat. Gespräche zwischen Regime und der bürgerlichen Opposition sind ange setzt. Zwar hat das "Bündnis für eine demokratische Verfassung", ein Zusammenschluß der Oppositionspartei RDP (Demokratische Wiedervereinigungspartei), buddhistischen und katholischen Organisationen und Träger vieler Aktionen der vergangenen Wochen, zu Kundgebungen für die Freilassung der politischen Gefangenen aufgerufen. Aber RDP-Politiker Kim Young Sam hat schon erklärt, diese Forderung beziehe sich nicht auf Revolutionäre.

Das Einlenken des Militärregimes zielt darauf, die Basis der Herrschaft von US- und japanischem Imperialismus und denen verbundenen südkoreanischen Monopolen durch Einbeziehung der neuen Mittelklasse zu verbreitern. Die letzten Jahre hatten die zunehmende Isolierung des Militärregimes in Südkorea und seine wachsende Unfähigkeit gezeigt, die Kämpfe der Arbeiterklasse zu unterdrücken und die revolutionäre Bewegung auszurotten. Im Gegenteil: Streikaktionen, Fabrikbesetzungen, die Aktionen revolutionärer Studenten fanden immer mehr Widerhall in der Intelligenz und in Kirchenkreisen. Die Demonstrationen der letzten Monate waren geprägt von einer zunehmenden Beteiligung von Angehörigen der neuen Mittelklasse. In dieser Lage drängten gerade die USA, deren Truppen in Südkorea stationiert sind und die noch 1981 dem gerade blutig an die Macht gekommenen Chun Doo Hwan demonstrativ die Reverenz erwiesen, auf einen Kompro miß mit der bürgerlichen Opposition.

Seit 1980, nach Mord und Totschlag unter rivalisierenden Militärgruppen, regiert General Chun Doo Hwan mit einer Gruppe loyaler Offiziere in den verschiedenen Waffengattungen, in

Polizei und Geheimdiensten und mit Billigung der eng mit dem südkoreanischen Staats- und Militäraparat verflochtenen Monopole diktatorisch das Land. Er ist Nachfolger des Militärdiktators Park Chung Hee, der binnen 20 Jahren – basierend auf der brutalsten Auspressung und Unterdrückung der südkoreanischen Arbeiter und Bauern – die Transformation Südkoreas von einem reinen Agrar- zu einem sog. Schwellenland erzwungen hatte. Heute hat Südkorea eine zahlenmäßig große neue Mittelklasse aus Angestellten und Angehörigen der Intelligenz.

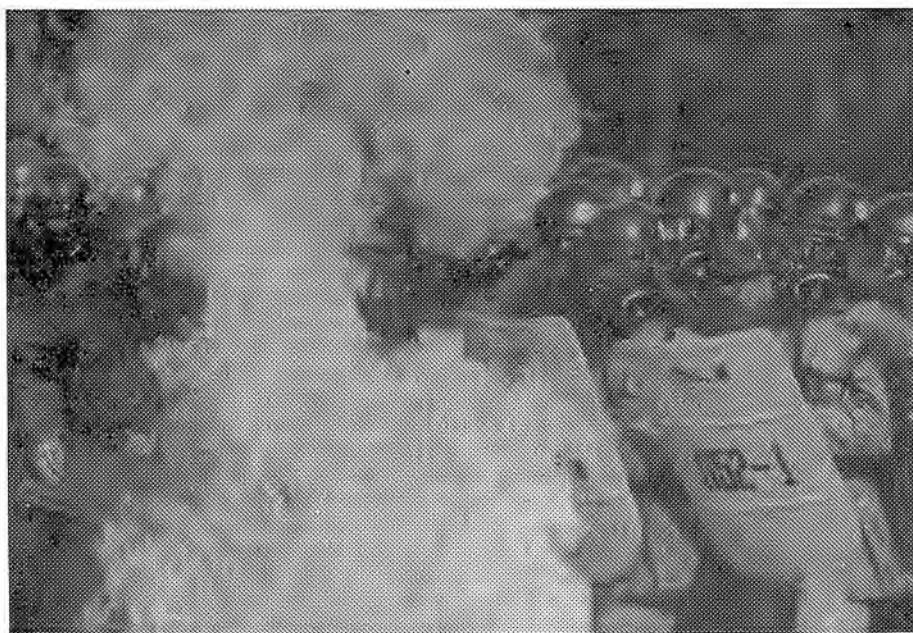
Auf das Konto Chun Doo Hwans geht das Massaker von Kwangju 1981, als eine Großstadt unter Kriegsrecht gestellt und mehrere hundert Arbeiter, Schüler und Studenten von der Armee mit Unterstützung von US-Truppen hingemetzelt wurden. Nach Kwangju forcierte das Militärregime systematisch breitflächigen Terror und Einschüchterung. Chun brachte in den knapp sechs Jahren seiner Präsidentschaft drei mal soviele politische Gegner ins Gefängnis wie 20 Jahre Militär-

meeinsatz zerschlagen worden.

Den bürgerlichen Oppositionspolitiker Kim Dae Jung ließ Chun wegen Hochverrats in Abwesenheit zum Tode verurteilen. Nach seiner Rückkehr 1984 nach Südkorea bewahrten ihn Proteste im Land und die Intervention der US-Regierung vor dem Galgen; er stand seitdem ständig unter Hausarrest. Kim hatte die letzte Direktwahl zum Präsidenten 1971 genutzt, um gegen den damaligen Diktator Park Chung Hee zu kandidieren, und dabei trotz offensichtlicher Wahlfälschungen seitens des Regimes offiziell 45% der Stimmen erhalten; weil er anschließend seines Lebens nicht mehr sicher war, floh er in die USA.

Die von Kim Dae Jung in den letzten Jahren unterstützte bürgerliche Oppositionspartei NKDP – heute, nach einer Spaltung, RDP – hatte bisher kaum politische Bewegungsfreiheit; Parteiversammlungen und Kundgebungen wurden immer wieder von Polizei und Geheimdiensten gesprengt. Aber als einzige legale Kraft des Widerstandes gegen die Militärdiktatur wurden NKDP/RDP trotz aller Behinderungen zum Sammlungspunkt der Opposition im ganzen Lande, u.a. weil sie immer wieder den vom Regime gesetzten Spielraum zu durchbrechen versuchten.

Den Widerstand in der Intelligenz



diktatur vor ihm. Jeder Protest gegen miserable Lebens- und Arbeitsbedingungen und gegen politische Unterdrückung galt als subversiv und aus dem kommunistischen Nordkorea gesteuert. Nationale Forderungen gegen die Stationierung von US-Truppen im Lande und für die Wiedervereinigung verfolgte das Regime als kommunistische Propaganda. Nur die vom Militärregime selbst aufgebauten Gewerkschaften waren und sind bis heute legal, jeder Streik ist verboten, mehrfach sind Betriebsbesetzungen unter Ar-

und vor allem unter den Studenten, die immer wieder in Aktionen gegen das Militärregime kämpften, suchte das Militärregime mit systematischen Verhaftungen und Folterungen zu brechen. Im letzten Jahr erließ das Regime ein Gesetz über Umerziehungslager, in die jeder Student kommen sollte, der unter Verdacht kommunistischen Gedankenguts stand. Die Einstufung als "subversives Element" hatte selbstverständlich die Relegation von der Hochschule zur Folge.

Schon seit dem letzten Jahr mehrten

sich aber die Anzeichen, daß das Regime zu wanken begann unter dem Druck einer erstarkenden Massenbewegung, aufgrund der Zersetzung in den eigenen Reihen und schließlich wegen wachsender Kritik seitens der USA und Japans. Anlaß war die Debatte um eine neue Verfassung, mit der das Militärregime Fassadenkosmetik treiben wollte. Die Opposition stellte gegen kosmetische Korrekturen die Forderung nach Direktwahl des Präsidenten, und die Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Verfassungspläne des Regimes wurden zu Manifestationen für den Sturz der Militärdiktatur – mit anschließenden Straßenschlachten. Als im Januar 1987 der Tod eines Studenten in Polizeifolter bekannt wurde, verbreitete sich die Bewegung gegen das Militärregime nochmals. Das Regime mußte mehrere Kabinettsmitglieder als Verantwortliche für die Polizeifolter opfern.

Am 13.4.87 schließlich gab Chun

Doo Hwan das Ende der Verfassungsdebatte bekannt; eine Direktwahl komme aus Gründen der Stabilität nicht in Frage, der neue Präsident werde durch ein (vom Regime kontrolliertes) Wahlmännergremium gewählt. Am 10.6. schließlich nominierte die Regierungspartei DJP offiziell den General Roh Tae Woo zum Präsidentschaftskandidaten. Das war der Auslöser für die Kämpfe der letzten Wochen.

Unklar ist nach den westlichen Berichten die Rolle der südkoreanischen Arbeiterbewegung in den gegenwärtigen Umwälzungen. Nachrichten über Streiks sind nicht bekanntgeworden, allerdings haben sich in der Hafenstadt Pusan hunderte Taxifahrer an den Kämpfen gegen das Militärregime beteiligt. In den von Chun Doo Hwan verkündeten Reformversprechen findet sich kein Hinweis auf die Gewährung von gewerkschaftlichen Freiheiten, und auch die RDP hat solche Forderungen zuletzt nicht erhoben. Es ist allerdings

unwahrscheinlich, daß es der herrschenden Klasse Südkoreas zusammen mit den USA gelingen kann, Arbeiterbewegung und Revolutionäre wieder zu isolieren und zu zerschlagen. Denn ohne Organisationen von Revolutionären im ganzen Land und ohne eine – trotz Illegalität – organisierte Arbeiterbewegung, die über Jahre die Front gegen die Diktatur aufgebaut haben, hätten die Aktionen der letzten Monate nicht diese Breite gehabt.
Quellenhinweis: Far Eastern Economic Review und SZ, div. Ausgaben – (wom)

Türkisch-Kurdistan

Erfolgreiche Aktion der ARGK

Seit dem 15. August 1984 führt die Arbeiterpartei Kurdistans einen bewaffneten Kampf gegen den türkischen Kolonialismus. Wie schon in anderen Gebieten der Welt, wo ein ähnlicher Kampf stattgefunden hat, entwickelte der Staat auch hier verschiedene Methoden zur Zerschlagung der Bewegung. Bei dem Milizenbandentum handelt es sich um sogenannte Dorfschützer, die vom Staat bezahlt und bewaffnet werden und dafür sorgen sollen, daß die Guerilla nicht in die Dörfer kommt.

Die Einheiten der ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) haben immer wieder verschiedene Aktionen gegen diese Dorfschützer durchgeführt. Die bisher größte militärische Aktion gegen diese Einrichtung fand am 20. Juni 1987 in dem Dorf Pinarcik im Kreis Ömerli in der Provinz Mardin statt. Dabei wurden 31 Dorfschützer und ihre Familienangehörigen getötet. In einer Presseerklärung, die auf einer Pressekonferenz in Brüssel von der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) verteilt wurde, heißt es in bezug auf die Rolle der Dorfschützer: „Das Milizenbandentum stellt eine der grundlegenden Methoden dar, die die türkischen Kolonialisten in der Geschichte mit dem Beginn der kurdischen Aufstände anwendet. 26 in der Geschichte zustandegekommene kurdische Aufstände wurden durch diese Methode auf grausame Weise niedergeschlagen. Diese bewährte Methode wurde mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes am 15. August 1984 gegen unseren Widerstandskampf sofort auf die Tagesordnung gebracht. Im September 1984 hat man begonnen, unter dem Namen 'jzale-i Sekavet' und später 'Dorfshützertum' das Milizenbandentum zu organisieren. Am 28. Juni 1985 wurde offiziell erklärt, daß in 13 Provinzen insgesamt 25000 'Dorfshützer' ihre Tätigkeiten aufgenommen haben. Während der Regimentskommandant der Provinz Siirt, Ober-

Arbeiterbewegung in Südkorea

„Ich denke, die Arbeiterbewegung ist ein gefährliches Problem in diesem Land, weil Studenten sie führen. Die Arbeiter leisten große Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung, aber sie ernten nicht die Resultate ihrer Arbeit und haben keine Möglichkeit, ihre Anliegen vorzubringen,“ erklärte Oppositionsführer Kim Dae Jung kürzlich in einem Interview. Tatsächlich sind die koreanischen Arbeitsgesetze so beschaffen, daß jede gewerkschaftliche Organisation außerhalb der Regimegewerkschaften verboten ist, daß jeder Streik genehmigt werden muß, daß die Arbeiter keinerlei Kündigungsschutz genießen, Arbeitszeiten von 60 Stunden an sieben Tagen und bei Hungerlöhnen normal sind. Unter nochmals verschärften Bedingungen stehen die Beschäftigten ausländischer Monopole in den Freihandelszonen. So ließ vor wenigen Monaten der BRD-Bekleidungskonzern Adler die Polizei einen Streik in seinem Werk in Inchon zerschlagen und entließ hunderte Arbeiterinnen.

Allein schon diese Umstände machen jede Organisierung zu einem schwierigen Unterfangen. Und so nimmt es auch kein wunder, daß kirchliche Organisationen und Verbände – ähnlich wie auf Taiwan und in Singapur – oft als Vehikel für erste Organisationsansätze dienen müssen, zumal sie einen halblegalen Rahmen abgeben. Der Aufbau von gewerkschaftlichen Organisationen ist noch erschwert durch die Unerfahrenheit der südkoreanischen Arbeiter. Die meisten arbeiten in der ersten Gene-

ration in der Fabrik und sind zumeist als Bauernkinder aufgewachsen. Eine Tradition der Arbeiterbewegung hat es in Südkorea – anders als in dem aufgrund seiner Bodenschätze eher industrialisierten Nordkorea – nicht gegeben.

Kim Dae Jungs Hinweis, der die Furcht der Mittelschichten vor revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse ausdrückt, erwähnt die organisierende Rolle von Studenten in den Fabriken. Tatsächlich mußten tausende Studenten aufgrund der Radikalverfolgung die Hochschulen verlassen und gingen in die Fabriken. Inzwischen haben sich allerdings in den meisten Städten und Industriebezirken selbständige illegale Gewerkschaftsorganisationen gebildet, die zusammen mit illegalen Studentenverbänden, kirchlichen Linksgruppen etc. in der „Volksbewegung für Demokratie und Wiedervereinigung“ zusammengeschlossen sind. Polizei und Geheimdienste haben das Netzwerk dieser Einheitsfrontorganisation bislang nicht zerschlagen können.

Bei Aktionen im Mai 1986 in der Hafenstadt Inchon verteilten Gewerkschaftsgruppen Flugblätter, die fragten: „Warum leiden wir unter niedrigen Löhnen? Warum verlieren wir unsere Jobs? Weil es unter der Militärdiktatur kein stabiles Leben geben kann ... Die US-Blutsauger, die die faschistische Diktatur unterstützen, müssen verschwinden.“ Andere Parolen forderten eine „Volksverfassung“ und die „Errichtung einer demokratischen Arbeiter- und Bauernregierung“. Solche Positionen haben in den letzten Monaten auch zunehmende Unterstützung unter Teilen der Intelligenz gefunden.

leutnant Turgut Debrelie, den „Dorf-schützern“ die Waffen verteilte, hat er bei seiner Rede diesen gegenüber erklärt: „Jeder von Euch ist nun Mitglied der Sicherheitsbehörde, Ihr seid Soldaten, Ihr besitzt von nun an die Kompetenz, Eure Waffe ohne zu zögern zu gebrauchen, und Ihr steht unter dem Schutz des Staates.“

Das Milizenbandentum ist eine bewaffnete und konterrevolutionäre Organisierung. Die Milizbanden stellen eine Reservekraft des Staates dar, die mit den modernsten Waffen ausgerüstet sind und monatlich Lohn erhalten. Das Milizbandentum wurde von der türkischen Armee, die mit ihren regulären Armee-Einheiten gegenüber unseren Guerillaeinheiten in die Ausweglosigkeit geraten ist und davor Angst hat, sich unseren Bergen auch nur zu nähern, als ein Ausweg betrachtet. Somit beabsichtigen sie einerseits, ihre hohen Verluste an Soldaten zu vermindern, und andererseits, Kurden gegen Kurden zu hetzen und die Politik der Kurdistanisierung des Krieges zu praktizieren ...“

Weiter heißt es dann, daß diese Dorf-schützer an Übergriffen auf patriotische Bauern beteiligt waren. Die ARGK-Einheiten haben alle Dorf-schützer zum Ziel ihrer Aktionen erklärt, wenn sie nach mindestens dreimaliger Ermahnung ihre Waffen nicht zurückgegeben haben. Wie in der türkischen Presse auch berichtet wurde, wurden diese Dorf-schützer das letzte Mal vor einem Monat aufgefordert, ihre Waffen abzulegen. Am 20.6. wiederum hatte diese Einheit in mehreren Dörfern Propagandaversammlungen abgehalten und wurde, als sie mit demselben Ziel in dieses Dorf wollte, aus den Häusern der Dorf-schützer beschossen. Daraufhin fand eine zweistündige Auseinandersetzung statt, wobei die drei Häuser der Dorf-schützer zerstört wurden. Außerdem wurde in der türkischen Presse mitgeteilt, daß die Kämpfer Unterstützung aus dem Dorf erhalten haben. In der darauffolgenden Woche gaben nach offiziellen Angaben viele Dorf-schützer ihre Waffen ab. (s.u.a. *Hürriyet* vom 1.7.87) Außerdem haben sich über 50 Jugendliche in den letzten zehn Tagen der ARGK angeschlossen, wobei diese Zahl nur diejenige ist, die von der türkischen Presse bekanntgegeben wurde. – (VIC, Kurdistan-Komitee)

BASF Geismar/USA

Breite Bewegung gegen Aussperrung

Seit 15. Juni 1984 sperrt die BASF-Wyandotte in Geismar/Louisiana 370 in der Gewerkschaft OCAW (Oil, Chemical and Atomic Workers Union) organisierte Arbeiter des Werkes aus. Es

ist mittlerweile die längste andauernde Aussperrung in den USA und die zweitlängste überhaupt.

Der Kampf der 370 Ausgesperrten und ihrer Gewerkschaft erlangte mittlerweile überregionale Bekanntheit und hat exemplarische Bedeutung. Betriebsschließungen und Aussperrungen nehmen nach Angaben der Gewerkschaft „epidemieartig“ zu. Derzeit seien ca. 50 Aussperrungen in den USA bekannt.

Innerhalb weniger Jahre gelang es der BASF, die Zahl der organisierten Belegschaften in ihren 70 Niederlassungen von 45 auf 25 herabzudrücken. Sie läßt sich beim „union busting“, dem Zerschlagen von Gewerkschaften bzw. Betriebsgewerkschaftsgruppen, bisher auch nicht durch diverse arbeitsgerichtliche Verurteilungen bremsen.

Die OCAW wendet in ihrem Kampf seit einiger Zeit das Mittel der „corporate campaign“ an, die Kritik des Konzerns auf allen Ebenen mit allen legalen Mitteln. Als die BASF wegen Geschäftsschädigung klagte, handelte sie sich im letzten September eine Niederlage vor dem obersten Arbeitsgericht ein. Kennzeichnend für den gegenwärtigen Stand der Auseinandersetzung ist, daß die OCAW die Zusammenarbeit mit Umweltschutzgruppen gesucht und gefunden hat. Ein zentraler Be-rührungspunkt zwischen beiden, bisher eher reserviert gegenüberstehenden Kräften ist der Umstand, daß die BASF die Produktion nach der Aus-sperrung mit Leih- und Fremd- und Wanderarbeitern aufrechterhält. Die OCAW hat durch eigene Untersuchun-gen nachgewiesen, daß die Pestizidproduktion, in deren Verlauf auch Phos-gen zum Einsatz kommt, seit der Aus-sperrung wesentlich unsicherer geworden ist. Es haben sich zahlreiche Un-fälle ereignet, die aber in der offiziellen BASF-Unfallstatistik nicht erscheinen, da Fremdleute verwickelt sind. Es gibt mittlerweile eine breite Bewegung ge-gen das „Bhopal am Mississippi-Ba-you“. Ein weiterer wichtiger Schritt war es für die OCAW, sich der Antiapartheid-Bewegung anzuschließen.

Am 21.1.87 brachte der demokratische Senator Jesse Jackson eine Anfrage im Senat ein, in der er die Verletzung des Arbeitsrechts durch die BASF (Angriffsaussperrung), die zahlreichen Umweltverbechen des Konzerns und dessen Engagement in Südafrika angriff. Am 4. Juni führte das OCAW Local von Geismar eine symbolische „Einsperrung“ des Management der BASF-Corporation im Hauptverwaltungsgebäude in Parsippany/New Jersey durch, unterstützt von zwölf weiteren Gewerkschaftsgruppen, dem AFL-CIO, Bürgerrechts-, Umwelt- und kirchlichen Gruppen. Am 20.6. verlangten über 1000 Menschen auf einer Demonstration, sie solle auf den Vorschlag des Gouverneurs von Louisiana eingehen: Errichtung einer nicht bin-

denden Schlichtungskommission. Daß sich der Gouverneur veranlaßt sieht, sich in den Konflikt BASF/OCAW einzuschalten, zeigt nach Ansicht der OCAW, daß mittlerweile die „Geschäftswelt“ im „Chemie-Gürtel“ am Mississippi ein Ende der Auseinander-setzungen wünscht, da die Unruhe in der ganzen Region zunimmt.

Quellenhinweis: Blueprint for Social Justice, Baton Rouge, April 1987 (deutschspr. Sonderdruck); Morning Advocate, 22.1. u. 16.5.87; The Star-Ledger, The Record, 4.6.87; The Times-Picayune, 21.6.87. – (tht)

Niederlande

Bei Asylanträgen künftig kurzer Prozeß

Bis 30.6 hatten Asylbewerber in den Niederlanden Anspruch auf umgerechnet ca. 1080 DM Sozialhilfe im Monat. Seit dem 1. Juli bekommen sie nur noch ca. 400 DM für Essen und Kleidung. Die Miete überweist die Ge-meinde, falls nötig, direkt, der Rest der Sozialhilfe wird einbehalten. Das ist nur eine der zum 1. Juli in Kraft gesetzten neuen Bestimmungen gegen Asylbewerber. Die anderen sind nicht weniger unmenschlich und alle dazu angetan, um Flüchtlinge in Westeuropa möglichst gleich die Einreise zu ver-wehren, sie, wenn dies nicht gelingt, rasch abzuweisen und sie, wenn auch das scheitert, ständiger rassistischer Hetze und Verfolgung auszusetzen und in völliger Rechtlosigkeit zu halten: Wer aus einem der zwölf größten imperialistischen Länder der OECD kommt und sich dort vor seiner Einreise in die Niederlande drei Monate lang aufgehalten hat, wird sofort an der Grenze abgewiesen. Bei angeblich „of-fensichtlichem Mißbrauch“ kann das Justizministerium nach Absprache mit dem Außenministerium den Asylbe-werber binnen 48 Stunden abschieben. Bei „unbegründeten“ Asylanträgen wird das Ablehnungsverfahren von 30 auf sieben Tage verkürzt. Das mit der Abweisung und Abschiebung von Asylbewerbern beschäftigte Personal wird um 80 Beamte aufgestockt. Flug-gesellschaften werden verpflichtet, Reisende auf mögliche Asylbewerber zu überprüfen. Treffen dennoch Flüchtlin-ge im Flugzeug auf dem Amsterdamer Flughafen ein, sollen ihre Anträge womöglich noch im Flugzeug selbst behandelt und abgewiesen werden.

Der UN-Flüchtlingskommissar hält die niederländische Asylpolitik für un-vereinbar mit der Genfer Flüchtlings-konvention. Dennoch hat das Parla-ment die neuen Asylbestimmungen der Regierung verabschiedet. Demago-gisch verweist die Regierung auf angeblich „explodierende Asylbewerber-zahlen“. Zwar haben in den ersten fünf

Monaten über 7000 Flüchtlinge in den Niederlanden Asylanträge gestellt, gegenüber 5865 Flüchtlingen im gesamten Jahr 1986. Dennoch gehören die Niederlande in Westeuropa bis heute zu den Staaten mit der geringsten Zahl von anerkannten Flüchtlingen. Ende 1986 lebten dort nur 15000 anerkannte Flüchtlinge (Belgien: 35000, BRD: 115000, Großbritannien: 140000, Frankreich: 161200).

Die Reaktion in der BRD ist über die niederländischen Beschlüsse erfreut. Die Niederlande hätten „als eines der letzten westeuropäischen Länder“ ihre Grenzen für Flüchtlinge geschlossen, kommentiert die „FAZ“ am 22.6. Seit Ende 1986 berät eine Kommission der Innen- und Justizminister der EG über ein EG-weites einheitliches Asylrecht. Spätestens Anfang 1992, so lautet ihr Auftrag, soll das Asylrecht EG-weit einheitlich sein. Diese Pläne sind mit den niederländischen Gesetzen einen großen Schritt weiter gekommen.

Gleich nach Bekanntwerden der Regierungspläne hatten 25 Organisationen am 25. März eine Protestkundgebung in Amsterdam durchgeführt. Hauptredner war ein Musiker, der 1933 mit seiner Mutter aus dem faschistischen Deutschen Reich in die Niederlande hatte flüchten müssen. Auch der Hinweis auf die faschistischen Traditionen der Einschränkung des Asylrechts in Westeuropa hat die niederländische Regierung nicht stoppen können.

Quellenhinweis: De Volkskrant, NRC-Handelsblad u.a., 26.3., 28.3.; FAZ, 22.6.; Ministerie van Justitie, Vreemdelingenzaken, 23.6.87 – (rül)

Österreich

Ladenschluß wird aufgeweicht

Am 1.6. trafen Kanzler Vranitzky, Wirtschaftsminister Graf und Finanzminister Lacina mit den Präsidenten der neun Länder-Handelskammern und dem Bundeskammerpräsidenten Sallinger zu einem „Mittelstandsgipfel“ zusammen. Ein Thema war die Ladenöffnungszeit. Seitens der Regierung wurde signalisiert, daß sie sich um eine flexiblere Handhabung bemühen werde. – Beim Verfassungsgerichtshof liegen derzeit mehrere Verfahren vor, um die Verfassungsmäßigkeit der umstrittenen gesetzlichen Regelungen zum Ladenschluß höchstrichterlich zu beurteilen.

Einer Umfrage zufolge, die das Fesel-Institut im Auftrag der Handelskammer der Steiermark durchführte, sind 43% der Handelskapitalisten mit der geltenden Ladenschlußregelung zufrieden, 33% verlangen die völlige

Freigabe der Öffnungszeiten, 20% fordern Änderungen. Zunächst soll noch in diesem Jahr die gesetzliche Mittags sperre aufgehoben werden.

Seit Jahren wird das Ladenschlußgesetz regional unterschiedlich durch Ausnahmeregelungen durchlöchert. Begründet wird dies mit fremdenverkehrspolitischen Aspekten. So wird z.B. in Innsbruck der Ladenschlußrahmen von 7 bis 19 Uhr voll ausgeschöpft; in Kärnten werden einzelne Gemeinden zu Fremdenverkehrsge meinden erklärt, die Geschäfte dürfen, auch samstags, sonn- und feiertags, bis 20 Uhr offen gehalten werden. Im September 1985 stellte der Kärntner Landeshauptmann Wagner (SPÖ) fest, „daß der derzeitige Zustand unhaltbar ist, weil sich Österreich damit von den Gepflogenheiten seiner westlichen Nachbarn abkoppelt, das geht bei einem Fremdenverkehrsland schon gar nicht“. Der damalige Vizekanzler Steger (FPÖ) schlug zumindest einen verlängerten Einkaufstag bis 21 Uhr an

Freitagen und vor Feiertagen vor.

Ein erster Anlauf, das Ladenschlußgesetz bundesweit zu unterhöhlen, wurde 1984 unternommen. Damals fiel Mariä Empfängnis, in Österreich Feiertag, auf einen verkaufsoffenen Samstag vor Weihnachten und wurde deshalb für die Beschäftigten im Handel Arbeitstag. Dies stieß auf ihren heftigen Protest – zu 80% Frauen mit einem Anfangsgehalt von rund 1100 DM brutto – und seither war es um die Bestrebungen zur bundesweiten Flexibilisierung des Ladenschlusses stiller geworden.

Als nächste Etappe steht in Kärnten die Öffnung der Geschäfte bis 20 Uhr anlässlich der Rad-Weltmeisterschaft in Villach vom 25.8. bis 6.9. an. Kärnten wolle nicht Vorreiter bei der Änderung von Ladenschlußzeiten sein, beteuert Landeshauptmann Wagner, man warte darauf, daß der Wirtschaftsminister in Wien in dieser Frage tätig werde. Quellenhinweis: Profil 49/84, 36/85, Die Presse, div. Ausgaben – (rua)

Todesurteile in Südafrika

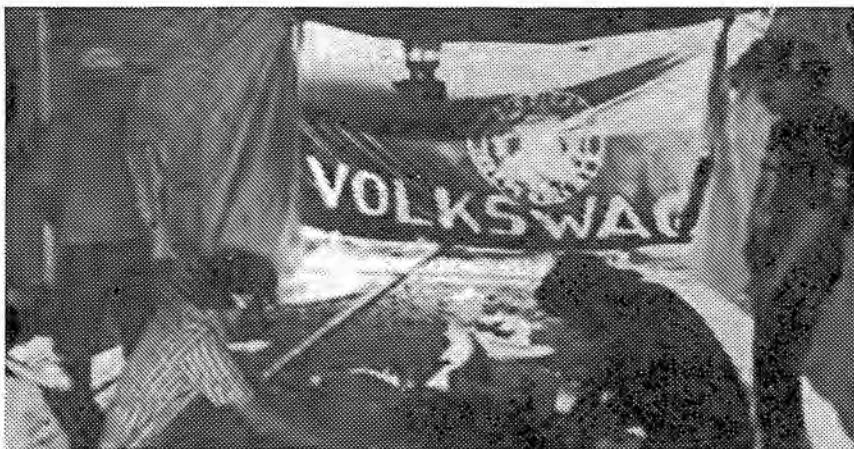
Berufungsverhandlung für die Sechs von Sharpeville festgesetzt

Nach langen Verzögerungen hat jetzt die südafrikanische Justiz den Berufungstermin für die in erster Instanz zum Tode verurteilten Sechs von Sharpeville auf den 10. September 1987 anberaumt. Die Berufung wird vor der Berufungsinstanz des Obersten Gerichtshofs in Bloemfontein verhandelt.

Zur Erinnerung: Mojalefa Reginald Sefatsa, Reid Malepo Mokoena, Oupa Moses Diniso, Duma Joshua Khumalo, Dan Francis Mokhesi und Theresa Ramashamola, sechs Einwohner aus Sharpeville, wurden am 13.12.1985 zum Tode verurteilt. Sie sollen im September 1984, als sich die Schwarzen in den Townships im Vaal-Dreieck erhoben, um gegen die Mieterhöhungen zu kämpfen, den stellvertretenden Bürgermeister getötet haben. Das Gericht stützte sich nahezu ausschließlich auf die Aussagen zweier ungenannt geblieben



Über 28000 Menschen hat die Rassistenpolizei allein 1986 festgenommen. Eine unbekannte Zahl von Schwarzen kam in Polizeigewahrsam zu Tode.



Zum 30. Juni 1987 hatte die Metallarbeitergewerkschaft bei Volkswagen Mexiko den Tarifvertrag gekündigt und Lohnforderungen von 100 Prozent erhoben. Die VW-Geschäftsleitung veröffentlichte ein Kommuniqué, in dem die Lohnforderungen als „übertrieben“ wegen der hohen Reallohnsteigerungen der VW-Arbeiter im Jahre 1986 bezeichnet wurden. Die Gewerkschaft wies diese Behauptung zurück. Nachdem die Geschäftsleitung immer noch kein Angebot vorlegte, traten daraufhin die 12000 VW-Arbeiter in den Streik. Die VW-Geschäftsleitung sperrte die gesamte Belegschaft aus und schloß die Werke. (Bild: Streikposten vor dem VW-Werk in Pueblo, Mexiko – sie)

KPF gegen gemeinsame Brigade mit der BRD

Das Politbüro der KPF hat in einer Erklärung den Plan zur Aufstellung einer westdeutsch-französischen Brigade abgelehnt. Dieses Vorhaben solle die Bildung einer gemeinsamen west-europäischen Verteidigung vorbereiten, die sich unter USA-Kommando in den NATO-Rahmen einordnen würde. Dadurch würde die aggressive atlantische Militärstrategie gestärkt und der Bundesrepublik entgegen den internationalen Abkommen der Zugang zu Kernwaffen eröffnet. Die „Humanité“, Zentralorgan der KPF, kritisierte auch die Aufrüstungspolitik der BRD, die in der Tradition des deutschen Imperialismus steht. Die KPF wolle sich ver-

stärkt für den Abschluß eines internationalen Abrüstungsabkommens einsetzen. – (sie)

US Air Force Soldat verweigert Spionageflüge gegen Nicaragua

„Jede Nacht flog ich von Nebraska nach Nicaragua, um elektronische Spionage durchzuführen. Ich fühle mich, als ob ich mein eigenes Volk betrüge,“ erklärte Sergeant Daniel Cobos. Er hat die Entlassung aus der Luftwaffe als Verweigerer aus Gewissensgründen beantragt. Cobos Anwalt von der GI-Organisation Citizen Soldier (Bürgersoldat) will die Verweigerung auf die Rechtspflicht stützen, nicht an militärischen Operationen teilzunehmen, die internationales Recht verletzen. – (her, ger)

bener Zeugen und mußte selbst die ungerechten Gesetze des Apartheid-Regimes noch brechen, um das Todesurteil verhängen zu können.

Wie der in Südafrika erscheinende „Sowetan“ am 3.4.87 berichtete, führen die politischen Organisationen AZAPO und UDF, eine Gefangenenhilfsorganisation und die Gewerkschaft SABMAWU eine Kampagne zur Rettung der Sechs von Sharpeville durch. International organisiert vor allem der PAC, aber auch der ANC die Unterstützung mit den zum Tode Verurteilten. UNO, OAU und Blockfreienbewegung fordern die Freilassung der Sechs von Sharpeville. Die Bundesregierung schweigt trotz ausdrücklicher Aufforderung der internationalen Organisationen, zur Freilassung tätig zu werden, und deckt damit das Rassistenregime und seine Terrorjustiz. Die im letzten Jahr von den Herausgeberorganisationen der „Gemeinsamen Beilage“ initi-

ierte und von vielen Organisationen mitgetragene Solidaritätskampagne in der BRD und Westberlin hatte unter anderem zum Ergebnis, daß 12000 DM zur Unterstützung der Sechs von Sharpeville überwiesen werden konnten.

Die Festsetzung des Berufungstermin macht es notwendig, die Anstrengungen im Kampf um das Leben der zum Tode Verurteilten erneut zu intensivieren. Die Gefangenen und ihre Angehörigen fordern uns auf, die Kampagne fortzusetzen, sie weiter moralisch, politisch und materiell zu unterstützen, den Druck auf die Bundesregierung, sich für die Freilassung einzusetzen, und den Druck auf das Rassistenregime, die Todesurteile aufzuheben und die Gefangenen freizulassen, zu verstärken.

Aus einem weiteren Grund ist es dringlich, die Solidaritätskampagne in der kurzen Zeit bis zum September zu

Niger: Volksentscheid für „Charte Nationale“

Am 14.06.87 wurde in der Republik Niger bei sehr hoher Wahlbeteiligung die „Charte Nationale“ als Vorlage einer Landesverfassung per Volksentscheid mit 98% Ja-Stimmen angenommen. Die „Charte Nationale“ unterstreicht Blockfreiheit, Anerkennung der UNO-Beschlüsse und die Wichtigkeit des Süd-Süd-Austausches (OAU). Der Kampf der unterdrückten Völker für nationale Selbstbestimmung wird in der „Charte Nationale“ unterstützt, Rassismus, koloniale und imperialistische Unterdrückung, namentlich der Zionismus und die Apartheid in Südafrika, werden verurteilt. Über die Entwicklung aller Sektoren der nigrischen Wirtschaft, mit der Landwirtschaft als Basis, soll die Lebensqualität aller sozialen Schichten verbessert werden. Die nationale Souveränität der Republik Niger ist höchstes Prinzip, ausgedrückt in der Förderung der nigrischen Kulturen und Sprachen und der Abgrenzung gegenüber imperialistischer Einflußnahme. Die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln, Alphabetisierung, angepaßtes Schulwesen an die Verhältnisse im Land, eigenes Forschungswesen und Trennung von Kirche und Staat sind dabei wichtige in der „Charte Nationale“ genannte Punkte. Als Hauptstütze für die Entwicklung der nigrischen Gesellschaft gelten die Kräfte der Massen, für die die Freiheit der Versammlung und Assoziation und das Demonstrationsrecht verbrieft werden, aber kein Streikrecht. Das Recht auf Privat-eigentum und das Recht auf freie unternehmerische Betätigung sind garantiert. Die „Charte Nationale“ beinhaltet keine Analyse der nigrischen Klassenverhältnisse. – (Diffa, République du Niger – joh)

verstärken: Der Ausgang der Berufungsverhandlung ist von weitreichender Bedeutung. Denn wenn die Sechs von Sharpeville freigekämpft werden können, dann können auch andere Todesurteile leichter verhindert werden. Die Rassistenjustiz hat an den Sechs von Sharpeville ein Exempel statuieren wollen, indem sie die Beteiligung an den Aufständen mit Mordanklagen verfolgte. Seit dem Urteil gegen sie hat das Regime in ähnlichen Fällen weitere Todesurteile und zahllose hohe Gefängnisstrafen verhängt.

Allein im Januar und Februar 1986, also kurz nach dem Urteil gegen die Sechs von Sharpeville, eröffnete das Regime neun ähnliche Verfahren mit insgesamt 134 Angeklagten. In einem dieser Verfahren standen 97 Arbeiter eines Goldbergwerkes in Transvaal vor Gericht, die angeklagt waren, bei Auseinandersetzungen mit der Polizei, in deren Verlauf sieben Bergarbeiter er-

US-Senat billigt einstimmig Resolution gegen Frontstaaten

Zwei Resolutionen, angehängt an ein Auslandshilfegesetz, haben die Position des US-Senats weit rechts von der Reagan-Regierung in der Unterstützung Südafrikas klargemacht. Die erste Resolution, mit 94:0 abgestimmt, verurteilt die „Aggression und Subversion“ der Sowjetunion im südlichen Afrika und die „schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen“ der „illegalen“ MPLA-Regierung in Angola. Die zweite Resolution (77:15) untersagt Unterstützung an Länder, die Morde an Kollaborateuren in Südafrika nicht verurteilen oder „Terroristen“ nicht ausliefern, die das unterstützen. – (her, ger)

GB will Kolonialstatus Gibraltars zementieren

Großbritannien versucht, ein EG-Abkommen, das Preisvergünstigungen im Luftverkehr vorsieht, zu nutzen, um den Kolonialstatus Gibraltars, das an Spaniens Südspitze liegt, auszubauen. Der Flugplatz, an dem der Streit sich entfachte, liegt zudem außerhalb der Kolonie. Die britische Regierung will die Anerkennung des Flugplatzes als britisch. Unterzeichnet die spanische Regierung dieses EG-Abkommen, erkennt sie gleichzeitig die britische Vorherrschaft an. Da sie an einem schnellen Inkrafttreten des Abkommens interessiert ist, weil die staatliche Gesellschaft Iberia große Vorteile daraus zöge, hatte sie dem Vorsitzenden der Verkehrsministerkonferenz einen Kompromißvorschlag vorgelegt. Großbritannien akzeptierte diesen Vorschlag jedoch nicht. Die spanische Regierung hat in ihrer fünfjährigen Amtszeit viele Zugeständnisse in der Gibraltar-Frage gemacht. Der spanische Außenminister: „Wir sind es leid, daß Frau That-

cher und Großbritannien nie nachgeben.“ Großbritannien zeigt kein großes Interesse, in der Gibraltar-Frage zu einer Einigung mit Spanien zu kommen, deshalb tritt das Luftfahrtabkommen nicht in Kraft. – (arg)

Panama: Proteste gegen US-Imperialismus

Mitte Juni hat die Regierung Panamas den Ausnahmezustand verhängt, um der starken Destabilisierung des Landes durch die rechte Opposition, die von den USA unterstützt wird, entgegenzuwirken. Der US-Senat forderte daraufhin in einer Resolution eine „Demokratisierung“ sowie den Rück-

tritt des Armeechefs Noriega. Am 30.6. gab die Dellvalle-Regierung dem Druck der US-Imperialisten und der christ-demokratischen Opposition nach und hob den Ausnahmezustand auf. Gleichzeitig protestierte sie aber heftig gegen die US-Einmischung, die das Ziel verfolge, eine gefügige Regierung an die Macht zu bringen und so das Abkommen über die Abtretung der Kanalzone und den Rückzug der US-Truppen im Jahre 1999 zu unterminieren. Bei einer Kundgebung in der Hauptstadt, an der auch Regierungsvertreter teilnahmen, kam es zu heftigen Ausschreitungen gegen das US-Botschaftsgebäude. – (uga)



Nach z.T. spontanen Demonstrationen und anschließenden schweren, stundenlangen Straßenschlachten zwischen Tausenden von Demonstranten und der Polizei Anfang Juli in Rio de Janeiro zog die städtische Verkehrsgesellschaft die Erhöhung der Fahrpreise zurück. Infolge der Auseinandersetzungen wurden über 50 Busse zerstört. Der öffentliche Nahverkehr kam völlig zum Erliegen. Die Fahrpreiserhöhung um 50 Prozent traf insbesondere die wenig verdienenden Arbeiter, die zumeist in den weit abgelegenen Vororten wohnen und lange Fahrzeiten haben. Zudem sind die Löhne seit dem Lohnstopp der Regierung Mitte Juni um ein weiteres Viertel gesunken und wurden seit Januar über eine Million Arbeiter, und viele davon in Rio de Janeiro, entlassen. – (sie)

schlossen worden waren, zwei Polizisten getötet zu haben. Soweit bekannt, wurden mehrere Gefängnisstrafen verhängt.

Mindestens 22 Menschen wurden in diesen und späteren Prozessen zum Tode verurteilt, unter anderen:

Mankopane Maowasha (20) und Matshapa Matsepene, die angeklagt waren, im September 1985 einen Polizeispitzel getötet zu haben;

Desmond Majola (27), Dickson Madikane (36) und Patrick Manginda (23), denen vorgeworfen wurde, im November 1985 im Township Oudtshoorn einen Stadtrat getötet zu haben. Zu dieser Zeit hatte die Polizei bei zwei Überfällen rund 500 der ca. 4000 Bewohner des Townships verhaftet;

Josiah Tswane (29) und Daniel Ma-leke (19) aus Sebokeng im Vaal-Dreieck, die angeklagt waren, einen Polizei-leutnant getötet zu haben;

Mlamli Mielies (22) und Moses Jant-

jes (21), die zusammen mit anderen angeklagt waren, in Uitenhage im März 1986 einen Stadtrat getötet zu haben. Zwei Tage vorher hatte die Polizei in Uitenhage bei einer Beerdigung 20 Menschen erschossen: als eine erzürnte Menschenmenge vor dem Haus des Stadtrats demonstrierte, schoß dieser. Der Prozeß enthielt die enge Verbindung zwischen der Polizei, bewaffneten Vigilantenbanden und den mit dem Regime kollaborierenden Stadträten. Anklage und Urteil basierten hauptsächlich auf einem ungenannten Zeugen, von dem nur bekannt wurde, daß er bezahlter Polizeispitzel und Mitglied einer Vigilantenbande war. Zwei mitangeklagte Jugendliche im Alter von 18 wurden zu 20 bzw. 19 Jahren Gefängnis verurteilt.

Besonders bedeutsam, auch im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die die Sechs von Sharpeville, ist der Delmas-Prozeß, in dem 19 Männer des

Hochverrats, des Terrorismus und des Mordes angeklagt sind. Sie sollen die Unruhen im Vaal-Dreieck im September 1984 angestachelt haben. Unter ihnen befindet sich der frühere Vorsitzende der AZAPO in der Region Vaal, Oupa Hlomuka. Dieser Prozeß lief im April schon viele Monate; ob er inzwischen beendet und die Urteile gefällt sind, ist nicht bekannt.

Quellenhinweis: Focus, Nr. 64 bis 69; Azako-Nachrichten 9/10/76 – (scc) Adressen der Angehörigen der Sechs von Sharpeville:

Ruth Mokhesi, P.O.Box 79, Sharpeville 1933; Julia Ramashamola, P.O.Box 8050, Sharpeville 1933; die anderen Familien über: Catholic Church, P.O. Box 10040, Sharpeville 1933, alle South Africa.

Adresse des Auswärtigen Amtes: Adenaueralle 101, 2800 Bonn.

Spendenkonto: R. Lötzer, Kto.-Nr. 2154424600, BLZ 376010111, BfG.

- Veröffentlichungen -

Ausländerfeinde und Ausländerfreunde

Im gleichnamigen Buch mit dem Untertitel „Eine Streitschrift gegen den geächteten wie den geachteten Rassismus“ weist Autor Freerk Huisken, Dr. phil. und Professor an der Universität Bremen im 1. Teil nach, daß Ausländerfeindlichkeit rassistischer Nationalismus ist, der „für den deutschen Untertanen, der es in der Konkurrenz mit in- und ausländischen Lohnarbeitern zu nichts anderem als zur Garantie von dauerhafter Lohnarbeiterexistenz gebracht hat, jene merkwürdige Form von Trost darstellt, derzufolge das nationale Geschäfts- und Staatsleben auch seine Wünsche erfüllen würde, wenn nicht die Ausländer wären. ... Hier erklärt sich nicht etwa ein materialistisch denkender Arbeiter seinen Schaden falsch, sondern hier äußert sich ein Interesse an unbedingter Übereinstimmung mit allen nationalen Gewalten.“

Die Ausländerfreunde, so Huisken im 2. Teil, sind allerdings ebenfalls rassistische Nationalisten, da sie ein „Interesse an einem unbefleckten Bild vom demokratischen antifaschistischen (Nachkriegs-)Deutschland“ haben. „Schwer erträglich sind für sie vielmehr Landsleute mit Vorstellungen, Urteilen über und Umgangsweisen mit Ausländern, die für sie ein Hindernis für ihr uneingeschränktes ‚Ja‘ zur demokratischen deutschen Nation sind.“ Forderungen nach gleichen Rechten, gleichem Lohn, Wahlrecht für Ausländer lehnt Huisken grundsätzlich ab, weil sich an der materiellen Lage von Ausländern nichts ändert, wenn gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt wird; weil beim Wahlrecht Ausländer lediglich mitentscheiden können, welche Partei die Ausländergesetze verschärft.

Er behauptet, daß Ausländerfreunde das Vorurteil als Grund der Ausländerfeindlichkeit diagnostizieren. Dazu gehört für ihn auch die These, daß Ausländerfeindlichkeit die Arbeiterklasse spaltet und die Arbeiterbewegung schwächt. Die Ausländerfreunde würden in ihrer Kritik der Vorurteile für Ausländer werben, statt – und daß ist die Handlungsanweisung des Autors – die deutschen Nationalisten anzugreifen. „Nicht die Türken und andere Ausländer, sondern die Deutschen und deren ‚Lebensart und Denkweise‘ müssen aufs Korn genommen werden.“ Das ist natürlich schwierig, wenn der selbe Autor den Ausländerfreunden gerade erst nachgewiesen hat, daß sie selber rassistische Nationalisten sind. Sich selbst greift niemand gerne an.

Interessant ist im ersten Teil des Buches die Auseinandersetzung mit dem Nationalismus und seinen Ursachen

und Folgen. Der zweite Teil ist mir zu pauschal in seiner Verurteilung der „Ausländerfreunde“. Ich würde es nicht kaufen, sondern allenfalls in der Bibliothek ausleihen, u.a. weil es schon nach dem ersten Lesen aus dem Leim geht.

(Freerk Huisken, Ausländerfeinde und Ausländerfreunde, VSA-Verlag – ti)

Handel zwischen Flexi und Ladenschluß

„Dienst am Kunden?“ heißt ein von mehreren HBV-Sekretären und Mitarbeitern beim Projekt „Humane Arbeitszeitgestaltung im Einzel- und Großhandel“ (HAZEG) herausgegebenes neues Buch. Die elf Beiträge befassen



sich mit der Geschichte der Arbeitszeit und der -bedingungen im Handel: Ladenschlußgesetz, typische Flexibilisierungsformen, neuen Technologien. Inhaltliche Schwerpunkte bilden der große Anteil der Frauenarbeit und der Aspekt, wie gewerkschaftlicher Kampf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Groß- und Einzelhandelsbereich beigetragen hat.

Besonders erwähnenswert sind folgende Gesichtspunkte: Die Handelskapitalisten sind Vorreiter der Deregulierungs- und Flexibilisierungspolitik für alle Branchen. In der Auseinandersetzung um die Verkürzung der Arbeitszeit im Metall- und Druckbereich formulierten die Kapitalisten das Ziel der Entkopplung von Arbeits- und Betriebsnutzungszeiten wie sie im Handel seit Anfang der 50er Jahre stattfindet. Die gewerkschaftliche Gegenstrategie war der Kampf um Arbeitszeitverkürzung, seit Mitte der 50er Jahre mit der Forderung nach der 5-Tage-Woche verknüpft. War die Erreichung eines ganzen freien Tages als

Ersatz für die Samstagsarbeit mithilfe des „Rouliersystems“ Anfang der 60er Jahre im Kaufhausbereich ein Erfolg, so wird dies nun u.a. durch den steigenden Anteil der Teilzeitarbeit im Handel ausgehöhlt. Der Autor Gerhard Gerlach schreibt: „Der Verkürzung der täglichen Arbeitszeiten im Einzelhandel auf zunächst 8 Stunden und dem Ziel des 7-Stunden-Tages kommt heute die Bedeutung zu, die der Einführung der 5-Tage Woche und des roulierenden Freizeitsystems in den 60er Jahren zugekommen ist.“

Jürgen Glaubitz stellt einen offensiven Katalog zur Verbesserung des Ladenschlußgesetzes vor:

- generelles Verbot jeglicher Sonntagsöffnung
- radikale Einschränkung der zahlreichen Ausnahmeregelungen
- schrittweise Einschränkung der Samstagsöffnung
 - Abschaffung der langen Samstage im Sommer
 - jeden zweiten Samstag genereller Ladenschluß
- schrittweise Reduzierung der täglichen Öffnungszeiten am Abend; alternativ generell 17.30 Uhr oder an einzelnen Tagen 17.00 Uhr.“

Auch als Nachschlagewerk für Tarif- und Gesetzesregelungen ist das Buch sehr zu empfehlen. – (rst)

Kritik der neuen Aufrüstung in der BRD

Im letzten Jahr ist im Pahl-Rugenstein-Verlag ein weiteres Buch zur Kritik der BRD-Rüstungspolitik erschienen. Die konventionelle Aufrüstung, die Maßnahmen zur Bekämpfung des feindlichen Hinterlandes und die BRD-Beteiligung an SDI kosten gewaltige Summen. Anhand der NATO-Infrastrukturprogramme und des Bundeswehrplans rechnen die Autoren die gegenwärtiger Rüstungsausgaben hoch und befürchten immer größere Steigerungsraten des Militäraushaltes in den nächsten Jahren. Das, so ihre Kritik, wird immer mehr zu Lasten anderer öffentlicher Ausgaben gehen, insbesondere wird gestrichen bei der sozialen Sicherung, bei Beschäftigungsprogrammen und bei kommunalen Einrichtungen. Die Bundesregierung folge mit ihrem Rüstungskurs unreflektiert der US-amerikanischen Aggressionspolitik. Und warum? „Diese Frage dürfte mittlerweile nicht mehr mit sicherheits- oder militärischen Überlegungen zu beantworten sein“. Mit dieser fragwürdigen These beginnt das Kapitel über die „Hauptnutznießer“ der Aufrüstung, die Rüstungsunternehmen in der BRD. Fragwürdig deshalb, weil sie nicht nur die bestehenden Kriegsgründe für die BRD, sondern auch die bestehenden militärstrategischen Planungen nicht beachtet. Das Buch beweist: Die führenden BRD-Monopole sind alle im

Rüstungsgeschäft vertreten, zunehmend auch die Banken, und parallel zur geplanten Beschaffungswelle der Bundeswehr findet eine Welle der Konzentration und Neugruppierung statt. Schlußfolgerung der Autoren: In Verbindung mit „Teilen des Staates, die aus der Vergrößerung des militärischen Potentials zunehmende Macht und Privilegien beziehen“, übt die Rüstungsindustrie großen Druck auf die Regierung auf, um weiter Kasse zu machen; es herrscht der Militär-Industrie Komplex. Aus der engen Verbindung zwischen Regierung, Militär und Industrie läßt sich aber doch auch auf wachsende politische Kriegsabsichten schließen, die so auf sichere Füße gestellt werden.

Huffschmid u.a., Neue Rüstung – Neue Armut, Aufrüstungspläne und Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik, Köln 1986, 14,80 DM – (jok)

Leitfaden für den friedlichen Verweigerer

Intention des Autors dieses „Leitfadens für Kriegsdienstverweigerer“ (KDVer) auf den Buchmarkt zu werfen, scheint die Absicht zu sein, jungen Männern, die den Kriegsdienst verweigern wollen, Hilfestellung bei diesem Vorhaben zu leisten. Die rechtlich-technische Variante der Kriegsdienstverweigerung (KDV) wird übersichtlich, dem Laien verständlich, dargestellt. Manko dieses Elaborats ist die Unterstellung einer durch und durch pazifistischen Gesinnung beim angehenden KDVer. Zwar werden vom Autor Fragen aufgeworfen, anhand derer der KDVer seine schriftliche Begründung erarbeiten sollte, Antworten liefert dieses Buch jedoch nicht. Verkannt hat der Autor offensichtlich die Tatsache, daß KDV für den Nicht-Pazifisten Heuchelei beim Erlangen der Anerkennung als KDVer bedeutet. Es wird somit der übergrößen Mehrheit von KDVern durch dieses Werk keinerlei Hilfestellung gegeben. Auch der schulbuchartige Stil macht die Lektüre dieses Ratgebers nicht zur reinen Freude. Positiv bemerkenswert ist, daß dieses Buch ein Kapitel über Probleme des Zivildienstes (ZD) enthält. Leider verhindert die pazifistische Verblendung des Autors hier einige wesentliche Aspekte, wie z.B. die Ausnutzung von Zivildienstleistenden (ZDL) als billige-rechtlose Arbeitskräfte ausreichend zu würdigen. Völlig überflüssig mutet dann auch noch ein Kapitel über die Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) an, in dem die Arbeit der DFG-VK apologetisch dargestellt wird. Als nötigend dürften vom Leser auch die Appelle empfunden werden, sich in der „Friedensarbeit“, so wie der Autor sich diese vorstellt, nämlich konsequent systemimmanent, zu engagieren. (Bernd Oberschachtsiek, Aktiv gegen Oliv, Hrsg.: DFG-VK, 6,00 DM)

Junge Union

Reaktionäre Sammlung unter großdeutschen Parolen

Am 16. Juni rief die JU zu einer Veranstaltung in Westberlin zum „17. Juni“ auf. Anschließend gingen die Teilnehmer geschlossen zur „Mauer“ und zündeten Teile der Grenzanlagen an, beschmitten DDR-Volkspolizisten mit Steinen und dgl. Von Seiten ihrer Partei wurden sie nicht angegriffen, und die reaktionären Zeitungen konnten die Steineschmeißer gut verstehen.

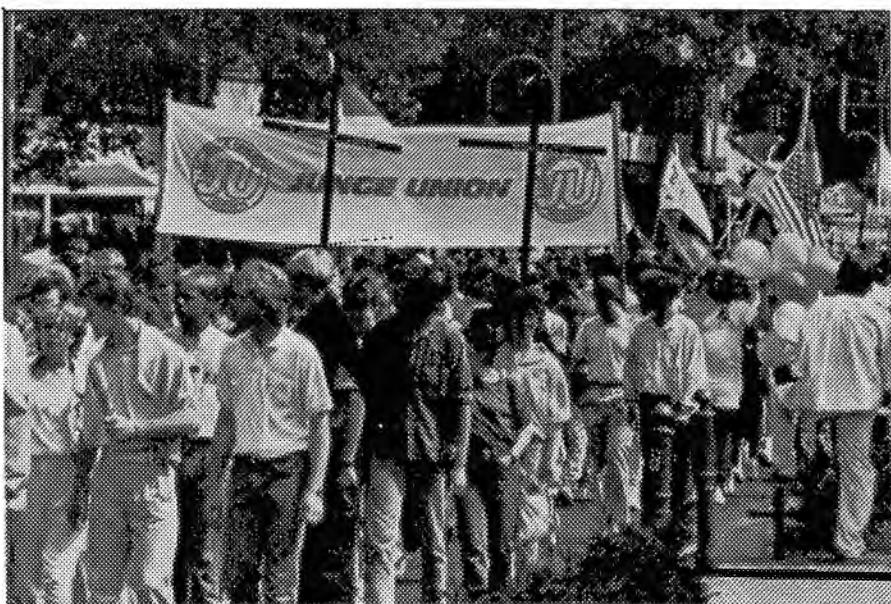
Die Aktion der JU ist nicht verwunderlich. Aggressive, nationalistische und großdeutsche Hetze bilden schon lange den Schwerpunkt ihrer Politik. Themen wie Frauen, Arbeitslosigkeit usw. werden eher am Rande behandelt, jedenfalls, wenn es um öffentliche Aktionen geht. Bei dieser reaktionären und revanchistischen Politik ist die JU beunruhigend erfolgreich. Auch wenn die Mitgliederzahl in den letzten sieben Jahren eher stagniert, ist die JU mit 254000 Mitgliedern (1985) der größte Jugendverband einer Partei Westeuropas. Von Anfang der 70er Jahre (1970: 116000) bis heute hat sich damit ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppelt.

Kapitalistensprößlinge, Töchter und Söhne höherer Beamter, selbständiger Handwerksmeister und Angestellte bilden die große Masse der Mitglieder. Die reaktionäre Elitepropaganda findet bei diesen Mitgliedern, die fast alle Abitur haben und sich selbstverständlich zu dieser „Elite“ rechnen, begeisterte Unterstützung. Trotzdem ist gewöhnlich die Aktivität der Mitglieder sehr gering. Die meisten sind selbst so träge, daß sie kaum zu Veranstaltungen der JU gehen. Die meisten sind einfach dabei, weil sie sich davon eine

Förderung ihrer beruflichen und geschäftlichen Laufbahn versprechen.

Unterstützt von diesen Mitgliedern entfaltet der JU-Vorstand eine rege Tätigkeit bis weit ins faschistische Lager hinein. Sammlung einer rechten Bewegung von JUern, Vertriebenenfunktionären, Verbindungsstudenten bis Faschisten scheint das Ziel zu sein. In Köln beispielweise hatte der Landesverband NRW der JU zum 17. Juni in diesem Jahr den ehemaligen Westberliner Innensenator und CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer zum Festvortrag eingeladen. Das ist typisch für die Politik der JU: Planmäßig werden rechte Leute gestützt und eingeladen.

Die auf der folgenden Seite abgedruckten Dokumente belegen diese aggressive Hetze gegen die DDR und Propagierung illegaler Aktivitäten in Afghanistan durch die JU. Angeblich geht es dabei der JU darum, die „Unfreiheit“ in diesen Ländern zu beenden und den unterdrückten „Landsmännern“ zu helfen. Daß es in Wirklichkeit darum geht, daß in diesen Ländern wieder Kapitalisten herrschen und am Ende der „Lösung der deutschen Frage“ wieder ein Großdeutsches Reich stehen soll, in dem die Elektrowerke der jetzigen DDR wieder Siemens gehören und die Stahlwerke wieder Krupp, davon steht z.B. in der „deutschlandpolitischen Entschließung“ von 1984 kein Wort. Quellenhinweise: Beschlüsse des Deutschlandtags 1984 der JU; div. Ausgaben von „Die Entscheidung“, Organ der JU. – (arg)



Am 9. August demonstrierte die JU zum 25. Jahrestag des Mauerbaus in Westberlin.

Dokumentiert: Deutschlandprogramm und andere Hetze der JU

Das Deutschlandprogramm der Jungen Union

„... Die JU (stellt sich) bewußt auf den Boden des Verfassungs- und Internationalen Rechts. Danach bestehen die Grenzen des 31. Dezember 1937 völkerrechtlich fort. Es gibt nur eine gesamtdeutsche Staatsbürgerschaft. Nach den Verträgen der BRD mit der UdSSR und Polen bildet die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens. Damit ist aber nichts über die endgültigen Grenzen Deutschlands gesagt, deren Festlegung nach dem Potsdamer Abkommen einem Friedensvertrag vorbehalten ist.“

„... Die JU fordert, den Gedanken von der Verantwortungsgemeinschaft demnächst vor allem auch im Umweltschutz stärker zum Tragen kommen zu lassen: Wir atmen die gleiche Luft und trinken Wasser aus den gleichen Flüssen. (Anm. d. Red.: „Biotopt Deutschland“)

„... In der Deutschlandpolitik ist die Begegnung (Wiedervereinigung) der Menschen unser erstes Ziel. Dazu sind direkte Begegnungen der Bürger aus beiden Teilen unseres Landes von zentraler Bedeutung. Die junge Generation kennt Deutschland nur getrennt. Nur persönliche Erfahrungen – gewonnenen durch Begegnungen – können einer Entfremdung entgegenwirken. Nicht ausreichend sind „Sightseeing-Kurzbesuche. Vielmehr geht es darum, Halle, Weimar, Jena, Dresden oder Wittenberg zu „erleben“ und ihre Bewohner kennenzulernen.“

„... Damit junge Menschen zum Hauptträger des Einheitsgedankens werden können, sind mehr Begegnungen zwischen Jugendlichen aus der Bundesrepublik mit Gleichaltrigen aus der DDR notwendig. Die JU wirbt für verstärkte DDR-Reisen von Jugendlichen und insbesondere von Schulklassen in die DDR. Öffentliche Förderung von Schulfahrten darf grundsätzlich erst erfolgen, nachdem Schulklassen nach Berlin oder in die DDR gefahren sind.“

„... Zur Förderung von direkten Jugendkontakten fordert die JU ein deutsch-deutsches Jugendwerk.“

„... Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands. Der Status Berlins als volles Bundesland ist nur überlagert durch alliierte Vorbehalte. Die JU dankt den Schutzmächten für ihr tiefes und freundschaftliches Engagement für Berlin. Berlin ist für alle Deutschen eine nationale Aufgabe, aber für alle Deutschen hat es auch eine nationale Aufgabe.“

„... Solange Berlin seine Hauptstadt-funktion praktisch nicht wahrnehmen kann, muß alles getan werden, damit es geistiger, kultureller und wissen-

schaftlicher Mittelpunkt Deutschlands bleibt.“

„... Der Einfluß der Mächte von außen hat oft und lange bei den Deutschen Ohnmacht hervorgerufen, die über Jahrhunderte die Einheit verhinderte, dauerhafte staatliche Aufsplitterung bewirkte und Deutschland nicht selten zum Spielball des europäischen Mächtekonzerts machte. Das 20. Jahrhundert hat zwei Anläufe der Deutschen gesehen, um aus dem beherrschenden Einfluß der Mächte auszubrechen.“

Quelle: Beschußvorlage des JU-Bundesvorstands zum Deutschland-Tag 1984

„Unsere Heimat muß erhalten bleiben“



9.8.86: Aggressive Parolen scheinbar „flott“: „Auf die Dauer ohne Mauer“

... In der Ausgabe 12/86 des JU-Zentralorgans, „Die Entscheidung“, berichtet die JU Niedersachsen über ihre Eindrücke aus Polen. Bilder wie „Schlesisches Industriegebiet: Die Umweltvergiftung nimmt katastrophale Ausmaße an“ und „die Oder bei Breslau“ leiten zu der Frage über, diese „deutschen“ Gebiete jetzt schon vor Umweltzerstörung zu retten: „... Über eine Unterstützung Polens (auf dem Gebiet des Umweltschutzes) sollte seitens der Bundesrepublik nachgedacht werden.“

„Auf die Dauer ohne Mauer“

In ihrer Broschüre vom Deutschlandtag 86 berichtete die JU von ihrer Demonstration in Westberlin, zu der „nur“ 4000 statt 30000 erwarteten Menschen kamen:

„... Rund 3000 „Wesis“ kommen aus allen Kreisverbänden der Bundes-

republik, um sich an der Großveranstaltung zum 25-jährigen Bestehen der Mauer zu beteiligen. (Diese) ... brachten Transparente, Mahnkreuze und Fahnen mit.“ Am Abend sammelten sich max. 1000 Teilnehmer, um eine Menschenkette entlang der Mauer zu bilden. Ein Teil davon führte massive Übergriffe auf die DDR Grenze durch. Die Reaktionäre stiegen auf die Mauer und schmissen mit Steinen und dgl. Auch am nächsten Tage bis einschließlich des Jahrestages selbst fanden solche Übergriffe statt.

Bundeswehrspion in Afghanistan. JU begeistert

„... Herr Dr. Erös, Oberfeldarzt der Bundeswehr, setzte seinen Urlaub ein, um für das Deutsche Afghanistan Komitee in der Provinz Nangahar zu arbeiten“. (Insgesamt arbeiten 12 solcher Völkerrechtsfeinde in Afghanistan)

stan.)

(aus Entscheidung, Organ der JU, 1/87, S. 24)

Für Berufung eines Menschenrechtsbeauftragten

„Die Junge Union Westfalen-Lippe unterstützt die Forderung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) nach Berufung eines Menschenrechtsbeauftragten.“

„In diesem Zusammenhang ist nach Ansicht der JU Westfalen-Lippe auch die Publikation eines jährlich zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember erscheinenden „Weißbuchs über die Menschenrechte“ zu prüfen.“

Das Weißbuch wird schon lange von der Reaktion und den Faschisten verlangt, um gegen die Staaten Osteuropas wegen „Unterdrückung“ zu hetzen. (aus Entscheidung, Organ der JU, 11/85, S. 24)

Demonstration gegen „Ostpreußisches“ Landesmuseum

Lüneburg. Am 26. Juni demonstrierten in Lüneburg etwa 150 Menschen gegen die Neueröffnung des „Ostpreußischen“ Landesmuseums. Aufgerufen hatte der Antifaschistische Arbeitskreis. 150 waren auch auf dem antifaschistischen Friedensfest des Friedensbündnisses. Auf der Eröffnungsveranstaltung in der Nordlandhalle, an der 800 – darunter Hupka und ca. 50, z.T. hohe Offiziere in Uniform – teilnahmen, mußten sich die Staatssekretäre Waffenschmidt (BMI) und Hennig gegen Revanchismus „vorwürfe“ „verteidigen“. Demagogisch erklärten sie das Museum zu einer Stätte der „Völkerverständigung“. Während die SPD ihre Kritik auf den Vorsitzenden des „Förderkreises“, den ehemaligen SS-Obersturmführer und langjährigen CDU-MdB Otto Freiherr von Fircks, beschränkte, wurde auf der Abschlußkundgebung festgehalten: Niemand hat ein Recht, ein Museum über sowjetisches und polnisches Territorium zu eröffnen. Es kann nur einen Akt der „Völkerverständigung“ geben: die völkerrechtliche Anerkennung und strikte Respektierung der bestehenden Grenzen! – (thr)

SS-HIAG-Treffen im Kr. Steinburg verhindert

Glückstadt. Mit einem Bus und diversen PKWs kamen etwa hundert alte SS-Nazis nach Glückstadt in Schleswig-Holstein, um sich zum Matjes-Essen im „Tivoli“ zu versammeln, wie schon vor vier Jahren. Diesmal konnte das Faschistentreffen von etwa genauso vielen Antifaschisten aus dem autonomen Spektrum, der VVN-BdA, DKP, Volksfront, einigen Gewerkschäften, Grünen und Jusos vollständig verhindert werden. Der SPD-Ortsverein Glückstadt hatte seine Beteiligung an der antifaschistischen Aktion zurückgezogen, weil ihm die Überschrift des Aufruf-Flugblattes „Nazis raus!“ und der Aufrufer-Kreis bereits nicht paßten. Die vorweg mit PKWs ankommenden Nazis konnten trotz des Schutzes und einiger Prügeleien durch die Polizei fast alle verscheucht werden. Die im Bus ankommenden Nazis mußten vor einer anderen Gaststätte in mehreren hundert Metern Entfernung auf die Ankunft einer Polizeihundertschaft aus Eutin warten. Als die dann endlich eintraf, hatten die Altnazis bereits die Hosen so voll, daß sie wieder umkehrten. Die Polizei versuchte darauf hin nochmals, die Antifaschisten zu provozieren, was nicht gelang. Es gab keine Festnahmen, und nach der Abschlußkundgebung mit Rednern der DKP und Volksfront konnte geschlossen abgezogen werden. Die Redakteure der bürgerlichen Presse schrieben in ihrer Berichterstattung einfach den Polizeibericht ab. – (dim)



München. Über 15000 Studenten demonstrierten am 26. Juni 1987 gegen den Entwurf zur Novellierung des Bayerischen Hochschulgesetzes (BHG). In Sprechchören und auf Transparenten wurde der Rücktritt des Kultusministers Wild, die Rücknahme des Gesetzentwurfs sowie „Chancengleichheit statt Bonzenbildung“ und „Chancengleichheit statt Elitebildung“ gefordert. – (dil)

Flüchtlingsrat in Karlsruhe gegründet

Karlsruhe. Am 12.6.1987 haben die Freundeskreise für Asylbewerber Karlsruhe und Waldbonn, der Arbeitskreis gegen Ausländerfeindlichkeit, die Grünen Karlsruhe, die Grüne Liste, die Karlsruher Liste, Pax Christi und die Volksfront eine Gründungserklärung beschlossen. Die BRD habe das Elend in der Dritten Welt zu verantworten, ihre Wirtschaftspolitik zwinge viele zur Flucht. Klagen über zu hohe Kosten, die durch Flüchtlinge entstünden, sind zynisch. Der Flüchtlingsrat fordert uneingeschränktes Recht auf Asyl, Abschaffung aller Abschreckungsmaßnahmen, Aufhebung der Visumspflicht, die Öffnung der Grenzen, generellen Abschiebestopp und die Unterbindung jeglicher ausländerfeindlicher Betätigung und Propaganda durch die Verwaltung und den Gemeinderat. Er wendet sich „gegen jede Form von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit und tritt für die Gleichberechtigung aller Menschen ein, die in der Bundesrepublik leben“. – (b.)

Aktionen zum kurdischen Befreiungskampf

Stuttgart. Am Freitag, den 26.6., und am Samstag, den 27.6., fanden in Stuttgart eine Veranstaltung mit etwa 120 Teilnehmern und eine Kundgebung zur Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf statt. Anlaß waren die zu diesem Zeitpunkt in Kurdistan stattfindenden NATO-Manöver unter Bundeswehr-Beteiligung. Getragen wurden die Aktionen von: Anti-Nato-Initiative, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Asyl ist Menschenrecht, ATIF Stuttgart, BWK Bezirk Stuttgart, Devrimci Isçi, Göçmen, Kein

Friede mit der Bundeswehr, Kommunistischer Bund, Kurtulus, Vereinigung kurdischer Studenten in Europa – Sektion BRD und Volksfront. Gefordert wurden u.a.: BRD und NATO: Hände weg von Kurdistan! Stoppt die BRD-Waffenlieferungen an das türkische Regime! Keine Übung der Bundeswehr im Kriegsgebiet Kurdistan! Einstellung aller Zahlungen an das türkische Regime! – (nach: Nachrichten der AG Jugend, Militär, Gefängnisse)

Einigungsversammlung der Neo-Nazis verhindert

Bielefeld. Christian Worch, Stellvertreter von M. Kühnen bei der ehemaligen ANS/NA, mit der „Gesamtführung der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front beauftragt“, hatte per Rundbrief zu einer „Podiumsdiskussion“ auf den 27. Juni eingeladen. Thema der Diskussion: „Die seit fast einem Jahr andauernde Spaltung der Bewegung.“ Das Treffen sollte im Zentrum der Nationalistischen Front (NF) stattfinden, weil es „neutraler Boden“ sei. Am 25.6. beschloss der Rat der Stadt Bielefeld auf Antrag der Grünen und mit den Stimmen von CDU und SPD: „Der Rat der Stadt Bielefeld fordert die zuständigen Behörden auf, gegen die Podiumsdiskussion der Nationalistischen Front einzuschreiten und alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und diese zu verbieten.“ Daraufhin erhielt die Nationalistische Front eine bauordnungsrechtliche Verfügung, wonach die Versammlung verboten sei, weil die Baracke auf dem Gelände der NF, wo schon einige Versammlungen stattgefunden haben, nicht den einschlägigen Bauvorschriften entspreche. Worch sagte die Versammlung ab. – (stb)

Rassismus

Stadt Köln macht Jagd auf Roma und Sinti

Köln. Seit Anfang 1987 betreibt die Kölner Presse eine massive Hetze gegen in Köln lebende Roma-Familien. Fast keine Woche, in der nicht über angebliche Diebstähle von „Landfahrerkindern“ berichtet wurde, oft in ganzseitiger Aufmachung. Gezielt werden Vorurteile geschürt, Roma würden Villen besitzen, wertvoller Schmuck sei gefunden worden etc.

750 bis 1000 Roma und Sinti leben z.Zt. in Köln. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Familien der Roma zwischen der BRD, Belgien, Frankreich und Italien sowie innerhalb der BRD hin- und hergejagt. Sie werden ständig von der Polizei terrorisiert. Razzien fanden in Köln z.T. mitten in der Nacht statt, Frauen wurden in

NRW mit der Stadt Köln nicht mit sanitären Einrichtungen ausgestattet. Behördenvertreter behaupten, Müllcontainer und Toiletten würden jedoch nicht benutzt. Die Presse bezeichnete den Platz als die „schlimmste Kloake Kölns“, die endlich „gesäubert“ werden müsse. Die Polizei erstattete gegen Roma und Sinti, die Holz sammelten, Anzeigen wegen Holzdiebstahl!

Jetzt hat der Rechtsdezernent gegen rund 100 Personen die Abschiebung bis Ende Juni angeordnet. Die BRD sei kein Einwanderungsland. Weitere Ausweisungen sollen folgen. Die ca. 150 Roma und Sinti, die einen – aussichtslosen – Asylantrag gestellt haben, sollen von Köln-Ossendorf verlegt werden auf einen Parkplatz in Porz-Eil,



Die Sinti- und Roma-Familien aus dem Rheinland wurden im Mai 1940 in einer der Kölner Messehallen eingesperrt und von dort nach Polen deportiert. Die Stadt Köln setzt die rassistische Verfolgung heute fort.

Gegenwart männlicher Polizisten am Körper durchsucht. Ihr Aufenthalt in der BRD wie in anderen EG-Ländern gilt als illegal. Deutschen Sinti und Roma wurde mit den Nürnberger Rassengesetzen die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt, nach 1945 und bis heute werden viele von ihnen zu Ausländern erklärt. Die Stadt und der Regierungspräsident in Köln waren darin Vorreiter. Die Verwaltung verweigerte Sozialhilfe und ärztliche Versorgung. Anträge auf Gewerbescheine und Arbeitserlaubnis wurden abgelehnt. Ziel der massiv geschürten rassistischen Stimmung gegen die Roma und Sinti in Köln ist deren Vertreibung.

Ein Teil der Roma lebte selbst bei der größten Kälte im letzten Winter in zumeist schrottreifen Wohnwagen und in Zelten. Viele sind chronisch krank. Der Platz in Ossendorf wurde trotz langjähriger Verhandlungen des Landesverbandes der Roma und Sinti in

dagegen klagt jetzt die Bezirksvertretung in Porz. Der in Abschiebehaft genommene Milorat Nicolic wurde freigelassen, nachdem rund 50 Mitglieder des „Roma-Unterstützerkreises“ mit einer Besetzung des EL-DE-Hauses (ehemaliger Gestapo-Keller) gegen die Abschiebung protestiert hatten. Die CDU geiferte, „Rossa ist erpreßbar“. Seit einigen Wochen hat die Initiative eine ständige Wache gegen Überfälle und Polizeirazzien auf dem Platz in Ossendorf eingerichtet und Ärzte für die gesundheitliche Betreuung gewonnen. NRW-Innenminister Schnoor und Oberstadtdirektor Rossa wurden mit Resolutionen aufgefordert, umgehend die Abschiebungen zu stoppen, ein Bleiberecht für die Roma und Sinti zu schaffen. Selbst im auf Vertreibung der Ausländer angelegten Ausländer-Gesetz räumt § 22 die Möglichkeit ein, einen unbegrenzten Aufenthalt zu gestatten, wenn „menschliche Gründe“

dies erfordern. Die BRD weigert sich seit über 30 Jahren, den Art. 27 des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen vom 28.9.1954 zu ratifizieren. U.a. die Legalisierung des Aufenthalts der Roma sowie die Gestattung von Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten fordert die von verschiedenen Initiativgruppen am 23./24. Mai 1987 veröffentlichte „Darmstädter Erklärung“ zur Lage der Roma in der BRD.

Frühestens im Oktober wird sich der Bundestag erneut mit den seit zwei Jahren schmorennden Gesetzentwürfen zur Entschädigung bisher nicht oder nicht ausreichend entschädigter NS-Verfolgter befassen. Bei der Anhörung am 24.6.87 im Bundestag forderte u.a. der Zentralrat der Sinti und Roma eine monatliche Entschädigungsrente in Höhe von 1000 DM monatlich für die noch rund 1000 von den Nazis verfolgten und geschädigten Roma und Sinti. Über 60% der von Roma und Sinti beim Regierungspräsidium in Köln gestellten Entschädigungsanträge nach der „Härteregelung“ von 1981 werden abgelehnt. Von den 20 Mio. DM, über die der Finanzminister für „laufende Leistungen“ verfügt, wurden bisher lediglich 500000 DM, jährlich 140000 DM oder 25 Renten zu 500 Mark, ausgegeben. – (düb)

Zwangarbeit

Conti hat bisher keine Wiedergutmachung gezahlt

Hannover. Am 15. Mai 1987 übergab die Stadt Hannover durch Oberbürgermeister Schmalstieg eine Gedenktafel an der Stelle des ehemaligen Konzentrationslagers Limmer, ein paar Meter von Continental Limmer entfernt, der Öffentlichkeit. Die Gedenktafel trägt den Text, den die Initiative Linden-Limmer (Stadtteil von Hannover) für einen Gedenkstein in längeren Auseinandersetzungen im Bezirksrat gefordert hatte:

„An dieser Stelle befand sich von Juni 1944 bis April 1945 das KZ Limmer, ein Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme. Viele hundert Frauen – vor allem französischer, sowjetischer und polnischer Nationalität – wurden hier unter unmenschlichen Verhältnissen in Baracken gefangengehalten und von den damals Verantwortlichen zur Kriegsproduktion im benachbarten Continental-Gummiwerk und in den Brinker Eisenwerken gezwungen. Hervorzuheben ist die Solidarität der Frauen untereinander, die Anteilnahme der deutschen Arbeiterinnen und der mutige Widerstand gegen unerträgliche Prämien- und Arbeitsbedingungen. Kurz vor Kriegsende wurden die Frauen zusammen mit Häftlingen aus anderen hannoverschen Kon-

zentralslagern nach Bergen-Belsen getrieben. Das Schicksal der meisten blieb ungeklärt.“

Anwesend waren Vertreter der Stadt, der VVN, der Bürgerinitiative Linden-Limmer, der Betriebsratsvorsitzende von Continental, ein Vertreter der Continental-Werksleitung und ehemalige Zwangsarbeiter. Gloria Lyon berichtete aus dem Jahr 1945, als sie 14jährig als KZ-Häftling im KZ Limmer bei Continental in Zwangsarbeit Gasmasken herstellen mußte. Das Fließband, an dem sie mit anderen Frauen arbeitete, lief zu schnell. Die Frauen waren entkräftet, weil sie kaum etwas zu essen bekamen. Sie wurden angetrieben und von den KZ-Wächtern geschlagen. Keiner der offiziellen Vertreter der Stadt und der Continental erwähnten auch nur mit einem einzigen Wort eine Wiedergutmachung, die den anwesenden ehemaligen Zwangsarbeitern gezahlt werden muß. Die Geschäftsleitung von Continental hatte frech in ihrer Festschrift zum 100jährigen Firmenjubiläum 1971 geschrieben: „Es erfüllt die Werksleitung mit besonderer Befriedigung, daß sich aus dieser zwangsweisen Beschäftigung von Ausländern für die Continental keinerlei Verfahren ergeben haben.“ Eine Forderung nach Wiedergutmachung durch Continental muß unterstützt werden.

– (anr, mal)

Aids-Zwangsmäßnahmen

Die Blutentnahme als Notstandsmaßnahme

München. Ende Mai veröffentlichten die Grünen eine 42 Seiten starke Abhandlung, deren Verfasser im persönlichen Mitarbeiterstab des Dr. Gauweiler vermutet wird. Darin wird der Bogen geschlagen von den verdächtigen „Risikogruppen“ zu der tödlichen Bedrohung von „Leben, Gesundheit oder Eigentum“. Der Verwaltungsakt ist eine „Notstandsmaßnahme“. In dieser Schrift heißt es:

„Da eine Blutentnahme nur erforderlich ist, wenn der Ansteckungsverdacht in dem vorausgehenden Gespräch mit dem Betroffenen nicht ausgeräumt werden konnte, sollte die Verpflichtung zur Duldung der Blutentnahme regelmäßig nicht bereits mit der Vorladung angeordnet werden, sondern erst nach Abschluß des Gesprächs mit dem Betroffenen (Ausnahme bei hoher Wahrscheinlichkeit der Aufnahme von HIV-Erregern). Die Anordnung kann mündlich ergehen. Setzt sich der Betroffene gegen die Blutentnahme zur Wehr, so ist dies als Widerspruch zu werten. Da Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Ermittlungsmaßnahmen der Gesundheitsbehörde grundsätzlich aufschiebende Wirkung haben (§ 80 Abs. 1 Satz 1

VwGO), ist der Sofortvollzug gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO anzuordnen. Das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung folgt aus der von HIV-positiven Personen ausgehenden lebensbedrohenden Gefährdung einzelner und der Allgemeinheit ... Die Anordnung des Sofortvollzugs kann gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 VwGO ebenfalls mündlich erfolgen. Danach bedarf es dann keiner schriftlichen Begründung, wenn der zu vollziehende Verwaltungsakt (Duldungsanordnung) eine Notstandsmaßnahme betrifft und er als solcher ausdrücklich bezeichnet wird. Notstandsmaßnahmen liegen bei Gefahr im Verzug für Leben, Gesundheit oder Eigentum vor (Redeker/von Oertzen, VwGO, 3. Auflage, § 80 Rdnr. 23), was hier ohne weiteres zu bejahen ist ... Die Möglichkeit einer sofortigen Anwendung unmittelbaren Zwangs ist gegeben, da dieser zur Abwehr einer drohenden Gefahr notwendig ist, Art. 35 BayVwZVG. Damit ist eine unmittelbar bevorstehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gemeint.“

Diese ist darin zu sehen, daß nach Beendigung des Untersuchungsgesprächs, bei der die Gesundheitsbehörde die Überzeugung eines Ansteckungsverdachts gewonnen hat, und nach der Ablehnung einer freiwilligen Blutentnahme durch den Betroffenen – also in einer Situation, die durch äußerste Erregung und ggf. sogar Abwehr- (Gewalt-)bereitschaft des Betroffenen gekennzeichnet ist – von einer erhöhten Fluchtgefahr des Betroffenen auszugehen ist. Sollte die Flucht gelingen, was bei einem längeren Warten in den Büroräumen der Gesundheitsbehörden bis zur Fertigstellung und Aushändigung von schriftlichen Anordnungen nicht unwahrscheinlich ist, entstünde die konkrete Gefahr einer Weiterverbreitung der Krankheit ohne die Möglichkeit von Abwehrmaßnahmen wie Tätigkeitsverboten etc. der Gesundheitsbehörde. Dem kann nur durch unmittelbar, sofort einsetzende Tatmaßnahmen begegnet werden ...“

– (dil)

Häuserräumungen

Jeglicher Widerstand soll ausgemerzt werden

Freiburg. „Ohne besonderen Anlaß“, „generalstabsmäßig vorbereitet“ und mit „Zügen paramilitärischen Einsatzes“ – so OB Böhme – hätten ca. 150 „Chaoten“ an Pfingsten „lebensbedrohendes Verhalten“ im Stadtteil Grün an den Tag gelegt. So und ähnlich lauteten die Stellungnahmen von CDU, SPD, FDP und Freien Wählern zu der „Pfingstrandale“, bei der die Wilhelmstraße in Freiburg zeitweise durch Barrikaden abgeriegelt worden war, um

gegen die zahlreichen Räumungen besetzter Häuser zu protestieren. Tatsache ist, daß die Stadt seit Jahren mit allen Mitteln versucht, im Rahmen der Durchsetzung des Wirtschaftsförderungskonzepts von Späth/Böhme jeden Widerstand gegen diese Politik zu brechen. Etliche besetzte Häuser wurden inzwischen geräumt, zuletzt nach der Pfingstaktion das Haus Schloßbergtring und ein Platz im Stadtteil Grün, auf dem Menschen in Bauwagen wohnten.

Die CDU sieht im Widerstand gegen die Politik der Stadt einen „Tiefschlag ... für die Entwicklung des Fremdenverkehrs und die angestrebte Wirt-



Räumung des besetzten Hauses Schloßbergtring am 21.6.

schaftsförderung“. Die Freien Wähler betonten, die Geschäftswelt erleide durch Demonstrationen „erhebliche Einbußen“; die örtlichen Kapitalisten hätten allerdings Angst, Schadensersatzansprüche geltend zu machen. Die Grünen distanzierten sich von „purem Vandalismus“.

Gleichzeitig betreibt die städtische Reaktion über die Badische Zeitung Spaltung: Dem Arbeitskreis Alternative Kultur soll eine Halle nur dann zur Nutzung überlassen werden, wenn dieser sich vertraglich verpflichtet, von der Halle aus keinerlei Gewalttätigkeiten zu unterstützen oder zu dulden. Die BZ wiederholte ihre seit gut einem Jahr auf Ausmerzung hinauslaufende Forderung, daß die Existenz dieser Gruppe von „Chaoten“ nicht mehr hinnehmbar sei. Das Landgericht Freiburg hat Haftbefehle gegen mehrere der insgesamt acht Inhaftierten wegen schweren Landfriedensbruchs gerechtfertigt, weil trotz Wohnsitz und bestehendem Arbeitsplatz wegen der Gefahr des „Abtauchens“ in „die Freiburger Hausbesetzerszene“ Fluchtgefahr bestehe. – Am 27.6. demonstrierten zwischen 1500 und 2000 Menschen gegen die Räumung besetzter Häuser und forderten, die Häuser wieder freizugeben und alle Inhaftierten freizulassen. – (ulb)

Höhergruppierungen

Kein Ersatz für Lohnerhöhungen, aber Wirkung auf unteres Lohnniveau

Bad Salzdetfurth/Hildesheim. Der Elektroindustriebetrieb fuba beutet um die 1350 Menschen aus. Das Lohnniveau liegt ca. 10 Prozent niedriger als im Bereich Maschinenbau oder Fahrzeugbau. Dies ist in der niedersächsischen Elektroindustrie üblich. Der hohe Anteil unterer Lohngruppen – im wesentlichen durch unterbezahlte Frauenarbeit repräsentiert – wirkt auf das gesamte Lohngefüge senkend und differenzierend.

Nach dreijährigen – durch längere Pausen unterbrochenen – Verhandlungen ist es dem Lohn- und Akkordauschuß des Betriebsrates bei fuba gelungen, im gesamten Endprüfungsbereich Höhergruppierungen durchzusetzen. Für angelernte Tätigkeiten wird ab Juli

sen Bewertungen z.B. deutlich aufgewertet, was mehrheitlich zu den Höhergruppierungen führte.

Im kaufmännischen Angestelltenbereich arbeiten etwa 50 Prozent an Bildschirmgeräten. Zwei Drittel davon sind schlecht entlohnte Frauen, die, z.T. auch in Teilzeitverträgen, enorme Eingabemengen verarbeiten müssen. Hier wird sich bei den offenen Arbeitsplatzneubewertungen zumindest bei der Hälfte der Arbeitsplätze (betroffen sind über 100 weibliche Angestellte) in Gehaltsgruppe eins etwas tun. Der Betriebsrat will auf Grundlage der Bewertungen im Endprüfungsbereich die Gehaltsgruppe zwei durchzusetzen versuchen. Ähnliche Bewertungen werden im Lager- und Versandbereich folgen.



Ernst Albrecht besichtigte am 10. April die Firma fuba. Hans Kolbe (rechts) als Haupteigner setzt auf „mittelständische“ Expansion. Albrecht fördert sie.

Lohngruppe fünf (vorher vier) bezahlt. Facharbeiterarbeitsplätze werden zukünftig mit Lohngruppe acht (bisher sieben) und neun (davor acht) entlohnt. Im Durchschnitt bringt dies für die im Zeitlohn arbeitenden Betroffenen zwischen 0,80 und 1,50 DM höhere Stundenlöhne. Freiwillige Zulagen und überdurchschnittliche Leistungszulagen wurden nur geringfügig angerechnet.

Damit sind seit 1985 erstmals wieder neue Eingruppierungen in größerem Umfang erreicht worden. Von den 32 im Endprüfungsbereich Beschäftigten wurden 23 höher eingruppiert. Diese Lohngruppenänderungen haben Signalcharakter für andere Zeitlohnbereiche, in denen Arbeitsplatzbewertungen anstehen. Der Faktor Arbeitsbelastung durch Bildschirmarbeit wurde bei die-

In den Bereichen Prüfungsabteilungen, Qualitätssicherung und Werkzeug-/Musterbau stehen Bewertungen wie in der Endprüfung an. Es handelt sich um ca. 85 Lohnempfänger, deren Einstufungen ausgehandelt werden müssen.

Den fuba-Kapitalisten scheinen die höheren Lohnkosten wenig auszumachen. Für sie bedeuten die Ausdehnung der Teilzeitarbeit, vermehrte Schichtarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse höhere Profite, da die Poren der Arbeit immer mehr verdichtet werden. Für diese neuen, inoffiziellen Vorgabezeiten nimmt man geringfügige Lohnerhöhungen schon in Kauf. Andererseits sind es dennoch Zugeständnisse, die für die Betroffenen wichtige Lohnerhöhungen bedeuten.

Letztendlich sind die Höhergruppie-

rungen durch Arbeitsplatzneubewertungen kein Ersatz für ausreichende tarifliche Lohnerhöhungen und Beseitigung der unteren Lohngruppen, aber sie bewirken immerhin – selbstverständlich neben den wichtigen Lohnverbesserungen – bei fuba eine kleine Entschärfung der immer größer gewordenen Lohnunterschiede. Die Spaltung der Belegschaftsteile durch hohe Unterschiede beim tariflichen Entgelt hat sich in den letzten zehn Jahren um etwa 40 Prozent vergrößert. 1978 lag der niedrigste tarifliche Effektivlohn bei 1300 DM brutto, der höchste bei etwa 3500 DM (Differenz: 2300 DM). 1987 sieht das so aus: 1800 zu 5050 DM (Differenz: 3250 DM). Auch die Löhne und Gehälter haben sich zwar um die 40 Prozent erhöht, für die Niedrigstlöhne sind die Teuerungsverluste (und außerdem die intensivere Arbeit) nicht aufzufangen gewesen.

Auf Ebene des Betriebes wird diese enorme Lohnspaltung nicht groß zu verringern sein, wie mehrere Betriebsräte auf der letzten Vertrauenskörperleitungssitzung ausdrücklich gegenüber dem Bevollmächtigten der IG Metall-Ortsverwaltung Hildesheim (Mitglied der Tarifverhandlungskommission) bestätigten. Auch werde die praktische Umsetzung des neuen Tarifvertrages erhebliche Probleme geben. Die Geschäftsführung der fuba-Eigner hat mehrfach zu verstehen gegeben, daß in Anbetracht der „politisch vakanten Positionen auf dem Gebiet der neuen Kommunikationstechniken“ in aller nächster Zukunft mit erheblichem Einsatz der fuba-Belegschaft operiert werden müsse, um die Marktchancen zu wahren. Man werde die „Chancen des neuen Abschlusses“ voll ausschöpfen müssen, wolle man nicht deutliche Einbußen hinnehmen.

Die Betriebsgemeinschaft soll durch die Hintertür des flexiblen Tarifabschlusses neu geschmiedet werden. Die Kapitalisten machen keinen Hehl daraus, ihre gesellschaftliche Ideologie über alles stülpen zu wollen. Sie scheuen vor nichts zurück, um die Klassengegensätze zu überturnen.

Die Vertrauenskörperleitung (VKL) hat vor der letzten Tarifverhandlungsrunde davor gewarnt, die Konsequenzen des unzureichenden Abschlusses betrieblich ausbaden zu müssen. Die Kapitalisten haben so gute Karten wie schon lange nicht mehr. Sie drohen mit Arbeitsplätzen und locken gleichzeitig mit ihnen – der Betriebsrat kann sich da nicht querstellen. Die öffentliche Meinung steht außerdem gegen die Ansicht des Betriebsrates und der VKL, daß Flexibilisierung im wesentlichen der Belegschaft schadet. Im September wird sich in den betrieblichen Verhandlungen herausstellen, welches Maß an zusätzlicher Flexibilisierung geschluckt werden muß. Nach Ansicht der Geschäftsleitung muß der Samstag Regelarbeitstag werden. – (mal)

Stahlindustrie

Thyssen pokert mit Arbeiterschicksalen

Nordrhein-Westfalen. Mit elf zu zehn Stimmen hat der Aufsichtsrat der Thyssen-Stahl AG am 23.6. beschlossen, die Stahlwerke in Hattingen und Oberhausen zu schließen. Den Ausschlag gab die Stimme des neutralen Mannes, des Exbundespräsidenten Scheel, auf den die IG Metall große Hoffnungen gesetzt hatte.

Damit haben die Vertreter der Banks nach monatelangem Pokern um die Subventionierung ihrer weitreichenden Rationalisierungs- und Umstrukturierungspläne einen neuen Trumpf aus dem Ärmel gezaubert. Er heißt Schaffung von vollendeten Tatsachen durch Abbau und Existenzbedrohung von zunächst 5900 Arbeitern und Angestellten aus diesen beiden Werken. Für 1500 davon sind bereits Frühverrentungen oder Umsetzungen innerhalb des Konzerns vereinbart. Über die Entlassungen der übrigen 4500 soll je nach Ergebnis der Stahlministrerrunde der EG am 23.9. entschieden werden.

Der Beschuß des Thyssen-Aufsichtsrats ist der Auftakt zum Abbau von mindestens zwanzigtausend Arbeitern und Angestellten in der gesamten westdeutschen Stahlindustrie. Gleichzeitig erklärte der Vorstandsvorsitzende der Thyssen AG, Kriwet, der ebenfalls Chef des Stahlkapitalistenverbandes ist, aber auch, daß die Vereinbarung mit der IG Metall vom 10.6.87 über die Vermeidung von Massenentlassungen nach wie vor gelte, allerdings durch Finanzierungsprobleme gekippt werden könnte. Das sogenannte Stahlpapier sieht vor, daß zehntausend Arbeiter und Angestellte in den Gesamtkonzernen, zu denen die jeweiligen Stahlbetriebe gehören, über einen Sozialplan frühverrentet, rund sechstausend konzernintern umgesetzt und viertausend in eine Beschäftigungsgesellschaft zwecks Umschulung eingegliedert werden. Bezahlten sollen dafür, wie für die Umstrukturierungsmaßnahmen in der Zeit von 1980 bis 1985, zu einem Drittel Bund und Länder, zu einem weiteren Drittel die EG und ebenfalls nur zu einem Drittel die Stahlkapitalisten selbst.

Ganz offensichtlich glaubt der Thyssen-Vorstand mit der Androhung der Massenentlassungen, mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: die EG-Ministrerrunde unter Druck zu setzen, damit sie der versteckten Subventionierung der westdeutschen Stahlkonzerne durch Bezahlung der Sozialplankosten aus Steuern nicht nur zustimmt, sondern sich auch noch selbst daran beteiligt; die nordrhein-westfälische Landesregierung, die sich bisher weigert Geld für Sozialplankosten locker zu machen,



Demonstration vor der Thyssen-Entscheidung in Hattingen.

zur Aufgabe ihres Standpunktes zu bewegen und schließlich die IG Metall zu zwingen, mit den Stahlkapitalisten an einem Strick zu ziehen, um die Finanzierung des „Stahlpapiers“ zu sichern.

In manchen Stahlbelegschaften herrscht jetzt Enttäuschung, weil der Thyssen-Aufsichtsrat den Stillegungsbeschuß für die Betriebe in Hattingen und Oberhausen trotz der vielen Warnstreiks und Demonstrationen gefaßt hat. Die IG Metall wird daher ihre Politik gegenüber den Stahlkonzernen überdenken müssen, wenn sie deren Bewegungsspielraum einengen und verhindern will, daß die Belegschaften zum Spielball der Konzerninteressen werden. – (roh)

Flüchtlinge

Gerichtsurteil: Elendsstandard menschenwürdig

Rendsburg. Bis vor kurzem haben fast sämtliche Asylbewerber im Kreis Rendsburg/Eckernförde die Gemeinschaftsverpflegung (GMV) boykottiert. Osman Y. hat im Interesse aller Asylsuchenden gegen den Kreis Rendsburg/Eckernförde geklagt, um die Abschaffung der GMV und die Auszahlung des Sozialhilfesatzes in bar zu erreichen. Das Verwaltungsgericht Schleswig hat die einstweilige Anordnung am 3.6.87 abgewiesen. In der Urteilsbegründung, die sich auf die Neufassung des Bundessozialhilfegesetzes (1.1.84) gründet, heißt es u.a.:

„Die Zweckentfremdung der Sozialhilfe durch Überweisungen an die Familie im Heimatland oder Zahlung an sogenannte Schlepper, die die Reise nach Deutschland organisiert und finanziert hatten, sollte erschwert werden, um der Sogwirkung des deutschen Sozialhilfesystems für arme Ausländer entgegenzuwirken ... die Hilfe zum Lebensunterhalt muß danach grundsätzlich in der Form der Sachleistung – soweit diese, wie vorliegend, möglich ist – erbracht werden, soweit nicht besondere Gesichtspunkte des

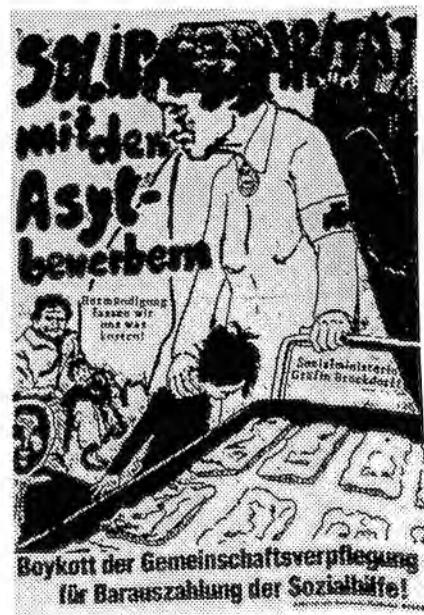
Einzelfalles entgegenstehen.“

Es wird so von vornherein die Ausnutzung dieses Sozialsystems unterstellt und die Fluchtgründe wie Unterdrückung, Folter, Mord, Krieg und Bürgerkrieg als nicht existent aus der öffentlichen Auseinandersetzung gezogen. Ebenfalls unterstellt das Gericht damit, daß ein Sozialhilfeempfänger von Regelsätzen, die zwischen 174 DM und 384 DM (Kind/Erwachsener) im Monat liegen, gesonderte Ausgaben bestreiten kann. Das ist eine Verhöhung der Armsten in dieser Gesellschaft.

Laut Gericht sei die GMV zwar eine gewollte Erschwerung, verletze jedoch nicht die Menschenwürde und Grundrechte der Asylbewerber. Das Gericht weist auf die vertraglichen Verpflichtungen der Firma Holstein Menü hin, „soweit es irgend möglich sei, auf sämtliche religiösen, kulturellen, gesundheitlichen und altersmäßigen Belange Rücksicht zu nehmen“.

Das Gericht kritisierte, daß durch den Boykott der Gemeinschaftsverpflegung von den Individualisierungsmöglichkeiten kein Gebrauch gemacht werde. Im gleichen Atemzuge wischte das Gericht Osmans Wunsch nach frischem Obst und zwei warmen Mahlzeiten mit der Begründung vom Tisch, daß die Aufrechterhaltung dieser Gewohnheit aus Osmans Sicht wünschenswert sei, jedoch ursichtlich nicht notwendig im sozialhilferechtlichen Sinn.

Trotz offenkundiger Erfahrungen mit Anschlägen wies das Verwaltungsgericht in Schleswig die Befürchtung von Giftanschlägen auf das Fertigessen zurück: Dies sei „für die Frage der grundsätzlichen subjektiven Zumutbarkeit der Teilnahme an der GMV unerheblich, da sie lediglich spezieller Ausdruck des allgemeinen, durch kriminelle Handlung Dritter begründeten Lebensrisikos ist, das jedermann trägt“. – (sal, lus)



Revanchistentreffen

Die Reaktion hat ihre Auffassungen nicht geändert, Teile der politischen Opposition schon

Hannover. Vom 19.-21. Juni 1987 hat das „Deutschlandtreffen der Schlesier“ in Hannover stattgefunden. Besonderes Anliegen des diesjährigen Treffens war die aktive Einbindung der Schlesischen Jugend, aus deren Reihen auch das Motto „Mit uns für Schlesiens Zukunft“ vorgeschlagen wurde. In dem Aufruf zum Treffen führte der Bundesvorsitzende Hupka aus: „Die Einladung ist eine Aufforderung, nicht abseits zu verharren, sondern durch die eigene Anwesenheit in Hannover kundzutun, daß unser Schlesien lebt und überleben wird. Über vier Jahrzehnte Fremdherrschaft haben unser Recht auf Schlesien nicht mindern können.“ Seiner Aufforderung folgten über 100000 Menschen. Wie schon 1985 nutzten lt. Berichterstattung der „UZ“ vom 22.06. auch dieses Mal neonazistische Kräfte die Veranstaltung. Die Nationale Front rief auf Handzetteln „zunächst die Menschen dieser BRD, dann in ganz Deutschland zum Kampf gegen „Teilung und Besetzung“ auf. „Die Republikaner“ riefen zur „Wiederherstellung Deutschlands“ auf und forderten: „Zuwiderhandelnde sind mit allen Mitteln der Rechtsstaatlichkeit zur Rechenschaft zu ziehen“.

Das Treffen wurde mit 195000 DM vom Land bezuschußt. In einem Antrag der Grünen an den niedersächsischen Landtag wurde u.a. die Forderung nach Streichung der Mittel erhoben (s. Kasten). Oberbürgermeister Schmalstieg (SPD) lehnte sowohl eine finanzielle Unterstützung ab als auch, einen Vertreter zur Eröffnung zu entsenden, wenngleich er die Teilnehmer als Gäste der Landeshauptstadt über die Presse willkommen hieß. Der niedersächsische Innenminister Wilfried Hasselmann betonte im Grußwort der niedersächsischen Landesregierung an die Teilnehmer ausdrücklich die Unterstützung solcher Treffen: „Die niedersächsische Landesregierung hält mit Nachdruck an der Patenschaft zu den Schlesiern fest! Sie sieht in ihr eine besondere menschliche wie politische Verpflichtung ... Wir werden Ihre landsmannschaftliche Arbeit mit Hilfe des Niedersächsischen Landtags weiterhin finanziell unterstützen ...“ Dies wird praktisch im Bau des Ostpreußemuseums in Lüneburg und in dem geplanten Schlesiermuseum in Hildesheim. Er wandte sich besonders an die „schlesische Jugend“ und bot ihr an: „Wenden Sie sich auch in Fragen praktischer politischer Zusammenarbeit an uns.“ Er schloß seinen Beitrag: „Ich betrachte das Deutschlandtreffen 1987 als ein Treffen des Aufbruchs aus dem Gestern des Heimatverlustes über das

Heute neuer, hoffnungsvoller Perspektiven in ein Morgen moderner Zukunftsgestaltung“, und „Europa wird nur so genannt, mit uns und unserm Schlesierland!“

In einem Interview mit Bundesinnenminister Zimmermann zum Schlesiertreffen betonte auch dieser die Notwendigkeit, „die Geschichte und Kultur der Deutschen im Osten als Teil unserer eigenen Kultur und Geschichte nach Kräften zu fördern“, und hob hervor, „daß die deutsche Frage vom Deutschland des Jahres 1937 ausgeht“.

dern deren Folge, sie ist letzten Endes Ausfluß der imperialistischen Ziele der Sowjetunion“, und „Die deutsche Frage ist deshalb nicht isoliert zu lösen, sondern nur im Rahmen einer ganz Europa umfassenden, gerechten Friedensordnung, die man nicht mit Kirchhofsrufe unter dem Leichentuch der Unfreiheit verwechseln darf.“ „Vorläufig gilt es, die deutsche Frage offen zu halten und alle noch so kleinen Möglichkeiten wahrzunehmen, die zu einer Auflösung des sowjetischen Machtbereichs, zu mehr Freiheit für die



Der Hauptredner auf der Eröffnungsveranstaltung, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, betonte in seinem Beitrag: „Unser nationales Interesse und das der Polen gebietet es in gleicher Weise, daß unsere Völker sich nicht weiterhin für fremde Zwecke mißbrauchen lassen ... Europa als friedenserhaltende Mitte zwischen den Weltmächten, das ist die Vision, die uns leitet. Dieses Ziel ist noch fern, aber die Zukunft ist offen ... das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 ist völkerrechtlich nicht aufgelöst und ausgelöscht worden – weder in Jalta noch in Potsdam.“

Bayerns Ministerpräsident Strauß, der mit dem „Schlesierschild“ für seine Verdienste um die „Landsmannschaften“ geehrt wurde, führte zur „deutschen Frage“ aus: „Die deutsche Frage ist keineswegs ein Sonderinteresse der Heimatvertriebenen. Die Wiedererlangung unserer nationalen Einheit geht alle Deutschen an.“ Und zur Lösung führte er aus: „Die Teilung Deutschlands und Europas ist nicht die Ursache der Ost-West-Spannungen, son-

Menschen im Ostblock und damit eines Tages auch für die Wiedergewinnung von Freiheit und Selbstbestimmung für das gesamte deutsche Volk führen können. Unser Ziel ist: Ein freies Schlesien und ein freies Deutschland in einem freien Europa.“

Bundeskanzler Kohl und die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen Wilms betonten in ihren Grußworten die These von der „offenen deutschen Frage“.

Die Podiumsdiskussion/Veranstaltung des Aktionsbündnisses gegen das „Schlesiertreffen“ '87 am 19.6. wurde von 250 Teilnehmern besucht. Gegenüber der Teilnahme von 1000 Demonstranten gegen das „Schlesiertreffen“ 1985 beteiligten sich dieses Jahr knapp 300 an der Demonstration. Stark vertreten waren autonome Kräfte, BWK und Volksfront, nur mit wenigen Kräften vertreten waren VVN/BdA und GRÜNE/GABL, die DKP nahm nicht an der Demonstration teil.

Bereits im März hatten wir in den Politischen Berichten zum „Deutschlandtreffen der Schlesier“ und den Aktionen dagegen festgehalten: „... es lie-

gen unterstützenswerte Vorschläge für Aktionen vor, ohne eine starke inhaltliche Kritik an der Politik von Reaktionären, Revanchisten und Faschisten wird sich aber schwer mobilisieren lassen.“ Die Einschätzung rührte aus den Verhandlungen vom Januar her, als bekannt wurde, daß die NDP zeitgleich mit dem „Deutschlandtreffen der Schlesier“ ihr „Deutschlandtreffen“ abhalten wollte. Der Vorschlag der Volksfront, einen gemeinsamen Aufruf zu erarbeiten, konnte sich nicht durchsetzen, weil eine Verbindung zwischen Faschisten, Revanchisten und Reaktionären nicht gezogen werden sollte. Diese Linie setzte sich fort bei Erarbeitung des Aufrufs gegen das „Schlesiertreffen“. Der Vorschlag der VVN/BdA, der von GABL/GRÜNE und DKP unterstützt wurde, stand zwar unter der Forderung „Schlesien bleibt polnisch“ und erhob Forderungen der Aktionseinheit von vor zwei Jahren, behauptete aber, Betreiber revanchistischer Politik seien die Vertriebenenfunktionäre, und kritisierte die Reaktion nur schwach. Im vom Bündnis ver-

abschiedeten Aufruf konnten diese Schwächen durch entsprechende Formulierungen ausgeräumt werden.

In einer Broschüre des BKA (Bund kämpfender Antifaschisten), die sich mit Auffassungen der Volksfrontbroschüre, zum „Schlesiertreffen 1985“ beschäftigt und die während der Aktionseinheit gegen das „Schlesiertreffen“ 1987 geschrieben wurde, wird u.a. festgehalten: Die „deutschen Ostgebiete“ waren „spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts ... deutsch“; „Bei den Potsdamer Beschlüssen von 1945 ... handelt es sich um eine klaren Fall von nationaler Unterdrückung der deutschen Werktätigen, Annexion deutscher Gebiete und Erpressung von Reparationen“; „Eine brutale Unterdrückung von Millionen deutscher Bewohner aus ihrer Heimat ... hat real stattgefunden“; „Revanchismus war in der BRD nie Regierungsprogramm und wird es ohne Militärputsch oder faschistischen Umsturz auch nie werden“; „Die Revanchistenverbände ... gehen als eigenständige Kraft ... zu grunde“.

Auf der Podiumsdiskussion am 19.6. wird von einem Mitglied der Antifa-Kommission des KB als Podiumsteilnehmer u.a. vertreten, „der Revanchismus ist eine abnehmende Kraft und hat als realistische Kraft keine Chance“, und in einem Artikel zum Thema „Renaissance des Revanchismus?“ im Arbeiterkampf vom 29.6.87 wird festgestellt: „Es scheint mehr als zweifelhaft, ob der Revanchismus in dieser spezifischen deutschen Form Grundlage für imperialistische Expansionswünsche und -pläne sein kann. Uns scheint es angesichts der Widersprüche im revanchistischen Lager ebenfalls zweifelhaft, ob dieser Revanchismus bruchlos umgebogen werden kann in die Formel vom ‚Europa freier Völker‘, die den Revanchisten als Alternative zu ihren Gebietsansprüchen angeboten werden.“

Wir halten es für notwendig, auch beim nächsten Schlesiertreffen zu protestieren, ob es gemeinsam gelingt, wird sich in den notwendigen Auseinandersetzungen über die dargelegten Positionen zeigen. – (bee)

Stellungnahmen anti-faschistischer Kräfte

Grüne: Antrag im niedersächsischen Landtag (Ds 11/1131): „– In Wahrnehmung der Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen ... – in dem Wissen, daß die politisch und völkerrechtlich verbindlich erklärte Unantastbarkeit der Grenzen in Europa unabdingbare Voraussetzung für wirkliche Entspannungs- und Friedenspolitik ist, – angesichts der Tatsache, daß die Führung der Landsmannschaft Schlesien seit Jahren durch Äußerungen hervortritt, in denen sie offen die Revision der Ergebnisse des letzten Krieges in Europa fordert, – kündigt Niedersachsen die Patenschaft mit der Landsmannschaft Schlesien und gibt alle gesonderten Beziehungen zu ihr auf ... Die Einrichtung eines Schlesienmuseums in Hildesheim wird vom Land Niedersachsen weder politisch noch finanziell weiter gefördert ...“ (am 12.06. von CDU, FDP und SPD abgelehnt)

DKP, Unsere Zeit: „Wenn das zur Wirklichkeit wird, was dort gewollt und erklärt wird, dann muß die Welt zittern um den Frieden. Die scharfe unversöhnliche Sprache des Kalten Krieges, das unrealistische Anstürmen gegen die Realitäten, der Ruf der Ewiggestrigen nach der Vergangenheit, nach fremdem Land und den tausendjährigen Grenzen ... Was in Hannover geschah, war und ist vor allem deshalb gefährlich, weil es eben die höchsten Weihen der Regierungspartei hat. Was in Hannover und

Frankfurt (Bezug auf den Kirchentag, d. Verf.) geschah, läßt aber auch sichtbar werden, wie einsam diese Politik und ihre Politiker sind ...“ (22.06.87) **Sozialistische Arbeitergruppe:** „Der Auftritt von Strauß und Dregger auf dem diesjährigen Treffen der Schlesier dient genauso wenig wie der damalige Besuch von Kanzler Kohl (1985, d. Verf.) der Vorbereitung eines neuen ‚Ostlandrittes‘ ... Eine ‚neue Qualität‘ sehen wir gegenüber dem Zeitraum von vor 1985 lediglich im zunehmenden Druck auf die Wende-Koalition, der von der Wählerklientel der Vertriebenenverbände ausgeht, seit sich die Wende-Politiker weigerten, die erhoffte Wende in der Ostpolitik einzuleiten. Motto der Übung: Gegen starkes Mißtrauen hel-

fen starke Sprüche!“ (Flugblatt „Gegen Revanchismus und Nationalismus ...“, Juni 1987)

Antifa-Kommission des KB: „Die Idee vom ‚wiedervereinigten Deutschland‘ war in der bisherigen Geschichte der BRD immer einer der zentralen Stützen jeder reaktionären Kampagne und in diesem Sinne ist der Revanchismus bis heute staatstragende Ideologie. Auf der anderen Seite ist – und das hat sich Ende der 60er Jahre gezeigt – der Revanchismus in der Tagespolitik zunehmend direkt kontraproduktiv ... Es scheint mehr als zweifelhaft, ob der Revanchismus in dieser spezifisch deutschen Form Grundlage für imperialistische Expansionswünsche und -pläne sein kann ...“ (Arbeiterkampf vom 29.06.87)

Bund kämpfender Antifaschisten: „Das verbale ‚Offenhalten der Deutschen Frage‘, also insbesondere der 1945 verlorenen Ostgebiete, hat im Rahmen des ‚Europa-Imperialismus‘ nur die Funktion, sich eine Option auf diese Gebiete zu erhalten, wenn es nach dem Zerschlagen einiger RGW-Staaten oder gar des gesamten Warschauer Pakts ums Aufsteilen geht, und natürlich, um die Vertriebenen und die sich dafür halten weiterhin an die Union zu binden ... Der Revanchismus ist aktuell nicht die Strategie des Kapitals und deshalb keine aktuelle Gefahr. Politische Initiative geht nur noch von den Revanchisten aus, die sich um eine Partei rechts von der CDU/CSU bemühen ...“ (Broschüre „BRD-Imperialismus und westdeutscher Revanchismus“, März 1987)



Mehr Stellen in Aussicht gestellt

Heidelberg. Der Personalrat der Orthopädie hatte für die zwei freien Tage acht Stellen mehr gefordert und vorgeschlagen, diese dem Pflegebereich zuzuordnen, da dort der größte Personalmangel herrscht. Erst hatte die Verwaltung abgelehnt. Nach Gesprächen mit den Kostenträgern lenkt sie jetzt ein und stellt Planstellen in Aussicht, bzw. sie will die zwei freien Tage zur Ausfallquote hinzurechnen und darüber Aushilfen finanzieren. Diesen Vorschlag lehnt der Personalrat ab. Er ist gegen flexible Handhabung. – (irs)

Opposition bei BASF-Hauptversammlung

Ludwigshafen. Auf der Hauptversammlung der BASF AG am 25.6. trat wie schon im vergangenen Jahr Richard Leonard von der OCAW-Gewerkschaft (Oil, Chemical and Atomic Workers) auf, um gegen die seit drei Jahren andauernde Aussperrung von 370 Arbeitern durch die BASF Corporation (USA) zu protestieren. Zwei Ausgesperrte aus Geismar/Louisiana begleiteten ihn. Sie forderten den Vorstand auf, in die Bildung einer Schlichtungskommission einzuwilligen, wie sie der Gouverneur von Louisiana vorgeschlagen hat. Leonard machte deutlich, daß die BASF in Ludwigshafen die volle Verantwortung für das Vorgehen ihrer US-Tochter trage. Vorsitzender Albers leugnete dies erneut und verweigerte jede Auskunft in der Angelegenheit. Vor dem Tagungsgebäude demonstrierten ca. 400 Beschäftigte der BASF-Düngemittelwerke Nordenham und Castrop-Rauxel, die beide geschlossen werden sollen. Alternative Aktionäre kritisierten auf der Hauptversammlung das Südafrika-Engagement und die „Pestizid-Chemie“ des Konzerns. – (tht)

Hannover. Am 28.6. demonstrierten über 40 der insgesamt 200 Auszubildenden im niedersächsischen Schneiderhandwerk für den Abschluß eines Tarifvertrages. Vor drei Monaten haben sich die Auszubildenden in der Gewerkschaft Textil und Bekleidung organisiert. Die Gewerkschaft fordert einen bis zu 55 DM höheren Monatslohn und mehr Urlaub. Bislang erhalten die Auszubildenden 170 DM/Monat im ersten Jahr, 195 im zweiten und 225 im dritten sowie 15 Urlaubstage im Jahr. – (sie)



Bosch: Gegen Regelsamstagsarbeit

Stuttgart. Auf der Betriebsversammlung bei Bosch in Feuerbach am 30.6.87 trug ein Vertrauensmann und Mitglied des Betriebsrates eine Entschließung von Arbeitern aus den Werkstätten des Maschinenbaus, der Schlosser und Elektriker vor. Unter Hinweis auf die geplante Abschaffung des 8-Stundentages bei Daimler-Benz und die Einführung der regelmäßigen Samstagsarbeit ohne Überzeitzuschlag teilten die Beschäftigten der Bosch-Werkstätten dem anwesenden Bosch-Direktor Göhrum mit, daß sie solche Regelungen ablehnen. – (ros)

RAG: Lohnstopp mit Entlassungsdrohungen?

Essen. Die Verhandlungen über die zum 30.6.1987 ausgelaufenen Lohn- und Gehalts-Tarifverträge für die 120000 Beschäftigten des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr sind unterbrochen worden. Bereits bei der ersten Verhandlung am 23.6. verlangte der Unternehmensverband Ruhrbergbau die Aussetzung der Lohnverhandlungen bis zu der für September geplanten „Kohlerunde“ der Bundesregierung. Die IG Bergbau lehnte ab und bekräftigte ihre Forderung nach 5%. Die zweite Verhandlung am 1.7. ließ die IG Bergbau dennoch ohne neuen Termin abbrechen. Der Grund: Ruhrkohle-Chef Horn hatte einen Tag vorher 20000 Entlassungen angekündigt, die zumindest dann nötig würden, wenn die Bundesre-

gierung die Kohle-Subventionen einschränkt. Mehrere tausend Bergarbeiter protestierten mit Kundgebungen und verspätetem Schichtbeginn gegen Entlassungskündigungen und Lohn-Stopp-Pläne. – (wof)

IG Chemie soll Schadensersatz zahlen

Paderborn. Nach dem Urteil des Paderborner Arbeitsgerichts soll die IG Chemie fünf Millionen DM für den wirtschaftlichen Schaden zahlen, den der vor zwölf Jahren durchgeführte Streik bei den Erwittener Zementwerken angeblich hinterlassen habe. Der Streik – laut Bundesarbeitsgericht „illegal“ – dauerte knapp eineinhalb Monate. Danach wurde die Belegschaft ausgesperrt. Das Landesarbeitsgericht Hamm hatte die IG Chemie bereits 1982 zur Zahlung von 150000 DM Schadensersatz für die Folgen des Maschinenstillstands verurteilt. Die IG Chemie will gegen das Urteil in Berufung gehen. – (gka)

CF-Beschäftigte gegen Flexi-Antrag

Weinheim. In einem Versand-Bereich von C. Freudenberg wurde ein Antrag auf Einführung flexibler Arbeitszeiten (9.15 Uhr bis 18.00 Uhr) an den Betriebsrat gestellt. Damit soll in Richtung „Just-in-Time“ die zeitversetzt zur Produktion auftretende Versand-Arbeit am gleichen Tag abgewickelt werden. Die betroffenen Beschäftigten lehnen diesen Antrag ab. Mehrere gewählte Betriebsräte sprachen sich vor der Wahl gegen alle Flexi-Konzepte aus. – (bef)



USA: Sechs Jahre, nachdem Präsident Reagan ihre Gewerkschaft zerschlug, haben die Fluglotsen der USA mit großer Mehrheit für gewerkschaftliche Vertretung gestimmt. Von 10810 abgegebenen Stimmen waren 69% für und 30% gegen die neu gegründete Gewerkschaft National Air Traffic Controllers Association. Die Abstimmung ist ein Rückschlag für die gewerkschaftsfeindliche Politik der Reagan-Regierung. 1981 hatte Reagan, gerade im Amt und um ein Exempel zu statuieren, 11400 streikende Fluglotsen gefeuert. Der Streik war eine Folge der Verhandlungsunwilligkeit des Verkehrsministeriums. Die Arbeitsbedingungen der Fluglotsen haben sich seitdem eher verschlechtert. – (her, ger)

Universität Augsburg

Gute Afrika-Veranstaltungsreihe der Studentenvertretung

Augsburg. Die Studentenvertretung („ehemals AStA“) der Universität hat vom 22. bis 26. Juni eine einwöchige Veranstaltungsreihe zum Thema Afrika veranstaltet. Die Initiative kam im wesentlichen durch persönliche Interessen zustande. Das Programm war eine Mischung aus wissenschaftlichen Vorträgen und Kulturbeträgen; der Besuch war sehr unterschiedlich, im ganzen aber erfolgreich, er nahm über die Woche hin laufend zu.

Das verbindende Element war gegeben durch drei Fotoausstellungen im Hörsaaltrakt der Neuen Universität: „Mit Hurra nach Afrika“ – deutscher Kolonialismus in Ostafrika; schwarze Frauen in Südafrika; Zehn Jahre Soweto – Jugend in Südafrika. Die Ausstellungen waren einheitlich auf schwarzem Karton aufgezogen, auch die Wandzeitungen zur Ausstellung waren auf schwarzem Grund, was sowohl beklemmend wirkte wie Aufmerksamkeit weckte. Die Ausstellungen wurden vom Vizepräsidenten Prof. Blum am Montag eröffnet, was umso erfreulicher ist, als wenige Monate vorher ein anderer Vizepräsident nur nach massiven Protesten davon Abstand genommen hatte, den Kultattaché der südafrikanischen Botschaft in Bonn zu einem öffentlichen Vortrag einzuladen.

Die wissenschaftlichen Vorträge:

Am Dienstag Prof. Gans, Uni Heidelberg: „Wissenschaftliche Theorien zur aktuellen Entwicklungspolitik“.

Am Mittwoch Susanne Bark, Anti-Apartheid-Bewegung, München: „BRD – Südafrika. Beispiele wirtschaftlicher Verflechtung“. Der Vortrag war gut besucht, und es wurde im Anschluß lebhaft und kontrovers diskutiert.



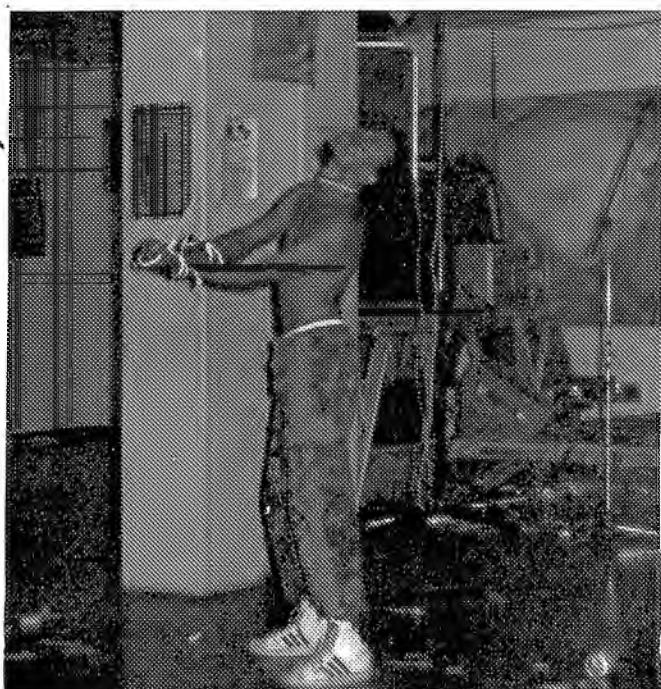
Die Ausstellung „Mit Hurra nach Afrika! Deutscher Kolonialismus in Ostafrika“ wurde 1984 von der Arbeitsgemeinschaft Afrika und Kolonialismus in München erstellt; beteiligt waren eine Historikerin, zwei Ethnologen und ein evangelischer Theologe. Es gibt ein hundertseitiges Begleitheft zur Ausstellung mit viel Bildmaterial, einer Zeittafel und Literaturhinweisen; ein Mangel ist, daß die Fakten und Thesen nicht belegt werden. Kontaktadresse: Werner Hartmann, Lindwurmstr. 147, 8 München 2.

Am Donnerstag: Rainer Falk, Autor eines Buches zum Thema: „Die heimliche Kolonialmacht – Die BRD und ihr Verhältnis zur Dritten Welt“. Der Referent sprach der BRD eine führende Rolle bei der Absicherung von Herrschaft und Ausbeutung auf der Welt zu. Er legte Wert auf die Feststellung, daß nicht erst mit der christlichen Koalition eine an den wirtschaftlichen Interessen der BRD orientierte Entwicklungshilfepolitik begonnen hat, und betonte die großen Schwierigkeiten von Entwicklungsländern, sich nach Erringung der politischen Unabhängigkeit auch wirtschaftlich unabhängig zu machen. Er unterstützte die Forderung nach gemeinsamem politischen Vorgehen der Entwicklungsländer und nach Schuldenstreichung. Bei der Diskussion fiel auf, daß die Studenten vor allem Skepsis hinsichtlich der Möglichkeit äußerten, eine für die Empfängerländer nützliche Entwicklungshilfepolitik durchzusetzen.

Die kulturellen Veranstaltungen:

Am Montag abend spielten zwei Schauspielerinnen des Landestheaters Tübingen „Noch ist die Welt nicht ganz verteilt“: Am Beispiel von zwei Frauen aus der herrschenden Klasse Südafrikas werden verschiedene Erscheinungsformen von Rassismus dargestellt. Am Dienstag gab es eine Lesung des Autorenkreises „Afro-deutsche Frauen“, die als Kinder deutsch-afrikanischer Eltern in der BRD aufgewachsen sind und ihre Erlebnisse und Erfahrungen in Lyrik und Prosa ausdrücken; ferner eine Lesung aus den Werken südafrikanischer Dichter wie Zindi Mandela, Dennis Brutus und James Matthews, die in ihrer Heimat Verfolgung und Terror ausgesetzt sind. Am Mittwoch spielte die Afro-Rock-Band „Rossy Madagaskar“, am Donnerstag das „Sunrise Salsa Orchestra“. Am Freitag trat der in Köln lebende Performance-Künstler Freddy Macha aus Tansania auf, anschließend spielte die Reggae-Band „Fitzroy and Friends“. Diese Musikveranstaltungen waren mit bis zu 250 Teilnehmern am besten besucht; die wissenschaftlichen Vorträge hatten rund 60 Zuhörer, fast alle Studenten, bei gewisser Teilnahme aus der Stadt und aus dem akademischen Mittelbau; die Professorenwelt blieb fern.

Die Vorsitzende der Studentenvertretung meinte abschließend, wenn die Reihe eine weitere Woche hätte laufen können, wäre der Besuch sicher noch zahlreicher gewesen. Das Ziel, Interesse an den politischen und wirtschaftlichen Problemen Afrikas zu wecken, wurde jedenfalls erreicht. – (ael)



Freddy Macha ist Musiker, Tänzer und Schriftsteller. Er arbeitet in afrikanischen und europäischen Sprachen und mit afrikanischen und modernen Musikinstrumenten. Sein zentrales Thema ist Afrika gestern und heute. Das Bild zeigt einen Tanz zu dem Lied „Free Nelson Mandela“.

Kommission von BWK und VSP

Dokumentiert: zwei weitere Diskussionsergebnisse

Die folgenden Beiträge sind zwei weitere Diskussionsergebnisse der gemeinsamen Kommission von BWK und VSP, die prüft, ob die Erarbeitung einer Grundsatzklärung, die der Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Diskussion dient und programmatische Fortschritte enthält, möglich ist. Der erste Beitrag zum Komplex „Für die Verteidigung und Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der arbeitenden Klassen“ war in den „Politischen Berichten“ 04/87 (S. 33ff.) abgedruckt. Die jetzigen Dokumente befassen sich mit den Gliederungselementen „Klassenanalyse und Bündnispolitik gegenüber den Grünen“ und „Politische Ziele/Sozialismus“. Auch diese Punkte haben noch keiner der beteiligten Organisationen zur Beschlusssfassung vorgelegt. – (scc)

Gliederungselemente progr. Erklärung: Ergebnisse der Diskussion um Fragen der Klassenanalyse und der Bündnis- politik gegenüber den Grünen

1) „Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“ (Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei). BWK und VSP gehen beide davon aus, daß sich die große geschichtliche Tendenz dieser Einschätzung für eine kapitalistische Gesellschaft wie in der BRD bewahrheitet und bekräftigt hat.

2) In diesem Zusammenhang bestehen folgende gemeinsame Auffassungen:

– Die Produktionsmittel sind heute fast vollständig kapitalistisches Eigentum.

– Wir konstatieren gemeinsam den starken Rückgang des klassischen, durch Kleinbesitz an den Produktionsmitteln charakterisierten Kleinbürgertums und die Ausweitung der Lohnabhängigkeit.

– Wir stimmen darin überein, daß gegenwärtig nicht alle Lohnabhängigen zur Arbeiterklasse zu rechnen sind; an einer weiteren Klärung der sozialen Stellung und Interessen der neuen lohnabhängigen Schichten besteht beiderseits Interesse.

– Wir stimmen darin überein, daß die besonderen Interessen der Arbeiterklasse, vor allem die ihrer ausgebeuteten und unterdrücktesten Teile, herausgearbeitet werden müssen.

– Wir stimmen ebenso darin überein, daß eine Bündnispolitik der Arbeiterklasse notwendig ist.

3) In der allgemeinen Analyse bestehen folgende Unterschiede:

Die VSP geht davon aus, daß sich historisch die Polarisierung der Gesellschaft in zwei Klassen verwirklicht, daß die gegenwärtig feststellbare Existenz relativ großer Schichten von Angestellten und Beamten, die sich aufgrund von Einkommen, Ausbildung, Arbeitsbedingungen, Stellung in Betrieb und Verwaltung noch deutlich von der Arbeiterklasse unterscheiden, eine Erscheinung im Rahmen dieser gesellschaftlichen Entwicklungstendenz ist.

Wie die VSP geht auch der BWK davon aus, daß die Polarisierung der Gesellschaft weiter vorangeschritten ist. Ein wesentlicher Faktor dafür ist die Trennung von Eigentum und den praktischen Funktionen der Leitung, die zur Her-

ausbildung der Klasse der werktätigen Intelligenz geführt hat. Als arbeitende Klasse steht sie in antagonistischem Widerspruch zur Bourgeoisie. Jedoch unterscheidet sie sich hinsichtlich ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, in ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln und ihres Anteils am gesellschaftlichen Reichtum eindeutig von den Arbeitern: Sie ist von körperlicher Arbeit weitgehend entbunden, ihre Arbeit stellt sich deshalb nur vermittelt durch andere in einem Produkt dar; sie ist im großen und ganzen gegenüber den Arbeitern weitgehend weisungsberechtigt, und ihr Einkommen hebt sich vom Einkommen der Arbeiter deutlich ab. – Die weitere Teilung der Arbeit und vor allem die immer krassere Trennung von Hand- und Kopfarbeit führt zu wachsender Differenzierung des Gesamtarbeiters.

4) BWK und VSP betrachten beide die Grünen als politische Kraft, die in vielen Fragen fortschrittliche Positionen vertritt.

Nach Auffassung des BWK ist die Partei der Grünen Ergebnis der voranschreitenden Polarisierung der Gesellschaft und eine günstige Bedingung, wenngleich neuartige Situation für die Arbeiterbewegung. Die Grünen haben sich als Partei konstituiert, die sich von der Monopolbourgeoisie abgrenzt. Zugleich ist erwiesen, daß die Grünen den wissenschaftlichen Sozialismus, die Ideologie zur Befreiung der Arbeiterklasse, nicht teilen; im Gegenteil war die Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus und Abgrenzung davon eine wesentliche Gründungsbedingung. Die Existenz der Grünen zwingt die revolutionären Sozialisten zur unzweideutigen Stellungnahme: Vertreten sie die Auffassung, daß es im Lager der Arbeit nur eine revolutionäre bzw. fortschrittliche Partei geben kann und darf, andere als schwerwiegendes Problem betrachtet werden und letztlich zu vernichten sind? Oder anerkennen sie, daß es bis in die sozialistische Gesellschaft hinein verschiedene revolutionäre und fortschrittliche Parteien geben kann, wird und soll? Diese zweite Auffassung, die der BWK vertritt, hat zur



Die Herausbildung der Grünen Partei: Schwerwiegendes Problem oder günstige Bedingung?

Konsequenz die Entwicklung revolutionärer Einheitsfront-/Volksfrontpolitik, die das bewußte Bündnis der verschiedenen Kräfte im Lager der Arbeit betreibt. Ihr Ziel ist nicht, andere fortschrittliche Parteien zu vernichten, sondern in kritischer Auseinandersetzung die verschiedenen Kräfte und Richtungen dahingehend zu fördern, daß sie ihren Beitrag zum Kampf gegen die Reaktion und zur Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft leisten. In diesem Sinne versucht der BWK, den Grünen politisch aktiv zu begegnen.

Die VSP, die die Existenz der Grünen klassenmäßig weniger eindeutig und viel stärker durch subjektive Faktoren begründbar begreift, sieht die Ausstrahlungskraft der Grünen auf das antikapitalistische Widerstandspotential als schwerwiegendes Problem des sozialistischen Parteiaufbaus. Zu einem Teil erklärt sich die Existenz der Grünen aus den Mängeln der bestehenden Arbeiterbewegung. Sie zu sehr als objektives Phänomen hinzustellen, kann sich als Hindernis dafür erweisen, ihnen politisch aktiv zu begegnen.

Die VSP bringt ihre Bündnispolitik vor allem auf die Formel des Bündnisses der Arbeiterbewegung mit den sogenannten neuen sozialen Bewegungen. Sie geht dabei davon aus, daß die Friedensbewegung, Frauenbewegung, Anti-AKW-Bewegung usw. sich nicht hauptsächlich durch der Arbeiterbewegung gegnerische Bestrebungen definieren, daß das Eintreten für dieses Bündnis also keine Aufgabe proletarischer Interessen verlangt. Sieht der BWK auch diese Bewegungen als Teil der Bestrebungen der neuen Klasse der werktätigen Intelligenz, sich politisch Geltung zu verschaffen, und sieht er deshalb vor allem die Aufgabe, die proletarischen Interessen gegen den Führungsanspruch dieser Intelligenz zu verteidigen? Damit wäre die VSP nicht einverstanden. Einig sieht sie sich mit dem BWK darin, daß es nicht richtig wäre, die Zerstörung der Grünen als politisches Ziel zu stellen.

5) Beide Organisationen, BWK und VSP, sehen als Aufgabe der Bündnispolitik die Herstellung und Stärkung einer möglichst breiten Front gegen Reaktion und Kapital, die Förderung des Widerstandes und der Abgrenzung aller Werktätigen von der herrschenden Klasse.

Gliederungselemente progr. Erklärung:

Politische Ziele / Sozialismus

(Stellung der revolutionären Sozialisten in der Debatte um die Ziele einer sozialistischen Gesellschaft)

I.

In dem Teil „Verteidigung und Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der arbeitenden Klassen“ hatten die Mitglieder der Kommission als gemeinsame Positionen festgehalten: „... daß jede soziale Revolution der Werktätigen aus der Unerträglichkeit der herrschenden Verhältnisse entsteht; daß also revolutionäre Veränderungen ein Resultat der Verteidigung und Verwirklichung von gesellschaftlichen Ansprüchen und Emanzipationsinteressen der Arbeiterklasse und der Werktätigen sind, die zuzugestehen die herrschende Klasse und die herrschende Gesellschaftsordnung nicht bereit sind.“

Die Unterstützung aller Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, dafür einzutreten, „... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx, zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie), und die Einsicht, daß die Arbeiterklasse, die am meisten ausgebeutete und unterdrückte Klasse, sich nur befreien kann, indem sie die ganze Gesellschaft befreit, sind zwei wesentliche Grundpositionen beider Organisationen, von denen sie sich im Kampf für die soziale Revolution der Arbeiterklasse, für den Sozialismus, leiten lassen.



Leichtlohngruppe – leichte Arbeit? Kritik des bürgerlichen Leistungsbegriffs vonnöten.

Denn: „Alle früheren Klassen, die sich die Herrschaft eroberten, suchten ihre schon erworbene Lebensstellung zu sichern, indem sie die ganze Gesellschaft den Bedingungen ihres Erwerbs unterwarf. Die Proletarier können sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur erobern, indem sie ihre eigene bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Aneignungsweise abschaffen. Die Proletarier haben nichts von dem Ihrigen zu sichern, sie haben alle bisherigen Privatsicherheiten und Privatversicherungen zu zerstören.“ (Manifest der Kommunistischen Partei) „Nieder mit dem Lohnsystem“ und Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, „Abschaffung des bürgerlichen Eigentums“ (Manifest der Kommunistischen Partei) – damit sind nach Meinung beider Organisationen auch heute in knapper Form die grundlegenden Ziele und Interessen der sozialen Revolution der Arbeiterklasse, des Kampfes für den Sozialismus ausgedrückt.

„Der Kommunismus ist keine Doktrin, sondern eine Bewegung, er geht nicht von Prinzipien, sondern von Tatsachen aus ... Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus den jetzt bestehenden Voraussetzungen.“ (Marx/Engels, Deutsche Ideologie) Unterstützung aller Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, Eintreten für die soziale Revolution der Arbeiterklasse, Kampf für den Sozialismus ist deshalb nach Meinung beider Organisationen nicht die Ausmalung „einer anderen Zukunft“, sondern die Unterstützung von sozialen Zielen und Interessen, die die herrschende kapitalistische, imperialistische Gesellschaft als „Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt“, hervorbringt – ihre Unterstützung durch Aufklärung, Kritik von Kapitalismus, Imperialismus und Reaktion, durch Agitation und Propaganda und wirtschaftlichen und politischen Kampf.

Dies bedeutet, in der Bewegung der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen insbesondere folgende Interessen, Bestrebungen und Zielsetzungen zu unterstützen:

– die Solidarität aller Lohnabhängigen gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Spaltung, Isolierung, denn „Nur die Solidarität aller Lohnabhängigen kann die historische Alternative ‚Sozialismus oder Barbarei‘ positiv für die Arbeiterbewegung entscheiden“ (Punkt I);

– die Gleichheit und die Bekämpfung aller Ungleichheit und ihrer Rechtfertigung;

– die Kooperation und kollektive Zusammenarbeit aller Werktätigen und Ablehnung der Konkurrenz und der imperialistischen Elitepolitik;

– die gesellschaftliche Planung und gesellschaftliche Lösung der Aufgaben der Produktion und Reproduktion der Gesellschaft;

– die Sicherung der Reproduktion und nach individueller und kollektiver allseitiger Entwicklung der Werktätigen als gesellschaftlicher Anspruch;

– die Schwächung und Bekämpfung des wirtschaftlichen und politischen Monopolismus der herrschenden Klasse und der Unterordnung der Gesellschaft unter seine Interessen;

– gegen die Unterdrückung anderer Staaten und Nationen durch den BRD-Imperialismus;

– die Solidarität mit den Arbeitern und Werktätigen aller Länder und mit den um ihre Befreiung vom Imperialismus kämpfenden Völkern.

Eine solche Unterstützung der „wirklichen Bewegung“, die den jetzigen Zustand aufhebt, wird den revolutionären Sozialisten um so besser möglich sein, wie sie in der Lage sind, die Aufgaben und die Organisierung einer sozialistischen Gesellschaft unter den heutigen historischen Bedingungen in der BRD klarer zu bestimmen.

II. Fragen, in denen weitere Klärung nötig ist

1) Wirtschaftsorganisation/Planwirtschaft:

Die VSP betonte die Notwendigkeit der Entstaatlichung des ökonomischen Planungs- und Leitungssystems zugunsten direkter Produzentendemokratie. Der BWK betonte den Gedanken einer Neustrukturierung der Wirtschaft auf kommunaler Basis, wobei möglichst große ökonomische Eigenständigkeit als Grundlage kommunaler Selbstverwaltung angestrebt werden soll. Die VSP bezweifelt, daß dieser Gedanke realistisch ist. Sie weist darauf hin, daß die übereinstimmende Bestrebung, möglichst viel Dezentralisierung zu verwirklichen, nicht notwendig an das territoriale Prinzip gebunden ist. Übereinstimmung besteht darin, daß es notwendig ist, Unterschiede zwischen Stadt und Land und wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Regionen auszugleichen.

2) Arbeitsorganisation und Gleichheit/Ungleichheit:

Einigkeit bestand darüber, daß ein wichtiger Grundsatz, an dem die Ausübung der Diktatur des Proletariats zu messen ist, darin besteht, daß alle sich an der gesellschaftlichen Arbeit beteiligen, da niemand das Recht hat, durch Aneignung fremder Arbeitskraft zu existieren. Dabei muß vermutlich eine Grundversorgung für jedermann gewährleistet sein.

Einigkeit bestand weiter darin, daß schon im Kapitalismus abzulehnende Arbeiten und Arbeitsbedingungen im Sozialismus nicht dadurch erträglicher werden, daß sie für die Gesellschaft zu erledigen sind. Solche Arbeiten und Arbeitsbedingungen sind vielmehr zu beseitigen.

Über die Mittel jedoch, die anzuwenden sind, um die ungleiche Verteilung von schwerer und unangenehmer und leichterer Arbeit auszugleichen, bestehen zwar bei beiden Organisationen Vorstellungen, deren wissenschaftliche Begründung jedoch nicht geliefert werden kann. Es geht dabei

um solche Maßnahmen wie Verkürzung der Arbeitszeit, auch der Schichten, und bessere Bezahlung bei bestimmten Arbeiten, abwechselnde Erledigung solcher Arbeiten durch verschiedene Personen, Beteiligung der Intelligenz an der körperlichen Arbeit. Es geht dabei auch um die theoretische und praktische Vernichtung des bürgerlichen Leistungsgriffs durch eine Bestimmung des Verhältnisses von Verausgabung der Arbeitskraft und Zuteilung von Reproduktionsmitteln, wobei von Anfang an angestrebt werden muß, daß ein möglichst großer Teil der Reproduktionsmittel entsprechend den Bedürfnissen und nicht gekoppelt an die Arbeitsleistung verteilt wird.

3) Selbstorganisation der Produzenten, „Staat“, Rechtsverhältnisse, Demokratie

Einigkeit bestand darin, daß das Absterben des Staates durch die Selbstorganisation der Produzenten erkämpft werden muß. Die genaueren Fragen einer Organisation der Räte und ihrer Aufgaben wurden nicht erörtert. Angesprochen wurde, daß die Rechtsverhältnisse umgewälzt werden müssen und daß es nicht nur „mehr“ Rechte im bürgerlichen Sinne geben muß, sondern andere, das heißt, daß soziale Interessen der Werktätigen als allgemeine Rechtsansprüche und Rechtsverpflichtungen gefaßt werden müssen. Darüber, daß Rechte der Werktätigen, Rechte der Gewerkschaften, also Organisationsrechte, die sich aus der Arbeitsorganisation und dem weiteren Bestehen von Ungleichheit ergeben, garantiert werden müssen (Streikrecht), bestand Einverständnis. Differenzen bestanden über den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Organisation der Produktion und Reproduktion und der materiellen Basis für das Fortbestehen und Neuentstehen von Klassen und Staatsorganisation. Einigkeit bestand darin, daß der Sozialismus die bürgerlichen individuellen und kollektiven Rechte nicht abschafft, sondern überhaupt materiell sicherstellt und zugleich erweitert.

Demokratische Planwirtschaft: Beide Organisationen treten für Planwirtschaft und Demokratie ein. „Liberalisierungen“, die die Planwirtschaft abschaffen, wurden abgelehnt. Die Verbindung von Planwirtschaft und Demokratie muß erreicht werden, damit die bestehenden Widersprüche von Hand- und Kopfarbeit, von Stadt und Land, von Produktion und Reproduktion, notwendiger und Mehrarbeit planmäßig behandelt werden können.

4) Bedeutung der Frauenfrage:

Den BWK-Mitgliedern der Kommission geht es um Klärung der Frage, wie der in der bürgerlichen Gesellschaft herrschenden Diskriminierung entgegengewirkt werden kann. Darunter fällt für sie auch die Frage, wie eine proletarische Frauenbewegung gefördert und ihre fortschrittliche Beziehung zur Bewegung anderer Frauen unterstützt werden kann.

Die VSP vertritt die Auffassung, daß in der bürgerlichen Gesellschaft der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital den Widerspruch zwischen Mann und Frau zwar wesentlich mitprägt, daß dieser Widerspruch zwischen Mann und Frau aber weder einfach aus diesem Klassenwiderspruch hergeleitet noch einfach unter ihn subsumiert werden kann. Infolgedessen anerkennt und fördert die VSP nicht nur die Bewegung der proletarischen Frauen gegen die Vorherrschaft des Mannes und die Bourgeoisie, sondern auch die Bewegung aller Frauen für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung gegen die Vorherrschaft des Mannes.

5) Partei und Staatsmacht:

BWK und VSP lehnen die Verschmelzung der kommunistischen Parteien mit dem Staatsapparat nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ab. Die VSP betont, die führende Rolle der kommunistischen Partei müsse sich in dem Bemühen um Steigerung und Zielklar-

heit der Massenaktivität zur ständigen Revolutionierung der Gesellschaft bis zum Kommunismus verwirklichen. Das schließe die Möglichkeit ein, daß die Kommunisten auch in eine Minderheitenposition geraten könnten. Die VSP unterstreicht die Notwendigkeit, die Möglichkeit der legalen Betätigung anderer politischer Parteien im Rahmen der sozialistischen Gesetzlichkeit zu garantieren.

Der BWK verweist auf seinen Standpunkt in der Entschließung zur Lohnpolitik, insbesondere Punkt 2, in der die Fortsetzung der Bündnispolitik mit allen selber arbeitenden Produzenten behandelt wird, und Punkt 6, der die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Lohnabhängigen unterschiedlicher Weltanschauung hervorhebt. Die Annahme fortbestehender unterschiedlicher Interessen, die aber zu denen der Arbeiterklasse nicht in einem antagonistischen Verhältnis stehen, führt dazu, auch die Vertretung solcher Interessen durch eigene Parteien zuzulassen. Dies gilt sowohl für selber arbeitende Besitzer von Produktionsmitteln wie für deren mehr oder weniger entwickelte Formen der Zusammenarbeit als auch für die werktätige Intelligenz.

6) „Realsozialistische“ Länder und sozialistische Propaganda in der BRD:

BWK und VSP stimmen darin überein, daß die Verhältnisse in den Ländern des sogenannten real existierenden Sozialismus von Bedeutung für die Propaganda des Sturzes der Bourgeoisie in der BRD und für den Aufbau des Sozialismus auf westdeutschem Territorium sind. Über die Bedeutung entsprechender Untersuchungen und Kritiken für den Fortgang des Klassenkampfes in der BRD bestehen jedoch unterschiedliche Auffassungen.

Die VSP betont, daß die Auseinandersetzung um den Sozialismus wesentlich durch die konkrete Anschauung dieser Verhältnisse und ihre propagandistische Ausschlachtung durch die bürgerliche Propaganda bestimmt wird. Sie hält deshalb bei der Darlegung revolutionär-sozialistischer Programmatik die Kritik dieser Verhältnisse für durchaus dringlich.

Der BWK möchte festgestellt haben, daß die Programmatik der revolutionären Sozialisten aus der Kritik der Verhältnisse in der BRD zu gewinnen ist. Er hält eine Beurteilung der Entwicklung und der Politik der Länder des real existierenden Sozialismus für notwendig, um den Sozialisten in der BRD zu ermöglichen, Standpunkte und Aktionen gegen den als Antikommunismus ausgegebenen imperialistischen Expansionskurs der westdeutschen Bourgeoisie und gegen deren Kriegsziele zu unterstützen und eine korrekte Haltung zu diesen Ländern selber einzunehmen.

III. Gemeinsame Grundpositionen, auf die sich solche Klärung stützen kann

Beide Organisationen treten dafür ein, daß

- die Arbeiterklasse die Bourgeoisie stürzt und deren Staatsapparat zerschlägt;
- die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft wird;
- die Bourgeoisie in der Folgezeit unterdrückt wird, um sie daran zu hindern, ihre kapitalistische Herrschaft wieder zu errichten;
- die Arbeiterklasse zur Durchführung der proletarischen Revolution und zur Errichtung des Sozialismus Bündnispartner braucht und daß ihre nächsten Bündnispartner diejenigen lohnabhängigen Schichten sind, deren gesamte Lebenslage im Kapitalismus der Lage des Proletariats angeglichen wird, daß weitere Bündnispartner alle diejenigen sind, die von eigener Arbeit leben und deren Interessen sich gegen die imperialistische Herrschaft der Bourgeoisie richten;
- die Arbeiterklasse nach dem Sturz der Bourgeoisie und der Errichtung ihrer eigenen Diktatur über die alten Ausbeuter den Klassenkampf fortführen muß und daß sie dazu



Beendigung der imperialistischen Kriegspolitik. Bild: Kampf gegen die öffentliche Rekrutenvorstellung, Bremen 1979.

bestimmte Rechte einschließlich des Rechts auf Bewaffnung haben muß. Die Arbeiterklasse selber braucht soziale und materielle Rechte, die ihr erlauben, ihre Interessen in der Gesellschaft auf legalem Wege durchzusetzen. Daher braucht sie auf jeden Fall das Streik- und Koalitionsrecht.

– die Arbeiterklasse ansonsten demokratische Rechte für alle garantieren und diese Rechte umfassender gestalten muß als die sogenannten bürgerlichen Freiheiten;

– der Charakter der Staatsgewalt sofort entscheidend geändert wird durch weitgehende Selbstverwaltung der Produzenten, die Zentralgewalt in dem Maße überflüssig gemacht wird, in dem die Produzenten selber sich in die Lage versetzen, alle Angelegenheiten der Leitung und Verwaltung zu bewältigen und durch diesen von ihnen bewußt durchgeführten Prozeß die Notwendigkeit eines gesonderten Staatsapparats erledigen;

– die Verfügung über die und die Kontrolle der Produktionsmittel in die Hand der assoziierten Produzenten übergeht;

– die Verwendung des Überschusses von den Produzenten bestimmt und kontrolliert wird;

– die Organisation der Arbeit geändert und die Arbeitszeit verkürzt wird;

– entscheidende Änderungen im Schul- und Berufsbildungswesen durchgeführt werden, um, abgesehen von der Verkürzung der Arbeitszeit und der Erleichterung der schweren Arbeit, Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Produzenten an der Verwaltung und Leitung der Produktion und der gesellschaftlichen Angelegenheiten teilnehmen können;

– die Gleichberechtigung der Ausländer vollzogen wird;

– die Befreiung der Frauen und Kinder von zusätzlicher Ausbeutung und Unterdrückung gefördert wird;

– die imperialistische Kriegspolitik abgeschafft, die DDR völkerrechtlich anerkannt, der Status Westberlins als besondere politische Einheit anerkannt wird, die Wiedervereinigung keine Aufgabe der proletarischen Revolution in der BRD und Westberlin ist.

Beratungsgesetz zum § 218 geplant

Die Reaktion verschärft die Unterdrückung der Frauen

Weg mit dem § 218! Kein Beratungsgesetz!

Beim Kongreß der revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten im November '86 war auch der Kampf gegen den § 218 ein Thema. Einig war sich der Kongreß in der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218. Differenzen gab und gibt es in der Frage, wie und mit wem der Kampf geführt werden soll: offene um die Einschätzung der von Alice Schwarzer angestrebten Verfassungsklage, eher verdeckte um den Stellenwert des Selbstbestimmungsrechts der Frauen.

Nach den neuen unverschämten Angriffen der Reaktion, die mit dem Bundesberatungsgesetz die massivsten Verschärfungen des § 218 seit seiner „Reform“ 1976 plant, stellt sich für uns die Klärung dieser Fragen auch praktisch und vor allem dringend. Aber, ist denn nicht schon alles diskutiert, zigmals gesagt und geschrieben? Wir meinen nein.

Über die Angriffe des Staates und der christlichen Reaktion muß aufgeklärt werden, angefangen mit dem Beginn der Verfolgung und Bestrafung abtreibender Frauen. Die neuen Angriffe müssen gründlich untersucht werden: Sind Frauen in unterschiedlichen sozialen Lagen verschieden hart betroffen? Wie treffen sie welche Beratungsstellen und das medizinische Personal? Wie argumentieren die reaktionären Orga-

nisationen der „Rettter des ungeborenen Lebens“? Wie sind sie mit Kirche und faschistischen Organisationen verfilzt? Welche Forderungen greifen gegen die konservative und auch die alternativ aufgekochte Mutterideologie? Gibt es Widersprüche zwischen den Forderungen von Behindertenorganisationen gegen Reproduktionstechnologien und der Forderung nach Selbstbestimmungsrecht der Frauen?

Welche Positionen und Vorschläge werden gegenwärtig diskutiert, um den Kampf gegen den § 218 voranzubringen? Wie nutzen und unterstützen wir die gewerkschaftliche Beschlusse? Was soll die Verfassungsklage bringen? Was halten wir von solchen Argumenten: „der Kampf wird zu frauenrechtlerisch geführt, nur als Betroffenenbewegung“? Sollen wir Aktionen und Veranstaltungen von reinen Frauenorganisationen unterstützen? Wäre es nützlich, wenn der BWK, wie z.B. VSP und KB, Aktionen der „Bundesweiten Koordination Frauen gegen den § 218“ unterstützt?

Wir wollen mit den folgenden Informationen und Meinungsbeiträgen die Debatte um den § 218 wiederaufnehmen und so einen Beitrag im Kampf dagegen leisten. – (bar, gum, iro, kab)

§ 218 Indikationsregelung: demütigender Hürdenlauf

Die BRD hat unter den westlichen Industriestaaten eines der reaktionärsten Abtreibungsgesetze. Selbst im katholischen Italien gilt seit einer durch die Frauenbewegung erzwungenen Volksbefragung die Fristenlösung. Nur noch Spanien kennt das grundsätzliche Abtreibungsverbot.

Der § 218 im Strafgesetzbuch stellt den Abbruch einer Schwangerschaft grundsätzlich unter Strafe. Lediglich vier Ausnahmebedingungen (medizinische, eugenische, bei Vergewaltigung und bei sonstiger schweren Notlage) werden als zulässige Gründe für eine Abtreibung anerkannt, die dann bis zur 12. Woche (bei eugenischer und kriminologischer bis zur 22. Woche) vorgenommen werden darf. Ob eine dieser Indikationen vorliegt, muß von einem Arzt oder einer Arztin festgestellt werden. So liegt es auch allein in deren Ermessen, ob die Notlage der Frau als schwer genug anerkannt wird oder nicht. Vor dem Abbruch muß die betroffene Frau sich einem Beratungsgespräch in einer staatlich anerkannten Beratungsstelle unterziehen, erst frühestens nach weiteren drei Tagen darf der Abbruch vorgenommen werden, jedoch nicht von der Stelle, die die Indikation aussstellte. Ein bürokratischer, langwieriger und demütigender Hürdenlauf für eine ungewollt schwangere Frau, der oft zu einer Verzögerung des Eingriffs und damit zu gesundheitlicher Gefährdung führt. Die meisten Bundesländer haben zusätzlich noch Beratungsrichtlinien erlassen, die den Beratungsstellen Auflagen machen. 1986 wurden über 84000

Abbrüche beim Statistischen Bundesamt gemeldet, die Krankenkassen rechneten ca. 150000 bis 200000 Abbrüche ab. Wer illegal eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bedroht, und zwar die Schwangere, wie auch die helfenden Personen. Tatsächliche strafrechtliche Verfolgungen nach dem § 218 sind jedoch verhältnismäßig selten (zwischen 1975 und 1984 bundesweit 430 Verurteilungen), die Strafen sind relativ gering (ca. 800 DM).

Erster Anlauf der Reaktion: „Abtreibung auf Krankenschein“ beseitigen

Gegen die Übernahme der Kosten vor allem bei der Notlagenindikation haben etliche CDU/CSU-Abgeordnete schon im Jan. '84 einen Gesetzentwurf im Bundestag einbringen wollen. Kein CDU-Parteitag vergeht, bei dem diese Forderung nicht erneut erhoben würde. In Baden-Württemberg versucht die CDU-Landesregierung, diese Regelung gegenüber Beamten durchzusetzen. Aufgrund des Gesetzentwurfs der CDU-Landesregierung von Rheinland Pfalz zur „Neuregelung der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen bei nicht rechtswidrigem Schwangerschaftsabbruch“ wurde im Dez. '85 vom Bundesrat eine Entscheidung mit Stoßrichtung gegen die Notlagenindikation gefaßt, der Antrag selbst wurde nicht an den Bundestag weitergeleitet. Der Protest von SPD, FDP, und Grünen, von verschiedenen Frauenorganisationen bis hin sogar von einigen CDU/CSU-Parlamentarierinnen war zu laut. Auch viele Gewerkschaften (HBV, ÖTV, IGM) faßten in diesen Jahren grundsätzliche

Beschlüsse gegen den § 218.

In ihren jetzigen offiziellen Anträgen hetzt die CDU kaum mehr nur gegen „Abtreibung auf Krankenschein“. Der Angriff ist jetzt viel grundsätzlicher: Sie will die Notlagenindikation so einschränken, daß die meisten Abtreibungen als illegal gelten, und damit die Frage der Kassenfinanzierung gar nicht mehr zur Debatte steht.

Jetzt will die Reaktion die Notlagenindikation ganz beseitigen

Wie will nun die Reaktion den „Missbrauch der sozialen Indikation“ ein-dämmen? Über 80% aller legalen Abtreibungen erfolgen aufgrund der „Notlagenindikation“. Gründe für die Entscheidung gegen ein (weiteres) Kind sind häufig: die Situation in Ausbildung und Beruf, Arbeitslosigkeit, Partnerschaftsprobleme, Alleinerziehende (über 50% der gemeldeten Fälle), es sind bereits Kinder da (über 30% haben schon zwei und mehr Kinder), eine andere Lebensplanung, Alter (über 20% sind älter als 35 Jahre). Im § 218 ist die „sonstige allgemeine Notlage“ bewußt nicht in Einzelfällen definiert, um sie offen zu halten für unterschiedlichste individuelle Probleme. Der häufig (auch von § 218-Gegnern) gebrauchte Begriff „soziale“ Notlage oder „soziale Indikation“ taucht im § 218 so gar nicht auf.

Die CDU engt die Notlagenindikation aber nicht nur auf „soziale“, sondern auf rein finanzielle Notlagen ein. Eine solche Notlage soll dann mit Hilfe einiger Gebärprämien überwunden werden können. So meinte H. Geißler, es könnte „nach Einführung des Erziehungsgeldes und mit den bereits bestehenden Beihilfen keine Frau

mehr in eine soziale Notlage kommen, weil sie ein Kind bekommt.“ (Jan. '86)

Die Beihilfen und Stiftungsgelder sind in Wirklichkeit minimale Beträge, ohne jeden Rechtsanspruch und ohne verbindliche Zusagen über die Höhe des Betrags. Nicht einmal diejenigen Frauen können darauf zugreifen, die wirklich jeden Pfennig bräuchten. Erst kürzlich hat die Bundesstiftung „Mutter und Kind“ ihre Vergaberichtlinien so geändert, daß Sozialhilfeempfängerinnen kaum noch finanzielle Unterstützung daraus erhalten. Waren es früher in Einzelfällen bis zu 1500 DM, bekommen sie heute nicht mehr als 500 DM, einmalig. Das Sozialamt zahlt ein Umstandskleid erst am Ende des sechsten Schwangerschaftsmonats und für die Erstausstattung 200 DM. In Rheinland-Pfalz werden die Stiftungsgelder auch nicht direkt überwiesen, sondern nur über die Beratungsstellen, teilweise mit der Maßgabe, daß die Betreuerinnen mit einkaufen gehen müssen.

Was Geißler als „soziale Not“ für eine Abbruchindikation gelten läßt definierte er so: „Wenn eine Frau schon vier bis fünf Kinder hat, der Mann säuft und sie verprügelt“ (zit. nach A. Schwarzer, *Weg mit dem § 218*, S. 87).

Volle staatliche Kontrolle durch das geplante Beratungsgesetz

Die Einschränkung der Notlagenindikation soll über die Knebelung der Beratungsstellen und des medizinischen Personals laufen. „Gesetzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Beratung im Rahmen des § 218“ sind Teil der Regierungskoalitionsvereinbarungen vom März '87. Etwa im November will das Familienministerium den Entwurf für ein Bundesberatungsgesetz vorlegen, mit dem die etwas liberalere Abtreibungspraxis in einzelnen Bundesländern (z.B. Bremen) unterbunden werden soll.

Die Beratungsstellen sollen nur „dann die staatliche Anerkennung und Förderung erhalten, wenn sie ... zugunsten des Lebens beraten, über Hilfen informieren, diese vermitteln und ... gewähren. Dazu gehört: die Schwangere konkret bei der Erlangung der gesetzlichen Hilfen (z.B. der Sozialhilfe) zu unterstützen, die Hilfen der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ und der Landesstiftungen zu vergeben“ (Koalitionsvereinbarung). Fast alle Frauen, die bei einer Beratungsstelle antreten müssen, haben sich bereits vor der „Beratung“ zum Schwangerschaftsabbruch entschlossen. Beratungsstellen, die bislang die Entscheidung der Frauen achteten, und die ihre Aufgabe nicht darin sahen, Sozialhilfeanträge zu unterstützen und Almosen aus Stiftungen zu verteilen, soll über ein solches Beratungsgesetz die staatliche Anerkennung und damit auch die Finanzierung entzogen werden. Es ist

bekannt, daß in diesem Zusammenhang einzelne Beratungsstellen von Pro Familia durch vorgetäuschte Beratungsgespräche bespitzelt wurden. Übrig bleiben sollen kirchliche und andere reaktionäre Einrichtungen.

Im Zwangsberatungsgespräch soll zukünftig Druck von allen Seiten auf die ungewollt schwangere Frau gemacht werden: „Dazu (zum Beratungsgespräch) gehört, sich auch, wenn die Schwangere damit einverstanden ist, des sozialen Umfelds der Schwangeren (insbesondere des Ehemanns/Freundes, der Eltern, des Arbeitgebers) anzunehmen und darauf hinzuwirken, daß die Schwangere die erforderlichen persönlichen Hilfestellungen von dort erfährt“ (Koalitionsvereinbarung). Das „Einverständnis“ der Frau ist erst nachträglich eingefügt worden. Obwohl sie sich gern als „fortschrittliche“ und „frauenfreundliche“ Sozialpolitikerinnen präsentieren, stimmten Irmgard Adam-Schwätzer (FDP) und Rita Süssmuth (CDU) dieser ersten, noch schärferen Fassung zu: „keine neuen Hürden“ (R.S.), „wir haben das Schlimmste verhindert“ (I.A.-S.). Wer davon „enttäuscht“ ist, hat diese Vertreterin-

depflicht werden stärkere Sanktionen vorgesehen.“

Es ist absehbar, daß unter den Bedingungen eines solchen Bundesberatungsgesetzes die betroffenen Frauen die Beratungsstellen meiden, daß weniger Ärzte und Arztinnen bereit sein werden, eine Indikation zu stellen oder einen Abbruch vorzunehmen, daß illegale Schwangerschaftsabbrüche wieder gegen Unsummen von Geld und unter frauenverachtenden und gesundheitsgefährdenden Bedingungen durchgeführt werden. Nur, die Zahl der Abtreibungen wird dadurch nicht sinken. Das weiß auch die Reaktion, und darum geht es ihr eigentlich auch gar nicht.

Warum besteht die Reaktion so penetrant auf ihren Verschärfungen des § 218?

Alle ihre bevölkerungspolitischen Argumente sind im wesentlichen demagogisch („wer zahlt die Renten“) oder rassistisch („die Deutschen sterben aus“). Der Reaktion kommt es vor allem auf die Durchsetzung ihrer reaktionären *Familienideologie* an: Heim und Herd, Häusle und Garten, Mutter-



nen der reaktionären Regierungspolitik falsch eingeschätzt, denn „gelogen“ haben sie auch vor der Wahl nicht: der § 218 selbst bleibt tatsächlich unbefüllt!

Weiter wird verlangt, daß das Personal der Beratungsstellen und „die beratenden oder Indikationstellenden Ärzte an Fortbildungsmaßnahmen zum Schutz der ungeborenen Kinder teilnehmen“. Über die Meldepflicht soll Druck gemacht werden: „Die ärztlichen Honorarforderungen dürfen von den Krankenkassen nur dann erfüllt werden, wenn der abrechende Arzt seiner gesetzlichen Meldepflicht an das Statistische Bundesamt genügt hat. Für die Nichterfüllung der ärztlichen Mel-

und Vaterglück. Aber selbst die CDU macht das nicht mehr so plump mit „Frauen zurück zu Kindern und Küche“, sie muß die Frauen besser kündern, deshalb redet sie von „Versöhnung der Arbeit und Familienleben“, sie predigt „partnerschaftliche Verantwortung“ und spricht von „gesellschaftlicher Anerkennung der Berufstätigkeit von Frauen, aber auch gesellschaftlicher Anerkennung der familiären Erziehung und Pflegearbeit“. Die *Mutterideologie* ist der Haupthebel, der angesetzt wird. Und der Druck auf die Frauen entfaltet tatsächlich seine Wirkung, bis hinein in die Frauenbewegung, die sich gegen diese Fixierung der Frau auf die Mutterrolle immer

Seit dem „Hexenhammer“: Geschichte des Abtreibungsverbots und des Kampfes gegen den § 218

Schon die Tötung von etwa einer Million Frauen als Hexen durch Kirche und Staat zwischen 1360 und 1680 erfolgte u.a. mit der Absicht, das damalige Wissen über Mittel mit verhütender und abtreibender Wirkung auszutilgen, um die Geburtenzahl zu erhöhen. Nach kirchlicher Lehre war jeder Sexualgenuss Sünde, erst recht, wenn er nicht mit der Absicht der Vermehrung von statteten ging. So wurde den Frauen im „Hexenhammer“ von 1487 vorgeworfen, daß sie „für die Erfüllung ihrer bösen Lüste mehr entbrennen“ als für die Mutterschaft. Die Autoren des „Hexenhammers“ behaupten, daß die „Hexen-Hebammen“ durch „siebenfache Hexerei“ die „Empfängnis im Mutterleib“ verhindern könnten.

Die Hebammen, die bis dahin frei praktizierten, wurden seit etwa 1450 städtischen Hebammenordnungen und polizeilicher Aufsicht unterworfen. Sie, die früher Frauen halfen, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, mußten nun die Geburten und Fehlgeburten melden.

Jean Bodin (1530–1596), der in Geschichtsbüchern der „neuzeitlichen Denker“ genannt wird, war einer der schärfsten Hexenverfolger und folterte Frauen eigenhändig zu Tode. Er war bekannt für seine neue Wirtschaftstheorie, die lautete: je mehr Arbeitskräfte zur Bodenbearbeitung zur Verfügung stehen, desto größer werde der Reichtum eines Landes. Bis dahin war die „Hexenverfolgung“ Sache der kirchlichen Inquisition. 1532, in der Carolinga Karls V. wurde

erstmals gesetzlich festgelegt, daß Abtreibung und Unfruchtbarmachung bestraft werden sollen. Die Strafe dafür war dann oft Verbannung oder Todesstrafe. 1566 gab die katholische Kirche die Enzyklika *humanae vitae* heraus, die bis heute noch die Basis des katholischen Verhütungs- und Abtreibungsverbotes ist.

Ein Ziel von Kirche und Staat wurde erreicht: betrug die Bevölkerungszahl in Europa um 1400 45 Mio. Menschen, so stieg sie bis 1800 auf 187 Mio. an. Statistisch läßt sich nachweisen, daß wirklich die Geburtenrate erhöht wurde bei etwa gleichbleibender Zahl von Sterbefällen. Waren im frühen Mittelalter 2–4 Kinder normal in einer Familie, so sind es in späteren Jahrhunderten 7–14 Kinder.

Basierend auf einem preußischen Gesetz von 1851 traten 1872, kurz nach Reichsgründung, die §§ 218–220 in Kraft, die bei Abtreibung Zuchthaus bis zu fünf Jahren als Strafe vorsahen. Der Druck der Strafverfolgung wurde danach immer stärker. Während nach amtlicher Kriminalstatistik im Jahre 1882 nur 191 Personen verurteilt wurden, waren es im Jahr 1925 7193 Fälle, die gerichtlich verfolgt wurden. Als erste deutsche Autorin veröffentlichte Gertrud Gräfin von Bülow Dennewitz 1904 eine Schrift mit dem Titel: „Das Recht zur Beseitigung keimenden Lebens“. Darin schrieb sie, die Strafandrohung sei „ein unwürdiger Eingriff in die allerintimste Privatangelegenheit eines Weibes“. 1908 lehnte die Mehrheit des Bunds deutscher Frauenvereine, in dem etwa 150000 Frauen orga-

nisiert waren, den Antrag nach Streichung des § 218 ab. Von da an gingen in der bürgerlichen Frauenbewegung die Konservativen in Führung, die eine nationalistisch gefärbte expansive Bevölkerungspolitik vertraten.

Mit der Begründung, „das Proletariat muß möglichst viele Kämpfer haben“, trat die SPD noch 1913 mehrheitlich (auch Klara Zetkin und Rosa Luxemburg) nicht für die Streichung des § 218 ein. 1920 brachte die SPD erstmals im Reichstag einen Antrag ein, der Straffreiheit in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft forderte. Gegen ein Gesetz, das das Verbot von Präventivmitteln vorsah, erhob sich 1918 ein Sturm von Protesten. Selbst katholische Frauen protestierten. Aber auch in der Weimarer Republik war es verboten (§ 184), für Verhütungsmittel öffentlich zu werben oder sie allgemein zugänglich zu machen.

Die Reform 1926, die Einführung der medizinischen Indikation, war ein Zugeständnis an Kämpfe, die durch die schlechte soziale Lage noch verschärft wurden. 1926 und 1929 hatte die SPD wiederum die Streichung des § 218 gefordert. Mit dem Vorwurf „Beihilfe zur Abtreibung“ wurde die Ärztin Else Kienle und der Arzt Friedrich Wolf am 19.2.31 verhaftet. Dies löste erstmals eine Volks- und Massenbewegung zur Streichung des § 218 aus, die auch die Freilassung der Verhafteten bewirkte. Unter zunehmender Faschisierung wurde der Widerstand gegen den § 218 praktisch ausgelöscht. Obwohl die Faschisten die Todesstrafe bei Abtreibung einführten, haben Frauen zu hundertausenden abgetrieben. Rund 10000 Frauen starben 1935 durch Kurpfuscherei. 1935 führten die Faschisten die „eugenische Indikation“ ein, in der

gewehrt hat. Zugespitztester Ausdruck ist das „Müttermanifest“ einiger Gründer Frauen, das die Mutterschaft geradezu glorifiziert und kinderlose Frauen als Mängelwesen diffamiert.

Das ist das Ziel der Reaktion: Aus „Liebe“ und weil es so „besser und menschlicher“ ist, sollen sie alles selber machen, die Frauen alleine oder „partnerschaftlich“, aber Hauptsache alles und selbst, von der Marmelade bis zur Kranken- und Altenversorgung. Alle Reproduktionsleistungen sollen in der Familie bleiben und wieder in sie hineinverlagert werden. An öffentliche ganztägige Kinderversorgung ist auf dem Land heute überhaupt nicht zu denken, aber selbst in einer Großstadt wie Mannheim gibt es fast keine Säuglingskrippen. Und wieviele Ganztagschulen gibt es in der BRD? Es ist Fakt, daß der allergrößte Teil der familiären Haus-, Pflege- und Erziehungsarbeit auf die Schultern der Frauen abgewälzt wird. Und es ist klar, daß diese Arbeit zusätzlich zu einer Lohn-

arbeit zu grauenhafter Überarbeit führt. Aber die „unersetzbare Mutter“ soll ein schlechtes Gewissen haben, wenn sie das nicht leistet, der Druck soll steigen.

Die ganzen Bundes-, Landes- und die kirchlichen Stiftungen sind wie das Erziehungsgeld (600 DM monatlich für demnächst zwölf Monate) gerade darauf angelegt, die Frauen vom Arbeitsmarkt fern zu halten und/oder sie in ungesicherte Arbeitsverhältnisse zu treiben. Beim Bezug von Erziehungsgeld ist Teilzeitarbeit unter 20 Stunden beim bisherigen Arbeitgeber „erlaubt“. Die baden-württembergische Landesregierung hält sich zugute, daß sie „das Programm „Mutter und Kind“ so umstrukturiert (hat), daß Teilzeitarbeit, Heimarbeit und Ausbildung für die Teilnahme dann unschädlich sind, wenn der Mutter daneben ausreichend Zeit für die Erziehung des Kindes bleibt“ (Stellungnahme zum Beratungsrichtlinien-Antrag der CDU, Jan. '87). Teilzeit- und Heimarbeit, Arbeit

auf Abruf, Hausfrauenschicht, und Hungerlöhne sollen der allgemeine Standard für Frauenarbeit werden. Unter solchen Verhältnissen, die auch mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz betrieben werden, hat kaum eine Frau mehr die Kraft, dagegen zu kämpfen. Solche Verhältnisse verschlechtern die Kampfbedingungen der ganzen Arbeiterklasse.

Die „intakte Familie“, das will die Reaktion. Solche Familien braucht sie, um die heutigen Verhältnisse der kapitalistischen Produktion in den Betrieben aufrecht zu erhalten: Flexibilisierung, jederzeit Überstunden, Schichtarbeit, Samstags- und Sonntagsarbeit sind anders gar nicht machbar. So wirkt die reaktionäre Familienpolitik auch gegen die Männer. Denn sie sollen für den Unterhalt der ganzen Familie sorgen, aber das normale Einkommen reicht nicht aus. Sie sollen angewiesen sein auf Überstunden und Akkordarbeit, dankbar sein für überhaupt eine Arbeitsstelle.

Praxis: Zwangssterilisation von „Nichtarierinnen“

Erst lange später, 1971, begann mit der Selbstbezeichnungskampagne von Alice Schwarzer eine Massenaktion gegen den Paragraphen. Unter der Parole „Mein Bauch gehört mir“ machten Frauengruppen und § 218-Komitees Druck für die „Ersatzlose Streichung des § 218“. Die SPD und auch die FDP traten 1974 für die Fristenregelung (Straffreiheit in den ersten drei Monaten) ein. Noch bevor sie als Gesetz in Kraft treten konnte, reichten fünf CDU/CSU-Länderregierungen 1975 Verfassungsklage ein. Mit der Begründung, „der Lebensschutz der Leibesfrucht genießt grundsätzlich für die gesamte Dauer der Schwangerschaft Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren und darf nicht für eine bestimmte Frist in Frage gestellt werden“, wurde die Fristenregelung durch sechs der acht Richter abgewürgt. Als verfassungskonform wurde die Indikationslösung angesehen. Zur medizinischen, eugenischen und kriminologischen Indikation trat 1976 die Notlagenindikation hinzu. So heißt es im § 218a (2) 3: „der Abbruch der Schwangerschaft sonst angezeigt ist, um von der Schwangeren die Gefahr einer Notlage abzuwenden, die a) so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann und b) nicht auf eine andere für die Schwangere zumutbare Weise abgewendet werden kann.“ Seitdem die Notlagenindikation gilt, führt die CDU/CSU den Kampf für ihre Beseitigung, unterstützt von kirchlichen, reaktionären und faschistischen Organisationen.

Das bindet die Kräfte, von Frauen und von Männern. Ansprüche sollen sie gegeneinander stellen, Frauen gegen Männer, Junge gegen Alte und umgekehrt, nur nicht an den Staat. Sie seien selbst verantwortlich für die Verhältnisse, in denen sie leben, und wenn sie nicht zurecht kommen, sei es ihre eigene Schuld oder Unfähigkeit.

Die Forderung nach Selbstbestimmungsrecht der Frau muß uneingeschränkt unterstützt werden

Ob eine Frau nein oder ja sagt zu einem (weiteren) Kind, muß sie selbst bestimmen können. Es ist eine besondere Demütigung für Frauen, ihre Lebensverhältnisse, die sie nicht zu verantworten haben, vor einem „staatlich anerkannten“ Tribunal ausbreiten und prüfen lassen zu müssen. Und es ist eine ungaubliche Anmaßung, daß diese amtlich bestellten Größen lebensbestimmende Entscheidungen treffen, und zwar vor allem gegenüber denjenigen Frauen, die auf Krankenkassenleistungen angewiesen sind, und die nicht das Geld für einen illegalen Abbruch haben.

Aber auch besserverdienende Frauen, für die eine illegale Abtreibung finanziell kein großes Problem wäre, die rein finanziell und „sozial“ in der Lage wären, ein (weiteres) Kind aufzuziehen, haben Gründe, wenn sie sich für eine Abtreibung entscheiden. Gegen diese Frauen zieht die Reaktion eine unglaubliche sexistische Hetze ab: wenn es nicht das Geld ist, sind es „Karrierefrauen“, „Luxusweibchen“,

Bequemlichkeit oder Verantwortungslosigkeit, „weil das Kind im Moment lästig ist“ (Ellwanger, CDU '87).

Einer Mutterschaft soll sich keine Frau entziehen dürfen, andere Lebensziele von Frauen sind dem grundsätzlich unterzuordnen. Geißler bezeichnete sogar schon eine „geplante Mutterschaft“ als „verkrampfte Emanzipation“ (in H. Geißler: „Abschied von der Männergesellschaft“, S. 26). Das Selbstbestimmungsrecht ist der Reaktion ein rotes Tuch. So eiferte am 24.5.87 Norbert Blüm bei einer Wallfahrt: „Habt wieder Mut zum Kind und zur Opferbereitschaft ... Laßt nicht zu, daß eure Kinder sich in den Trip der Jammerer und Selbstverwirklicher einreihen, sondern leistet euren Beitrag zu einem Leben in Frieden und Freiheit durch Gebet und Arbeit.“ Der „Rummel um die eigene Selbstverwirklichung“ sei nichts anderes als „moderner Egoismus und damit einer der größten Feinde unserer Gesellschaft“ (zit. nach Schwäbische Zeitung, 25.5.87).

Die Forderung nach Selbstbestimmungsrecht der Frau, wie sie im Kampf gegen das Abtreibungsverbot erhoben wird, wirkt gegen diese Mutter- und Familienideologie. Sie muß uneingeschränkt unterstützt werden. Wir sehen es deshalb auch als unsere Aufgabe an, innerhalb der Frauenbewegung, so breit gefächert wie sie ist, alle Forderungen gegen staatliche Unterdrückung und reaktionäre, sexistische Ideologie zu unterstützen und zu festigen.

Nicht blenden lassen! „Bewegung für das Leben“ und humangenetische Programme: Zwei Seiten einer Medaille

Sie existieren schon so lange, wie es den § 218 StGB gibt. Heute nennen sie sich „Bewegung für das Leben“, „Aktion Leben“, „Pro Vita“, geben sich einen „wissenschaftlichen“ Anstrich als „Europäische Ärzteaktion“ usw. Sie treten mit blutrünstigen Bildertafeln von abgetriebenen Embryos auf, bezeichnen Abtreibungen als „Babycaust“ und Mord, erklären auch Mittel zur Empfängnisverhütung als Maßnahmen der Früheuthanasie. Schock, Ekel, Empörung beim Anblick der Bilder – die Wirkung ist beabsichtigt. Sie appellieren an moralische Werte und Schuldgefühle von Frauen. So wird beispielsweise selten vom Keimling und vom Embryo gesprochen, sondern vom „Kind“ oder vom „Baby“.

Seit einiger Zeit knüpfen sie an Forderungen der Friedensbewegung an: „Wer gegen Krieg, für Naturschutz, gegen Genetik ist, der muß auch gegen Abtreibung sein. Abtreibung ist frauenfeindlich.“ Die „neue Mütterlichkeit“, von der ja auch leider Teile der Grünen nicht unverschont blieben, kommt diesen „Abtreibungsgegnern“

gerade recht. Die Frau wird in ihrer Ideologie reduziert auf ein „Gefäß, das die befruchtete Eizelle austrägt“. Die Frau verkommt zum „fötalen Umfeld“, eigene Interessen und Rechte werden ihr abgesprochen zugunsten des „Schutzes ungeborenen Lebens“.

Das Gerede vom „Schutz des Lebens“ zielt auf den Erhalt und die Festigung der Familie als Keimzelle des bürgerlichen Staates. Und dafür ist der Anspruch der Frauen auf Selbstbestimmung, ob, wann und wieviele Kinder sie gebären und erziehen wollen, den „Abtreibungsgegnern“ ein Dorn im Auge. Ein Schwangerschaftsabbruch bringt für die religiösen Kämpfer „Für das Leben“ den göttlichen Schöpfungsplan, dem die Frauen sich ihrer Bestimmung gemäß zu unterwerfen hat, durcheinander. Ein Selbstbewußtsein tritt da zutage, das sich mit den Herrschafts- und Ordnungsprinzipien der Kirchen nur schwer vereinbaren läßt. In der Ehe und Mutterschaft gewähren sie auch der Frau ihren Platz in dieser Gesellschaft: als Mutter und Dienerin, denn „in der Mutterschaft Mariens hat



Gott in der höchsten Form, die möglich ist, die Würde der Frau offenbart". In der „Selbstingabe an den anderen“ und an die Kinder hat sie Anspruch auf „Würde und Gleichwertigkeit“ (aus: „Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls“, hrsg. von der Deutschen Bischofskonferenz).

Wer sind die „Abtreibungsgegner“?

- Dr. Wolfgang Philipp, Anwalt der Klägerin gegen soziale Indikationen auf Krankenschein, engagiert sich „für das Leben“ besonders des „deutschen Volkes“. Er ist Mitunterzeichner des „Heideberger Manifests“, das die „Unterwanderung des deutschen Volkes sowie die Überfremdung unseres Volkstums durch Ausländer“ beklagt.
- 1979 erregte der damalige Vorsitzende des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU, der Arzt Dr. Hartwig



Holzgartner, Aufsehen mit einem Vergleich von Schwangerschaftsabbruch und Auschwitz-Morden.

– Dr. Doering, der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg, schrieb im Jahre 1981 an die Hamburger Gesundheitsbehörde u.a.: „Immer mehr Rentner kommen auf einen Erwerbstätigen, der diesen erhalten muß ... Da der Ausfall einer Geburt für das Bruttosozialprodukt einen Verlust von ca. TDM 500 bedeutet, beinhaltet 50000 Schwangerschaftsabbrüche einen Verlust am Bruttosozialprodukt von 25 Mrd. DM pro Anno.“

– Der katholische Ordenspriester P. Otto Maier SAC schreibt für die „Bewegung für das Leben“: „... Millionen ungeborener Kinder unseres Volkes getötet worden ... Abtreibung entweicht die Würde der Frau ... ihr Sein als Frau ist gebrochen ... Der Verlust der Frau aber bedeutet die Zerstörung der Familie ... In das Vakuum der Kinderarmut strömen fremde Völker ein und die Frage, wer zahlt die Renten, wird immer dringlicher ... Chaos, das auf die Dauer die Stabilität jeder Nation über den Haufen wirft ... Für Europa scheint das Ende des Abendlandes gekommen zu sein.“

– Pastor Werner Wehrmeyer schrieb für die Münsteraner Bistumszeitschrift „Kirche und Leben“ am 23.1.83: „Die Nazis haben ihren Massenmord immerhin noch mit einer Ideologie versehen. Es war nicht kaltherzige Ichsucht, wie etwa heute bei der Abtreibung. Diese Tötung aus rücksichtsloser Selbstsucht ist darum moralisch noch niedriger anzusetzen.“

Wenn man dann noch weiß, daß die Anzeigen dieser „Abtreibungsgegner“ vornehmlich in faschistischen Zeitungen erscheinen, kann man richtig einordnen, was diese Leute meinen, wenn sie vorgeblich gegen Euthanasie und Eugenik auftreten, gegen Zwangssterilisierung u.ä. Maßnahmen der Auslese und Ausmerze.

Eugenik („gutes Entstehen“) und Euthanasie („schöner Tod“) war immer grausamer Zynismus – was könnten solche Maßnahmen in einer kapitalistischen oder gar faschistischen Werteordnung (wie sie die „Abtreibungsgegner“ hochhalten) anderes sein als Maßnahmen zur Aussortierung kostenträchtiger Elemente? Und die deutsche Geschichte dokumentiert das Zusammenspiel: Androhung von Todesstrafe für „arische“ Abtreibungen, millionenfacher Mord an „lebensunwertem Leben“.

Bundesweit gibt es mittlerweile über 40 humangenetische Beratungsstellen, meistens an die entsprechenden Universitätsinstitute angegliedert. Über 20000 Frauen lassen sich jährlich vor oder während der Schwangerschaft genetisch untersuchen. Während das Interesse der Humangenetiker meist in der Forschung liegen dürfte, wird geworben mit Schutz vor „drohenden Behinderungen“, anknüpfend an dem verständlichen Interesse der einzelnen Mutter an möglichst gesunden Kindern, die ihr Leben weitgehend ohne Bittgänge an diesen Staatsapparat bewerkstelligen können. Die zunehmende, durch Umweltvergiftungen verstärkte Angst vieler Frauen, behinderte Kinder zu gebären, wird ausgebeutet. Zur Beratung unbedingt erforderlich ist eine Vielzahl von Daten aus Vergangenheit und Gegenwart in weiteste Zweige der Familie.

Hintergründe genetischer Beratung

Was sind die Gründe für den stürmischen Ausbau der genetischen Beratungsstellen? Die Behindertenverbände wittern Unrat. Zu Recht: Die Gründer bundesdeutscher Humangenetik waren Kämpfer für die Zwangssterilisation, für die Einschränkungen bei Heiratswilligen – das ist gerade 50 Jahre her. Kaum anzunehmen, daß dieses Beratungsangebot außerhalb der „Kostendämpfungspläne“ der gesetzlichen Sozialversicherungen stehen. Und bei näherem Hinsehen bewahrheitet sich diese Vermutung denn auch:

Die Bundesregierung finanziert derzeit an den Unis in Münster, Düssel-

dorf und Bonn das Gemeinschaftsprojekt „DNS-Sonden zur Erfassung erblicher Defekte beim Menschen“.

1981 stellte der Volkswirt Freiherr von Stackelberg anhand von Material der humangenetischen Beratungsstelle Marburg folgende Kosten-Nutzen-Rechnung auf:

– *einerseits* –

Ausgaben für Behindertenbetreuung (Pflegesatz, Sonderkindergarten, Arzneimittel, Heimunterbringung); Zuwachs für das Volkseinkommen durch zusätzlich geborene gesunde Kinder; Einsparung durch Arbeitskraft des Pflegers; Einsparung von Leistungen der Sozialhilfe.

– *andererseits* –

Kosten für umfassende genetische Beratung der Eltern.

– *Ergebnis*

Genetische Beratung steigert das „Vitalvermögen“ von Familie und Gesellschaft. Diese Rechnung wurde mit dem Bonner „Gesundheitsökonomiepreis“ bedacht.

Der wissenschaftliche Beirat der Bundesärztekammer bilanzierte aus ähnlichen Erkenntnissen wie obiger Freiherr: „Wir stehen vor der Notwendigkeit, immer mehr und immer ältere Behinderte zu versorgen. Die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Gesamtheit der Versicherten und des Staates ist in Sicht, ja verschiedentlich ist sie bereits überschritten.“ Das war vor sieben Jahren.

Schon heute sprechen Genetiker von mindestens 3000 Merkmalen mit einem „deutlichen Abweichen vom Durchschnitt“. Die aus der genetischen Untersuchung gewonnenen Informationen werden in Zukunft sicherlich noch differenzierter möglich sein. Je gründlicher diese Kenntnisse, desto größer die Zahl erkennbarer Defekte. Wie soll das künftig wohl aussehen: der Mensch mit hundertprozentig „richtigen Genen“? Vor allem wenn man bedenkt, daß nur etwa 3,8% aller schwerwiegenden Behinderungen angeboren sind.

Humangenetische Beratungsstellen sollen die „Behinderten verhindern“. Die Hoffnung auf eine behinderungsfreie, leistungsstarke Gesellschaft ist ein im Ansatz lebensfeindlicher, zuletzt mörderischer Trugschluß (nach Udo Sierck, Mitglied der Krüppelinitiative Hamburg).

Es wird trotz genetischer Beratung weiterhin behinderte Kinder geben. Aber – durch die Propaganda der Selektion durch die humangenetischen Beratungsstellen werden die Eltern zusätzlichen psychischen Druck verspüren und noch weitergehende Verantwortung aufgebürdet bekommen – nach dem Motto: selber schuld am eigenen und des Kindes Schicksal. Zur Pflicht zum nicht-behinderten Kind wird gerufen.

Unter diesem Gesichtspunkten erscheint es doch sehr zweifelhaft, daß genetische Beratung nur „unverbindliche Hilfe für freiwillige Entscheidungen“ wäre. Dazu der Genetiker Bentley Glass ganz offen: „Kein Elternpaar hat in dieser Zukunft das Recht, die Gesellschaft mit einem mißgestalteten Kind zu belasten.“

Herrliche Aussichten für die Vertreter der Klasse, die Renten- und Krankenversicherungen nicht als Solidargemeinschaft, sondern als profitschmälernd betrachten und überhaupt für die Umstellung auf Privatrisikoversicherung plädieren.

Es ist tatsächlich nicht nur im Interesse der Behinderten, dagegen vorzugehen.

Wo steht der Kampf gegen den § 218?

Nachdem die CDU/CSU seit Jahren eine reaktionäre Frauen- und Familienpolitik betreibt, unterstützen jetzt alle großen Einzelgewerkschaften den Kampf gegen den § 218. Dies ist sicherlich auch Ergebnis der stärkeren Beteiligung von Frauen in den Gewerkschaften. Im Oktober '84 beschloß die ÖTV auf ihrem Gewerkschaftstag als erste Gewerkschaft die Forderung nach Streichung des § 218, anschließend, ein dreiviertel Jahr später, beschloß dies die HBV. Die 11. Bundesfrauenkonferenz des DGB beschloß im November '85 die ersatzlose Streichung des § 218, während der DGB nur für die Fristenregelung und „Entkriminalisierung“ eintritt. Der DGB-Bundeskongress fordert im Mai '86 die Streichung des § 218, die Beendigung der Zwangsberatung und der statistischen Erfassung. 1986 nahm die IGM die Forderung nach Streichung des § 218 in ihren Forderungskatalog auf.

Im Herbst '86, als „Lebensretter“ sich formieren, Teile der CDU verstärkt gegen Abtreibung auf Krankenschein auftreten und ein viertel Jahr vor den Bundestagswahlen, ruft A. Schwarzer die Parteien zu einer Verfassungsklage gegen den § 218 auf. Unterstützt wird ihr „Manifest“ für eine Verfassungsklage von: der früheren Pro Familia Vorsitzenden Melitta Walter; Prof. U. Klug (Ex-Justizsenator in Hamburg); Gerlinde Strehl (ÖTV-Delegierte und SPD-Mitglied); von Juristinnen; Marita Haibach als hessische Staatssekretärin von den Grünen und Regina Michalik, Mitglied des Bundesvorstands der Grünen. Die Frauenzeitschrift „Emma“ hatte dazu aufgefordert, das „Manifest“ massenweise zu unterzeichnen. Die Verfassungsklage wird hauptsächlich so begründet: Bei 20 Verurteilungen pro Jahr aufgrund des § 218 werde er praktisch nicht angewendet und hätte damit keine Begründung mehr; durch die Zwangsberatung würden Schwangerschaftsabbrüche verzögert, was gesundheitsschädlich sei; und die „Würde des Menschen“ und das „Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit“ würden verletzt. „Die SPD stimmte 75 für die Fristenlösung. Die FDP erwog bereits 1978 eine Verfassungsklage gegen die Indikationslösung. Und die Grünen führen die Forderung nach der Strei-

chung des § 218 in ihrem Wahlprogramm '87. Wir appellieren an diese drei Parteien, den „Mörderinnen“-Parolen endlich Einhalt zu gebieten und gegen den unwürdigen Zustand der Bevormundung und Demütigung von Frauen anzugehen. Wir appellieren an diese drei Parteien, die Möglichkeit einer Verfassungsklage („Normenkontrollklage“) gegen den geltenden § 218 wahrzunehmen. Sowohl die Bundesregierung wie auch ein Drittel des Bundestages oder eine der Länderregierungen könnten eine solche Normenkontrollklage einreichen. Wir erwarten, daß sie das tun.“ (aus dem Manifest)

Keine Partei und keine rot/grüne Landesregierung hat dies getan. Herta Däubler-Gmelin, MdB der SPD, stellte sich auf den Standpunkt, eine Verfassungsklage sei nicht möglich, da in dieser Sache die CDU 1975 gegen die Fristenregelung geklagt habe. Der inhaltliche Grund ist, daß die SPD die Indikationsregelung verteidigen und nicht für Straffreiheit bei Abtreibung eintreten will. In einer Broschüre (Sommer '86) schreibt die SPD: „Der sozialpolitische und strafrechtliche Schutz des werdenden Lebens müssen sinnvoll aufeinander abgestimmt sein.“ Die Grünen sind gespalten. Einige unterstützen dieses Vorgehen, andere lehnen es ab mit der Begründung, es sei gefährlich vor das Verfassungsgericht zu gehen, eventuell käme eine Verschärfung der Indikation heraus. Andere Grüne, wie Joschka Fischer, sind gegen die Forderung nach Streichung des § 218. Er meint, Abtreibung sei „Privatsache“ und bedauerte in seiner Rede auf dem Katholikentag letzten Jahres, daß mit diesem Beschuß „Gefühle verletzt“ worden seien. Die FDP, die 1978 noch selbst Verfassungsklage einreichen wollte, ist auch davon abgerückt, im Gegenteil: In den Koalitionsvereinbarungen mit der CDU vom März '87 planen sie das Bundesberatungsgesetz zum § 218, das weitere Verschärfungen bringen soll.

Nachdem bekannt wurde, was die Reaktion plant, sind viele Frauen wachgerüttelt worden, die den Beteuerungen der Süssmuth vor den Wahlen geglaubt hatten. Die „Bundesweite Koordination: Frauen gegen den § 218“, die seit 1976 gegen die Demütigungen der Indikationsregelung in § 218-Grup-

pen kämpft, rief zu einem „Tribunal gegen den § 218“ in Frankfurt auf. Dieses Tribunal unterstützten Fraueninitiativen, Pro Familia Landesverbände, die Grauen Panther, Sprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft Frauen der Grünen, KB, DKP, DS und VSP. Als Prominente redeten Melitta Walter, Verena Krieger (MdB der Grünen), Katja Leyrer (Autorin von „Rabenmutter“) und Alice Schwarzer. Viele informative Beiträge wurden gehalten u.a.: zum geplanten Beratungsgesetz, Organisierung und Aktionen von „Lebensschützern“, psychologische Aspekte der Abtreibung, „Lebensretter“ bei Grünen /Alternativen und zur Mutterideologie. Die Stimmung der 500 bis 600 Frauen und wenigen Männern war kämpferisch. Die von Alice Schwarzer vorgebrachte Ansicht wurde geteilt, daß der Kampf gegen den § 218 in die Offensive gebracht werden müsse. Ob dies über eine Verfassungsklage gelingen kann, darüber herrschte keine Klarheit unter den Anwesenden. Die „Emma“ wird im Spätsommer ein Treffen zur Beratung des weiteren Vorgehens organisieren.

Gegen das geplante Bundesberatungsgesetz werden schon an vielen Orten Unterschriften gesammelt und Aufrufe in der Presse veröffentlicht. In verschiedenen Städten bilden sich Initiativen. Die Pressestelle der IGM, der IG Chemie, der Bundesfrauenausschuß der HBV haben zwar schon Presseerklärungen herausgegeben, aber für Veröffentlichungen in Anzeigenform mußten die Gewerkschafterinnen selbst bezahlen. Der § 218 wird als Frauenthema behandelt und die Auswirkung der Unterdrückung der Frau auf die Kampfkraft der Arbeiterschaft wird nicht genügend beachtet.

In Friedrichshafen (Bodensee) ruft eine Initiative aus Anlaß des CDU-Landesparteitages zu einer Großdemonstration (29.8.) „Für völlige Straffreiheit bei Abtreibung!“ auf. Eine Podiumsdiskussion ist geplant. Der DGB-Landesfrauenausschuß will landesweit zu diesen Protestaktionen aufrufen. Für den Herbst plant die demokratische Fraueninitiative eine Demonstration in Stuttgart gegen das Bundesberatungsgesetz, das im Januar '88 im Bundestag verabschiedet werden soll.

Quellenhinweis: § 218 – Die neuen Moralisten, hrg.v. Susanne v. Paczensky, 1984; Alice Schwarzer: Weg mit dem § 218, 1986; Gunnar Heinsohn und Otto Steiger: Die Vernichtung der weisen Frauen, 1985; Marielouise Jansen-Jureit: Frauen und Sexualmoral, 1986; Regierungskoalitionsvereinbarungen, Bundesratsdrucksache 398/85, Landtagsdrucksache BaWü 9/3817; Brigitte 11/87; Mannheimer Morgen 13.6.87; Schwäbische Zeitung 25.5.87; Pamphlete der Lebensretter; diverse Ausgaben der Zeitschriften: Dr. Mabuse; 1999; Demokratisches Gesundheitswesen; Konkret; Emma



von Weizsäcker in der SU

Mit einem Vorschlag, vor allem den Jugendaustausch und die kulturellen Beziehungen zu vertiefen, hat Bundespräsident von Weizsäcker vor seiner Moskaureise versucht, den Anschein zu verbreiten, als suche die Bundesregierung eine Verbesserung ihrer Beziehungen zur Sowjetunion. Der Beschuß des Kabinetts und des Bundes-

tags, in den Abrüstungsverhandlungen auf jeden Fall die Pershing Ia und damit die Option auf eigene, westdeutsche Nuklearstreitkräfte zu verteidigen, sowie die ständigen Provokationen in Westberlin aus Anlaß der 750-Jahr-Feiern sprechen eine andere Sprache. Die BRD will den Druck auf die Staaten Osteuropas weiter erhöhen, die revanchistische Mobilisierung läuft weiter.

Beratung des Obersten Sowjet

Wenn auch Rußland mit der Marktwirtschaft äugelt, gibt's wohl keine andere Möglichkeit, und für diesen Beweiszweck schreibt die Westpresse. Wollen die Sowjetbürger den Binnenmarkt? Drängt sie's auf den Weltmarkt? Die Veröffentlichungen rund um die jüngste Tagung zeigen, daß für die realen Vorgänge verständnislos bleibt, wer sie als schwach bemängeltes Zurück zum Markt sehen will. Informationen etwa über die Wirtschaftskompetenzen der örtlichen und regionalen Sowjets, über die Planung im Verhältnis von Arbeitslohn und unentgeltlichen Leistungen der Daseinsvorsorge, über die innere Organisation der Industriearbeit sind für Marktschreier uninteressant und schwer erhältlich.



Radio Dreyeckland

12000 Unterschriften für Radio Dreyeckland übergab ein Vertreter des Freundeskreises von RDL am 12.12. 1985 dem Ministerpräsidenten Späth. RDL – entstanden aus dem Aktionsradio der Anti-AKW-Bewegung am Oberrhein – sendet seit einigen Jahren in Freiburg, ständig verfolgt durch Polizei und Staatsanwaltschaft. Die Ent-



scheidung über den von RDL gestellten Lizenzantrag soll in den nächsten Wochen durch die zuständige Landesanstalt für Kommunikation fallen. Neben RDL bewerben sich die Badische Zeitung und der kommerzielle Sender „Freiburg I“ um zwei zur Verfügung stehende Frequenzen. Wir haben mit einer Vertreterin von RDL ein Gespräch geführt u.a. zur Medienpolitik und den Zielsetzungen von RDL.

Was plant Blüm bei den Renten?

Aus dem Dunstkreis der FDP kam der Vorschlag, die Renten in den nächsten Jahren Zug um Zug auf 40% des vorigen Nettoeinkommens runterzufahren, als sogenannte Grundrente, der Rest könne sich „marktwirtschaftlich“ über Privatversicherungen lösen lassen. Das gab Blüm den geeigneten Vorwand, sich christlich zu profilieren: „Grundrente“ gäbe es bei ihm nicht: „Unsere Rente bleibt Alterslohn für Lebensarbeit, die sich jeder mit Beträgen selbst verdient“, läßt er über die Bild-Zeitung verbreiten. Derweil verbreitet Stoltenberg, daß Rente mit 59 bald ein unbezahlbarer Luxus sein werde. Welche Vorhaben der Regierung sind abzusehen? Worauf sollte sich die Gegenwehr konzentrieren?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich. Preis pro Heft.

– Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
– Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7. Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung. Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln, Zülpicher Straße 7. Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötz, für Auslandsberichterstattung: Siegmar Eliehausen, Wolfgang Müller, für Aus Verbinden und Parteien: Ulrike Detjen, für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann, für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux, für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierzehntäglich Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie –

Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront. 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse –

Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Döhnelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40